Stadt Leipzig

LernenvorOrt
Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

1. Leipziger Bildungskonferenz, 18.10.2010

Dokumentation

1. Leipziger Bildungskonferenz, 18.10.2010

Dokumentation

Impressum

Herausgeber
Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister, Stabsstelle „Lernen vor Ort“

Fotos: M. Dabdoub, Stadt Leipzig
Design und Layout: Brandungen GmbH Leipzig, www.brandung-online.de
Satz und Produktion: Omniphon GmbH Leipzig, www.omniphon.de
Druck: SDV Direct World GmbH Dresden

Auflage: 1. Auflage 2010
Leipzig 2010

ISBN: 978-3-9814017-1-4

Anschrift:
Stabsstelle „Lernen vor Ort“, Martin-Luther-Ring 4 – 6, 04109 Leipzig
Leitung: Dr. Annika Gröger
Email: lernen-vor-ort@leipzig.de
Internet: www.leipzig.de/lernen-vor-ort

Das Gesamtvorhaben “Lernen vor Ort” wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Inhaltsverzeichnis

„Lernen vor Ort" in Leipzig ..... Seite 6

Programm der 1. Leipziger Bildungskonferenz, 18.10.2010 ..... Seite 10

Lernen in der Kommune, Burkhard Jung ..... Seite 12

Bildung und Chancengleichheit, Prof. Dr. Thomas Olk ..... Seite 18

Zentrale Ergebnisse des Bildungsreports Leipzig 2010, Dr. Birgit Glorius ..... Seite 26

Workshops

Workshop 1: Bildungsnetze in Leipzig – Nachbarschaften und Sozialraum ..... Seite 34

Workshop 2: Bildungsreport – Was kann ein Bildungsberichtswesen leisten? ..... Seite 36

Workshop 3: Bewegte Biografie – Chance und Risiko? ..... Seite 38

Workshop 4: Das Erfolgsrezept für gelingende Übergänge? Einblicke in die Realität ..... Seite 40

Workshop 5: Bildung als wesentlicher Faktor für Innovationskraft und Wirtschaftswachstum ..... Seite 42

Workshop 6: Wo kommt der Bürger im kommunalen Bildungsmanagement vor? ..... Seite 44

Podiumsdiskussion „Gemeinsam für Bildung in Leipzig" ..... Seite 46

Teilnehmerliste ..... Seite 56

Programm „Lernen vor Ort“ in Leipzig

Bürgermeister Prof. Dr. Thomas Fabian hat die Umsetzungsverantwortung für das Projekt „Lernen vor Ort” in Leipzig übernommen (1. v. re.)

Erstmalig in Deutschland fördert das Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit Bundesmitteln und mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 40 Kommunen darin, ein ganzheitliches Management für das Lernen im Lebenslauf zu entwickeln und umzusetzen.

Bildungsmanagement

Die Stadt Leipzig will mit dem Programm „Lernen vor Ort“ Bildung aus kommunaler Sicht in neuer Verantwortung gestalten und dazu ein fachlich integrativ ausgerichtetes Bildungsmanagement aufbauen und im Projektverlauf auf seine Steuerungseignung hin erproben. Einbezogen werden Bildungsbereiche innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung sowie verschiedene Akteure in den Quartieren. Damit wollen wir Netzwerke des „Lernens vor Ort“ langfristig stärken und die Bildungsbeteiligung deutlich erhöhen.

Gestaltung der Arbeitsprozesse

Bildungspolitik wird in Leipzig zur „Chefsache“ erklärt. Oberbürgermeister Burkhard Jung ist somit ein Schlüsselakteur des Projektes und steuert den Gesamtprozess für die Stadt Leipzig. Dazu beruft er den Steuerungskreis „Lernen vor Ort“ ein, dem die Leiter der größten bildungsrelevanten Institutionen in der Stadt angehören.

Verschiedene Teile der Stadtverwaltung werden über eine zuständigkeitsübergreifende verwaltungsinterne Lenkungsgruppe eingebunden. Die Stadträte werden über das parlamentarische Verfahren regelmäßig über den Arbeitsstand von „Lernen vor Ort“ unterrichtet und widmen sich in einer bildungspolitischen Stunde des Stadtrats dem Thema Bildung.

Das Programm „Lernen vor Ort“ der Stadt Leipzig wird im Rahmen einer Grundpatenschaft durch die Medienstiftung der Sparkasse Leipzig und mit einer Themenpatenschaft durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die Körberstiftung sowie die Schaderstiftung unterstützt.

Projektbeginn im Januar 2010

Im Januar hat die Stabsstelle „Lernen vor Ort“ in Leipzig ihre Arbeit aufgenommen. In sechs Aktionsfeldern widmen sich zehn projektfinanzierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nachhaltigen Gestaltung der Leipziger Bildungslandschaft:

Bildungsmonitoring

Eines der Hauptziele des Programms „Lernen vor Ort“ in Leipzig ist die Verbesserung der Transparenz über Bildungsangebote und Bildungserträge, so dass Bildungsvorhaben besser geplant und gesteuert werden können. Hierzu wird ein Bildungsmonitoring aufgebaut, das in einer regelmäßigen Berichterstattung mündet. Erstes Ergebnis ist der Bildungsreport Leipzig 2010, der einen ganzheitlichen, biografie- und lernortbezogenen Überblick über Bildung in Leipzig bietet. Die Ergebnisse des Bildungsmonitorings werden konzeptionell in das integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Leipzig einfließen und somit einen verbindlichen Orientierungsrahmen für Entwicklungen und Investitionen im Bildungsbereich herstellen.

Bildungsberatung

Für die Leipzigerinnen und Leipziger steht eine Vielzahl an Bildungs-, Weiterbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung. Um den Zugang zu erleichtern und Orientierung zu ermöglichen, wird eine zentrale trägerübergreifende Bildungsberatung mit Lotsenfunktion aufgebaut. Die Beraterinnen und Berater der verschiedensten Felder im Bereich Bildungsberatung werden unter Nutzung von Grundlagenkatalogen vernetzt, bilden sich gemeinsam weiter und unterstützen das Bildungsmanagement.

Bildungsübergänge

Übergang von der Grundschule an die weiterführenden Schulen

Unter Mitwirkung von zwei neugegründeten Schulverbünden in ausgewählten Sozialräumen wird ein nachnutzbares Handlungsrepertoire für einen gelingenden Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule erarbeitet. Familien und Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf sollen in dieser wichtigen Bildungs- und Entwicklungsphase bewusst wahrgenommen und intensiv begleitet, gefordert und gefördert werden.

Übergang vom Beruf in den Ruhestand

Beim Übergang in den Ruhestand helfen Entscheidungen bezüglich der weiteren Lebensplanung. Menschen, die in der letzten Phase ihrer Berufstätigkeit stehen oder bereits im Ruhestand sind, erfahren über verschiedene Konzepte und Orientierungsmaßnahmen Unterstützung, um sich auf den Ruhestand vorzubereiten bzw. diese Lebensphase aktiv zu gestalten.

Familienbildung und Elternarbeit

Familienbildung und aktivierende Elternarbeit können die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern deutlich verbessern. Solche Angebote werden nicht hinreichend angenommen. Bei der Sicherstellung von Schulreife und bei der Abstimmung von öffentlicher und familiärer Bildung, Erziehung und Betreuung sind sie allerdings wesentliche Ressourcen. Sie tauchen als Bildungsbestandteile aber zu selten auf. Ziele sind deshalb die Weiterentwicklung von Angeboten zur Stärkung der Erziehungskompetenz und die bessere Erreichbarkeit aller Eltern.

Demokratie und Kultur

Die kultur- und demokratiepädagogischen Potenziale und Ressourcen in Leipzig sind z.B. den Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen nicht hinreichend bekannt und zugänglich. Dem Bedarf an Informationen über die bestehenden Angebote, an institutionalisiertem Austausch und an persönlichen Kontakten sowie nach Formen der Beratung und Unterstützung wird durch Vernetzung Rechnung getragen.

Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft

Nachwuchs bilden

Aufgrund niedriger Absolventenzahlen aus naturwissenschaftlichen und technischen Bildungsgängen zeichnet sich in Leipzig ein Fachkräftemangel im MINT-Bereich ab (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Um die Innovationskraft und die Zukunftsperspektiven in der Region Leipzig zu stärken, soll eine positive Grundhaltung junger Frauen und Männer zu MINT-Berufsfeldern gefördert werden.

Fachkräfte

Eine Analyse der bestehenden Studien zum Fachkräftebedarf soll darstellen, inwieweit der einsetzende demografische Wandel in der Wirtschaftsregion Leipzig zu einem strukturellen Fachkräftemangel führen wird. Daraus werden Handlungsempfehlungen für die Stadt Leipzig abgeleitet, die unter Einbezug der Fachöffentlichkeit weiter entwickelt werden sollen. Bereits etablierte Netzwerke werden in diesen Prozess eingebunden. Die Strukturen von Arbeitsgruppen und Netzwerken als Multiplikatoren für gute Beispiele aus der Praxis der beruflichen Bildung werden gestärkt und ausgebaut.

1. Leipziger Bildungskonferenz

Unter dem Motto „Gemeinsam für Bildung in Leipzig“ fand am 18. Oktober 2010 die 1. Leipziger Bildungskonferenz am Mediencampus statt, bei der über 150 Bildungsakteure sowie Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur Fragestellungen zum lebensbegleitenden Lernen und zur Zukunft von Bildung in Leipzig diskutierten. Als erster großer Meilenstein seit Projektbeginn von „Lernen vor Ort“ im Januar 2010 wurde dem Fachpublikum der Bildungskonferenz ein umfassender Bildungsreport für Leipzig vorgestellt. Er beinhaltet eine Darstellung der Leipziger Bildungsaktivitäten von der frühen Kindheit bis zum hohen Seniorenalter und beschreibt die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen auch als Ergebnisse von Bildungsverläufen. Die umfassende Datengrundlage zum Thema Bildung, die durch den Bildungsreport Leipzig 2010 erstmals erhoben und vorgelegt wurde, soll nun den bereits begonnenen Diskussionsprozess zwischen Politik, Verwaltung, Bildungsakteuren und Bevölkerung verstärken. Hierzu konnte mit der 1. Leipziger Bildungskonferenz ein wesentlicher Schritt getan werden.

1. Leipziger Bildungskonferenz, 18.10.2010

Programm

10:00 Uhr **Begrüßung**
Prof. Dr. Thomas Fabian
Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig

10:15 Uhr **Lernen in der Kommune**
Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

11:00 Uhr **Bildung und Chancengleichheit**
Prof. Dr. Thomas Olk
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

12:00 Uhr **Mittagspause**

12:45 Uhr **Zentrale Ergebnisse des Bildungsreports Leipzig 2010**
Dr. Birgit Glorius
Stabsstelle „Lernen vor Ort“, Aktionsfeld Bildungsmonitoring

13:45 Uhr **Workshops Block I**

14:45 Uhr **Kaffeepause**

15:15 Uhr **Workshops Block II**

16:30 Uhr **Podiumsdiskussion**
Thomas Rechentin, Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport
Prof. Dr. oec. habil. Sibylle Seyffert, HTWK Leipzig
Prof. Dr. Thomas Fabian, Stadt Leipzig
Dr. Annika Gröger, Stadt Leipzig
Moderation: Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig

17:30 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Gesamtmoderation:
Michael Geffken, Leipzig School of Media

Lernen in der Kommune

Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zu dieser ersten bildungspolitischen Konferenz der Stadt Leipzig.

Zum Ersten freue ich mich sehr, dass diese Konferenz möglich geworden ist und dass als ein Arbeitsergebnis des Programms „Lernen vor Ort" der Entwurf eines Bildungsreports Leipzig 2010 vor uns liegt. Ein umfangreiches Papier, das uns einlädt mitzuwirken, zu ergänzen, Hinweise zu geben, das eine oder andere noch mal auszudifferenzieren. Dazu soll die heutige Konferenz dienen. Punkt zwei: Wagen wir auch den Streit! Wir wollen uns nicht gegenseitig auf die Schultern klopfen, sondern wir wollen versuchen, die bildungspolitische Analyse zu nutzen, um das Thema Bildung in der Stadt miteinander besser zu gestalten. Wir wollen sagen, wo wir gut sind, aber wir sollten auch versuchen, es noch besser zu machen. Das sind meine beiden Vorbemerkungen.

Warum ist Bildungspolitik eine zentrale Größe kommunaler Arbeit und kommunalen Handelns? Eine Stadt lebt vom Austausch und der Entwicklung der Technik, der Kultur und des geistigen Austauschs, von seiner Weitergabe und seiner Weiterentwicklung. Städte leben und arbeiten täglich mit den Anforderungen und den Ergebnissen von Bildung, ihren gewünschten aber auch unerwünschten Folgen. Wir wachsen als Städte mit hochwertiger Bildung und haben heftig mit dem Scheitern von Bildungsanstrengungen zu tun. Insbesondere Leipzig ist eine Stadt, die über Jahrhunderte deswegen gewachsen ist, attraktiv war, weil hier eine Atmosphäre des Austausches, der kulturellen Aktivität, der internationalen Begegnung herrschte und unsere Stadt ein geistiges Klima besaß, das der Bildung verschrieben war. Dazu gehörte eine Messe, dazu gehörte eine Bürgerschaft, die Kultur als ein wesentliches Anliegen definierte, und dazu gehörte eben auch die technische und wissenschaftliche Erforschung und Eroberung der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Wir betreten also kein geschichtliches Neuland mit dem, was wir heute tun und doch ist vieles, was wir besprechen wollen, neuartig. Denn die objektiven Umstände, unter denen wir Bildung praktizieren und organisieren, werden zunehmend andere. Und meine These ist, das 21. Jahrhundert wird noch stärker als bisher ein Jahrhundert der Bildung werden. Gerade hier in Europa, wo wir keine Ressourcen haben, die wir als Bodenschätze exportieren können. Wir haben in Deutschland im Wesentlichen nur unsere Köpfe, mit denen wir bestehen können. Ein enormes Wissen ist gefragt, eine enorme Kooperation und ein enormer Erfindungsreichtum.

Was benötigt also ein Mensch an Befähigung und Kompetenzen, um mit den Entwicklungen und Problemen unserer Gegenwart, im Interesse eines befriedigenden Lebens und einer gerechten Gesellschaft, zurechtzukommen? Das ist die Ausgangsfrage. Am Anfang meiner Rede, möchte ich daher kaleidoskopartig einige Beobachtungen von Veränderungen benennen, die unsere Bildungseinrichtungen vor ganz neue Herausforderungen stellen. Ich habe mir, ohne den Anspruch einer abschließenden und umfassenden Darstellung, einige Punkte an den Anfang gestellt.

Vor welchen Herausforderungen wir stehen:
1. Die Veränderung der Arbeitswelt. Einige Stichworte dazu: Flexibilität, Teilzeitarbeit nehmen zu. Neue zeitliche und örtliche Verflechtungen von Arbeit und Freizeit greifen um sich. Wir reden über Zeitkonten, über

Zeitarbeit, über Telearbeit. Ein häufigerer Wechsel von Beschäftigung findet statt. Anstellungsverhältnisse verändern sich: selbständig, angestellt, Familienarbeit. Beschäftigungszeiten werden variabel und Menschen müssen heute unglaublich mobil sein, um arbeiten zu können.

2. Die demographische Entwicklung ist eine zentrale Variable. Die Zahl der jungen Menschen hat sich in einer Generation halbiert. In einer Generation halbiert! Die Anzahl der älter werdenden Menschen steigt stetig. Auch das schafft völlig neue Voraussetzungen für Bildung.

3. Eine sozialräumliche Segregation ist unübersehbar. Bis zu einem Drittel der Kinder wachsen unter Armutsbedingungen auf, es gibt Bildungsverlierer. Zehn bis Fünfzehn Prozent eines Jahrgangs in Sachsen gehen ohne abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung ab. Damit wächst der Nachbildungsbedarf, gleichzeitig bleiben Bildungspotentiale unausgeschöpft, weil Bildungsformen nicht hinreichend begabungssensibel wirken.

4. Bildungsbiographien greifen lebenslang. Wir sind eben nicht fertig. Letzte Woche habe ich das Seniorenkolleg an der Universität eröffnen dürfen und da gibt es eben den 75-Jährigen, der eine E-Mail an seine Enkel schreiben möchte.

5. Die Nachfrage nach qualifizierten Schulabgängern und Absolventen beruflicher Ausbildung steigt. Seit Jahrtausenden beklagt sich die ältere Generation über die Nachkommenden. Aber, heute wird insbesondere über eine unzureichende Ausbildungsfähigkeit, einen Qualifizierungsmangel, gesprochen – auch weil die sogenannten einfachen Jobs immer weniger werden.

6. Eltern wünschen sich zunehmend verlässliche Bildung, Erziehung und Betreuung über den ganzen Tag. Womit dem Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung eine wachsende Schlüsselbedeutung zukommt.

7. Die Verfügbarkeit über das gesamte globale Wissen via World Wide Web und der globale Austausch, erlauben eine ungeheure Horizonterweiterung und erfordern gleichzeitig eine ungeheure Kompetenz der Differenzierung, um Sinn und Unsinn voneinander unterscheiden zu können.

Mit diesen sieben Punkten sei angedeutet, wo wir heute einen besonderen Handlungsbedarf haben. Der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung reagiert auf diese Tendenzen. Er fordert eine kommunale Bildungslandschaft für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Ein lokales Gesamtsystem für Bildung, Erziehung und Betreuung soll die Verengungen und Begrenzungen der Teilsysteme, Kinder- und Jugendhilfe und Schule, überwinden. Zentraler Ort einer solchen Bildungsplanung soll die Kommune sein. Damit müssen Städte und Gemeinden als Orte, an denen sich Bildungsbiographien vollziehen, entwickelt werden, in den Bildungslandschaften politisch diskutiert und gestaltet werden.

Hieraus ergeben sich zentrale bildungspolitische Fragen. Welche Aufgaben haben aus kommunaler Sicht Bildung, Erziehung und Betreuung, angesichts steigender Erwartungen der Bürger, bei zugleich chronischer Unterfinanzierung der Haushalte? Wo liegen und wieweit reichen die kommunalen Handlungsspielräume für die Herausbildung eines Gesamtsystems von Bildung, Erziehung und Betreuung vor Ort? Wie lässt sich überhaupt ein fortlaufender Diskurs über Bildung initiieren zwischen den Akteuren von Bildung, Erziehung und Betreuung, über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg? Wie können die Ressourcen zwischen Schule, Jugendhilfe, Kultur oder Sport, stärker gebündelt und miteinander vernetzt werden und sich gegenseitig nutzend befruchtet werden? Und schließlich, wie lassen sich Zuständigkeiten und funktionale Netzwerke überhaupt in eine kommunale Verantwortungsgemeinschaft integrieren, wo Bildung doch Ländersache ist?

Meine Damen und Herren, um auf diese Fragen Antworten zu erhalten, hat die Stabsstelle „Lernen vor Ort“ eine erste Bestandsaufnahme der Leipziger Bildungslandschaft vorgenommen. Dort werden Stärken und Schwächen erstmals auf gesicherter empirischer Grundlage zusammengefasst. Ich möchte einige Grundaussagen herausgreifen, um den einen oder anderen Impuls zu geben, wie wir agieren müssen und wo Fehlentwicklungen vielleicht vermeidbar sind.

Ich beginne mit den fünf Stärken, die ich in diesem Bildungsreport aufgelistet sehe, und die unsere Stadt in besonderer Weise als Pfund einbringen kann:

1. Leipzig verfügt über eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur im kindlichen außerschulischen Bereich mit weit überdurchschnittlichen Nutzerquoten. Während bundesweit nur ein Fünftel und in den alten Bundesländern nur 15 % der Unter-3-Jährigen einen Betreuungsplatz hatten, sind es in Leipzig 2009 40 %. 2009 wurden in Leipzig fast 4.300 Unter-3-Jährige in der Krippe und fast 1.800 in der Kindertagespflege betreut. Das ist gut. Damit können wir auch mit berechtigtem Stolz deutlicher werben. Aber zur Wahrheit gehört, aufgrund der finanziellen Probleme in unseren Haushalten richtet sich der weitere Ausbau der Kindertagesstätten-Netze immer stärker an der Finanzierbarkeit als an der tatsächlichen Bedarfsquote aus.

2. In Leipzig hat sich eine Schullandschaft mit vielfältigen inhaltlichen und konzeptionellen Bildungsschwerpunkten entwickelt. Ich freue mich außerordentlich über die starke Profilierung und Differenzierung unserer öffentlichen Schulen. Da ist unglaublich viel passiert. Wenn ich Grundschule 2010 mit Grundschule 1991 vergleiche, liegen Welten dazwischen. Unsere Gymnasien haben sich entwickelt, profiliert, differenziert. Die Mittelschulen erfüllen eine unglaublich schwierige, anspruchsvolle Aufgabe und versuchen, durch ihre Profilbildung Kinder und Jugendliche abzuholen und mitzunehmen. Dies ist richtig. Dennoch, meine These ist: Unser sächsisches Schulsystem segregiert und separiert. Dazu kommen wir später noch bei den Schwächen. Insbesondere zur Förderschulthematik und den Kindern und Jugendlichen, die keine Abschlüsse haben. Ein zweites Beispiel: In unserer Stadt haben wir eine reiche Trägerschaft, d.h. zahlreiche Schulen in freier Trägerschaft mit vielfältigen pädagogischen Konzepten.

Aber es gehört zur Wahrheit auch dies auszusprechen: Wenn die Staatsregierung das Schulgeld für finanziell bedürftige Eltern nicht mehr übernimmt, dann wird sich die freie Schulträgerlandschaft genau in die Richtung entwickeln, die wir nicht wollen. Sie wird dann zu einer immer stärkeren elitären Veranstaltung. Also, sie wird gefährdet durch die Kürzungen an der falschen Stelle. Freie Schulen müssen offen bleiben für alle, sonst werden sie keine Ersatzschulen, sondern Angebotsschulen für besser Betuchte. Das müssen wir verhindern.

3. Die Leipziger Hochschulen- und Forschungslandschaft hat eine herausragende Bedeutung, sowohl als Standortfaktor, als auch als Möglichkeit, durch Hochschulbildung kritische Urteilskraft und sachliche Arbeitsqualifikation auszubilden. Eine breite Vielfalt von Studienmöglichkeiten hat einen überregionalen Einzugsbereich zur Folge. Derzeit kommen fast zwei Drittel der auswärtigen Studierenden aus Mitteldeutschland. Das heißt, wir haben überhaupt noch nicht ausgeschöpft, was national an Potential da ist, um Studierende nach Leipzig zu holen. Und auch international können wir besser werden. Die Hochschulen verstärken ihre Bemühungen als Brücke in die Berufe. Alle Hochschulen versuchen, durch die Einrichtung von Career Centers, den Übergang in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Aber eine Schwäche Leipzigs besteht darin, dass wir keine Technische Universität haben. Wir haben eine wunderbare Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, aber dennoch besteht eine technikwissenschaftliche Lücke gerade im Bereich einer vertiefenden Ingenieursausbildung, die wir dringend bräuchten.

4. Durch die Angebote der Volkshochschule hat die Stadt Leipzig einen unmittelbaren Einfluss auf das lebenslange Lernen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit erscheint das wichtig zu betonen, weil die Bedeutung der Volkshochschule oftmals unterschätzt wird. Im Jahr 2009 wurden 2.313 Veranstaltungen mit 26.425 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Am häufigsten in den Bereichen Sprachen, Gesundheit, Kultur, Gestalten. Und insbesondere die Deutschkurse, die Zertifikatskurse – The European Language Certificate – wurden sehr intensiv belegt. Und da sind wir bei dem Stichwort Migration, Integration. Hier macht die Volkshochschule einen hervorragenden Job. Allerdings, auch das muss gesagt werden, die einwohnerbezogene Betrachtung der öffentlichen Zuschüsse für Volkshochschulen, zeigt für den Freistaat Sachsen die unterste Rangposition.
Ich habe am Wochenende sehr intensiv im Bildungsreport gelesen. 2,22 Euro pro Einwohner gibt man in Sachsen für Volkshochschulen aus. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 4,82 Euro. Und jetzt soll noch einmal gekürzt werden.

5. In Leipzig existiert eine große Vielfalt nicht formaler Bildungsangebote, vom niedrigschwelligen Bereich bis hin zur Exzellenzförderung. In der Soziokultur, im Kreativitätsbereich, in den Sportvereinen, in der Jugendarbeit. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern: an der Möglichkeit der musikalischen Bildung durch Musikschulen und freie Musiklehrerinnen und Lehrer, durch die Förderangebote an Musikschulen, bis hin zu den Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen des Thomanerchors und der Begabtenförderung der Musikhochschule. Ende 2009 lernten knapp 4.000 Schülerinnen und Schüler an der Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach", davon die allermeisten im instrumentalen und vokalen Hauptfachunterricht und in der musikalischen Elementarerziehung. Dies ist ganz wichtig! Und durch Initiativen wie „Jedem Kind sein Instrument" oder „Musik macht schlau" versucht die Bürgerschaft, insbesondere Kinder aus einkommensschwächeren Familien zu erreichen.

Meine Damen und Herren, soweit die Stärken. Aber in der Tat haben wir auch Schwächen in unserer Bildungslandschaft. Auch darüber müssen wir sprechen. Ich habe mir sechs notiert:
1. Unser lokales Bildungssystem zeigt eine hohe sozialräumliche Selektivität. Wir sind in unterschiedlichen Stadtteilen völlig unterschiedlich aufgestellt in Bezug auf die Bildungschancen, die Bildungsnutzung und auf gelingende Biographien. Sehr interessant ist eine Betrachtung der gymnasialen Bildungsempfehlung für das laufende Schuljahr. Sie zeigt eine standortbezogene Spanne – zwischen einem Viertel und vier Fünftel. Im Durchschnitt über die ganze Stadt liegt der Übergang von der Grundschule zum Gymnasium bei fast 53 %. Aber es gibt Stadtteile, wo nur ein Viertel der Kinder auf das Gymnasium wechseln. Da müssen wir ran. Da wird sich entscheiden, ob unsere Gesellschaft auseinander fällt oder ob wir versuchen, den sozialen Zusammenhalt zu erhalten. Die Standorte mit stark unterdurchschnittlichen Anteilen der gymnasialen Bildungsempfehlungen sind natürlich, wen wundert es, überwiegend in jenen Ortsteilen zu finden, in denen einkommensschwache Haushalte leben. Diese Problemfelder sind selbstverständlich genau dort zu identifizieren, wo unsere Sozialreports, aber auch unser Integriertes Stadtentwicklungskonzept angreifen.

2. In vielen Bildungsindikatoren zeigt sich ein unterdurchschnittlicher Bildungserfolg der Jungen, der männlichen Bildungsteilnehmer. Ich finde es erschütternd, dass am Förderzentrum für Erziehungshilfe von 164 Schülerinnen und Schülern 151 Jungen sind. 151 Jungen von insgesamt 164 Schülern besuchen das Förderzentrum für Erziehungshilfe. Schulen zur Lernförderung: 54 % Jungen. Schulen für geistig Behinderte: 58,5 % Jungen. Der Anteil der Jungen an den gymnasialen Bildungseinrichtungen nimmt seit einigen Jahren stetig ab. Aktuell liegt er bei 45 %, obwohl der Anteil der Jungen je Geburtenjahrgang 52 % beträgt. Doch nur 45 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sind Jungen. Im so genannten Übergangssystem des berufsbildenden Systems, und damit nicht in einer regulären Berufsausbildung, befinden sich knapp 60 % männliche Jugendliche, die meist ohne schulischen Abschluss sind. Mit anderen Worten, unser Bildungssystem ist geschlechterselektiv. Hier ist eine intensive Diskussionsarbeit über Gründe und Gegenmaßnahmen zu führen.

3. Der folgende Punkt macht mir wirklich große Sorgen: Leipzig hat eine überdurchschnittliche Quote von Schulabbrechern. 7 % des Abschlussjahrgangs 2009/10 blieben ohne Abschluss. Der überregionale Vergleich der Abschlüsse im Hauptschulbildungsgang zeigt für das Schuljahr 2009/10 eine Abbrecherquo-

te von 25,3 % für Leipzig, während landesweit 14,4 % ohne Abschluss blieben. Spontan schoss mir das Leitmotiv des Christophorus Bildungswerks in den Kopf: „Keiner darf verloren gehen“. Wir können uns unmöglich in unserer reichen Gesellschaft leisten, dass 10 % eines Jahrgangs keinen Abschluss haben. Das ist eine Vergeudung von öffentlichen Ressourcen und, noch viel schlimmer, eine Versündigung am einzelnen Kind. Und hier müssen wir ran. Durch bessere Abstimmung, durch bessere Kurse, durch integrativere Modelle. Ich glaube, wir sind noch längst nicht ansatzweise integrativ soweit, wie wir sein könnten. Wir selektieren anstatt zu integrieren.

4. Die Schuleingangsphase stellt für fast ein Fünftel aller Kinder eine große Hürde dar. In den vergangenen Jahren wurden jeweils 10 % eines Einschulungsjahrgangs entweder von der Einschulung zurückgestellt oder zur Einschulung in Förderschulen empfohlen. Für weitere knapp 3 % wird dann eine integrative Beschulung empfohlen. Und wenn sie dann noch einbeziehen, dass von den regulär eingeschulten Kindern im ersten Jahr 3 % die erste Klassenstufe wiederholen, sind sie bei fast einem Fünftel aller Kinder, das im ersten Jahr nicht im Schulsystem ankommt. Da sind wir gefordert: in unseren Kindertageseinrichtungen, und das nicht nur im letzten Jahr vor dem Übergang zu den Grundschulen, sondern in der gesamten Laufzeit der Kindertagesstätten. 2004 gab es einen radikalen Schnitt. Ich saß damals bei den Koalitionsverhandlungen in Dresden mit am Tisch und wir wollten erreichen, dass wir nicht so viele Kinder zurückstellen, weil die Zurückstellungsquote so enorm hoch war. Wir dachten damals, durch eine Lenkung der Rückstellerquote könnte es gelingen, integrativer zu arbeiten. Im Ergebnis – das muss man heute offen und auch selbstkritisch sagen – haben wir das Problem nur verlagert. Wir haben anstatt rückzustellen segregiert und „Outdrops“ erzielt.

5. Familienbildung und Elternarbeit erreicht die Familien und Gruppen mit den größten Bedarfslagen oftmals überhaupt nicht. Wir machen Deutschkurse für Mütter mit Migrationshintergrund, wir haben Familienangebote, Beratungsangebote und Kurse, Familienbegegnungsstätten werden ausgebaut – ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen. Das Elternhaus hat eine absolut prominente Rolle bei der frühen Bildung. Aber wir erreichen kaum jene Gruppen, die besonders starke Unterstützung brauchen. Wie kommen wir da besser ran? Bitte diskutieren Sie das! Entwickeln Sie Lösungsansätze, damit wir mit unserem so knappen Geld den Effekt erzielen die zu erreichen, die es wirklich brauchen. Weil eben keiner verloren gehen darf. Und damit bin ich auch bei dem Thema Integration und Migration. Lassen Sie uns nicht die Fehler der alten Bundesländer wiederholen. Wir haben in unserer besonderen Situation noch die Chance, stärker und individueller auf die im Verhältnis zu westdeutschen Städten wenigen ausländischen Kinder zuzugehen. Wir haben die Chance der tatsächlichen Integration, weil es zahlenmäßig zu bewältigen ist. Aber wir müssen sie auch erreichen.

6. Es zeichnet sich ein Nachwuchsengpass im Bereich des pädagogischen Personals quer durch alle Bildungsbereiche ab. Nicht nur bei den Lehrerinnen und Lehrern. Ich denke, das weiß der Freistaat sehr gut. Natürlich ist es eine schwierige Situation, wenn Lehrer auf Vollzeit gehen und dadurch Stellen blockieren für junge Leute. Ältere Lehrer sind nicht die schlechteren, aber gesund ist eine vernünftige Mischung von jung und alt in Kollegien. Tatsächlich ist drei Viertel des pädagogischen Personals zwischen 40 und 60 Jahre alt und nur 3 % sind jünger als 30 Jahre. In unseren Kindertagesstätten ist die Altersgruppe der 40 bis Unter-50-Jährigen am stärksten vertreten, gefolgt von den 50 bis Unter-60-Jährigen. Nur ein Viertel des Personals ist jünger als 30 Jahre. Fachkräfte werden abgeworben, gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, Studierende, Absolventinnen und Absolventen verlassen Sachsen, gehen in die Altbundesländer. Dies betrifft Erzieherinnen ebenso, doch wir brauchen diese junge Leute, um die Mischung hinzukriegen.

Meine Damen und Herren, ich will es dabei bewenden lassen. Es gibt noch viele weitere Anhaltspunkte im Bildungsreport Leipzig 2010, bei denen wir gut beraten sind, Handlungsmaßnahmen abzuleiten, die wir 2012 hoffentlich verabschieden können. Wobei wir nicht warten sollten, um gute Ideen umzusetzen. Aber deutlich wird, Wissensvermittlung und Bildung müssen um individuelle Bildungsbegleitung ergänzt werden. Ich glaube, es reicht nicht mehr, so wie wir noch groß geworden sind, Kinder in die Schule zu schicken, am Schluss zu schauen, was heraus-

kommt und dann geht das schon alles seinen Gang. Wir brauchen individuellere Konzepte von Bildungsmanagement und Begleitung. Wir brauchen neue Formen, ein verfeinertes Verständnis von lebenslangen Bildungsprozessen – individuell, gemeinschaftlich, in der Freizeit. Wir brauchen neue Lernmethoden, um Selbstbewusstsein zu stärken, zur Motivation und Selbstbildung beizutragen, um mehr Menschen zu erreichen und zur Selbstbildung zu befähigen. Und gerade die Städte werden ein Mehr brauchen. An interkultureller Kompetenz, an sozialer Kompetenz, an Methodenkompetenz, aber natürlich auch an Finanzmöglichkeiten. Bildungsberatung wird zunehmen, Bildungscoaching wird Einzug halten. Wir müssen neue, besser strukturierte Angebote entwickeln, modularisierte Abschlüsse und neue Curricula bereitstellen. Wir müssen die Übergangsphasen besser aufeinander abstimmen und Selbstbildung und Verwirklichung von Herzen überzeugt unterstützen.

Darauf aufbauend ist das Programm „Lernen vor Ort“ eine Herausforderung und zugleich eine Chance für die Kommunen und für Leipzig. Es gibt uns einen zusätzlichen Schub, der eine folgerichtige Weiterentwicklung bestehender Ansätze ressortübergreifender und ganzheitlicher Organisation von Bildung im kommunalen Kontext ermöglicht. Ich kann mich gut erinnern, als ich im Jahr 2000 – damals als zuständiger Schulbeigeordneter – in meinem Büro saß und meine bildungspolitische Leitlinien formuliert habe. Ich wollte, dass die Stadt Leipzig bildungspolitische Leitlinien verabschiedet. Das Papier liegt noch in meiner Schublade. Die Zeit war damals noch nicht reif, um dies einzubringen. Es wollte keiner! Die Überzeugung war: „Bildung ist Ländersache. Da mischen wir uns besser nicht ein, sonst müssen wir am Schluss finanzieren.“ Vielleicht hätte es sogar im Stadtrat noch mehrheitsmäßig einen Boden dafür gegeben, aber es gab die große Angst, bis hin zum deutschen Städtetag: „Vorsicht, Vorsicht, Vorsicht! In dem Moment, wo wir als Kommunen vorpreschen und solche Leitlinien entwickeln, könnten wir uns im Hinblick auf die Finanzierung ein Eigentor schießen.“

Das hat sich gottlob geändert. Wir haben eine neue Chance. Kommunen haben wichtige Kompetenzen in einer Vielzahl von Bildungsbereichen. Ob wir wollen oder nicht, wir sind Träger von Bildung! In der Jugendhilfe, in den außerschulischen Angeboten und im Schulbereich sind wir Sachaufwandsträger, zunehmend in inhaltlicher Verantwortung durch Ganztagsangebote. Durch die Zusammenarbeit mit dem Hort, mit Kindertagesstätten und anderen. Im Bereich der Weiterbildung gehört die Volkshochschule zum Regelangebot, eine Vielzahl weiterer Bildungseinrichtungen und bildungsnaher Institutionen ergänzen die Bildungsinfrastruktur. Öffentliche Bibliotheken, Musikschulen, Kinder- und Jugendkultureinrichtungen, Jugendkunstschulen, kulturpädagogische Dienste in Museen, Schauspielhaus, Oper, Theater der Jungen Welt und und und. Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen und Begleitung und Beratung von Eltern sind, ob wir wollen oder nicht, zentrale kommunale Gestaltungsfelder. Kommunen sind bildungspolitische Akteure, die von den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft vor Ort zunehmend gefordert werden.

Welche Qualitäten zeichnet nun das Konzept „Lernen vor Ort“ hier in Leipzig aus? Wenn ich es richtig verstanden habe, glaubt man in der Vernetzung der Akteure, unterschiedliche Zuständigkeiten zu überwinden und in der Einbeziehung aller Bildungsbereiche innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung Zusammenführung zu organisieren. Um es deutlich zu sagen: Wir sollten uns nicht übernehmen. Ich sage auch dem Team „Lernen vor Ort“: Hängt die Latte nicht zu hoch. Wir werden niemals als Stadt den gesamten Bildungsprozess in dieser Stadt steuern können.

Aber wir können zusammenführen, wir können zusammenbringen und wir können Übergänge besser organisieren. In der Zusammenarbeit mit der Bildungsagentur, mit der Arbeitsagentur, mit der Wirtschaft, mit den Kultureinrichtungen und Jugendeinrichtungen können wir stärker aufeinander abgestimmte Bildungsbiographien begleiten. Hüten wir uns vor einem zu hohem Anspruch, zu wissen, wie man Kinder auf den richtigen Weg führt.

Aber wir können die Rahmenbedingungen verbessern. Eine so verstandene ganzheitliche Bildung steht für einen lebensbegleitenden Entwicklungsprozess, bei dem die geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Fähigkeiten sowie die personalen und sozialen Kompetenzen je nach Bedarf entwickelt und erweitert werden können. Bildung bedeutet immer Kompetenzerwerb zur eigenständigen Lebensgestaltung. Menschen sollen noch stärker für das lebensphasenübergreifende Lernen motiviert werden.

Und natürlich geht es um Chancengleichheit. Mir ist ein ganz besonderes Anliegen, dass wir uns um die kümmern, die im Schatten stehen. Wenn wir so viel Zeit damit verbringen würden, diejenigen Kinder und Jugendlichen zu beachten, die keine Chance haben im System, wie wir das mit den sogenannten Hochbegabtendefiziten oftmals tun, hätten wir vielleicht bessere Erfolge. Unter dem Begriff Bildung verstehen wir also nicht nur die institutionalisierte Bildung, sondern lebensweltlich erfahrene Bildungsprozesse. Begreift man Bildung als Ressource der biographischen Gestaltung, ist nicht nur das institutionalisierte kulturelle Kapitel, zum Beispiel der Schulabschluss, von Interesse, sondern es geht eigentlich im engeren Sinne um die jeweilige Selbstaneignungshaltung des einzelnen Menschen. Wir brauchen eine Pädagogik, die das Kind ganz ernst nimmt und diesem Kind die Chance gibt, eine Haltung zu entwickeln, lebenslang neugierig zu bleiben. Und derweil sollten wir uns auch den Institutionen zuwenden, stadtteilspezifisch unterschiedliche Handlungserfordernisse ausrichten, um Ausgrenzung und Teilhabehemmnisse abzubauen. In Abhängigkeit von der sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Situation ergeben sich nämlich in den einzelnen Stadtteilen ganz unterschiedliche Chancen aber eben auch Anforderungen – an die Vernetzung, an die Angebotsstruktur.

Und wir müssen Bildungspolitik als Chance für Stadtentwicklungspolitik begreifen und dies mit der integrierten Stadtentwicklungsplanung zusammendenken. Dann hätten wir was gekonnt. Die Stadt Leipzig will deshalb im Zeitraum der Projektförderung

von „Lernen vor Ort“ ein integriertes Bildungsmanagement aufbauen und auf seine Steuerungseignung erproben, indem die auf mehrere Ressorts verteilten Bildungszuständigkeiten vor Ort gebündelt und durch geeignete Konzepte und Handlungsansätze ergänzt werden. Und dies wollen wir im Diskurs mit der Bürgerschaft und dem Stadtrat tun. Eine solche Sicht zeigt die Möglichkeiten, die es in der Stadt gibt auf, weckt Neugier, ermöglicht Beratung.
Und ich hoffe wir entdecken die Lücken – einige habe ich heute benannt. Als nächster Schritt folgt eine zentrale Bildungsberatungsstelle. Ich denke, das ist ein richtiger Ansatz: Eine zentral in der Stadt gelegene Anlaufstelle für übergreifende Bildungsfragen zu entwickeln. Ein strategisches Ziel ist das Gesamtkonzept bildungspolitischer Leitlinien. Dies werde ich dann mit dem abgleichen, was ich damals in 2000 geschrieben habe. Und dann wollen wir eine Bildungskonferenz zu einer ständigen Einrichtung machen – heute ist dazu der Auftakt. Und ich freue mich schon auf die bildungspolitische Stunde des Stadtrates.
Wir haben uns jetzt entschieden, diese bildungspolitische Stunde nach der Haushaltsdebatte abzuhalten, damit wir uns dem Thema auch inhaltlich wirklich widmen können und es nicht in den Haushaltsfragen und Anträgen zum Haushalt 2011 untergeht.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Unser Blick auf Bildung ist ganzheitlich, lokal und lebensphasenübergreifend ausgerichtet und wir möchten die Potentiale in unserer Stadt bei der Infrastrukturgestaltung, aber auch bei dem Thema Beteiligung und Vernetzung herausgreifen. Wir wollen eine facettenreiche kommunale Bildungslandschaft, vom Schulbiologiezentrum bis zum Museum für Schulgeschichte oder Demokratie, vom Jugendkultur- oder medienpädagogischen Zentrum, vom Kinder- und Jugendmuseum LIPSIKUS bis zum Seniorenstudium.
Biographieumfassend ist der Blick. Bildung ist ein integrativer Teil der Stadtentwicklung und ein entscheidender Standortfaktor. Eine zentrale Erkenntnis sollte Raum greifen: Bildung ist eben viel mehr als Schule und Hochschule. Sie ist eine Gestaltungsaufgabe über viele Ressorts für die gesamte Lebenszeit. Am Schluss: herzlichen Dank dem Team! Ich habe mit großem Interesse den Bildungsreport gelesen. Ich wünsche Ihnen Kraft und Luft in der Diskussion. Und noch einmal: Streiten Sie miteinander über die richtigen Konzepte! Sachlich und besonnen, aber ich denke die Kinder und Jugendlichen und unsere Stadt sind es wert!

Bildung und Chancengleichheit

Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Mein Vortrag versucht eine Brücke zu schlagen zwischen den Worten des Oberbürgermeisters, der bereits wichtige Leitlinien einer kommunalen Bildungslandschaft in Leipzig deutlich gemacht hat und der eigentlichen Vorstellung des Bildungsreports Leipzig 2010, die im Anschluss folgen wird. Zunächst werde ich einige ausgewählte Daten zu Bildung und sozialer Ungleichheit in Erinnerung rufen und mich dabei im Wesentlichen auf den Bildungsbericht der Bundesregierung von 2010 beziehen und dabei auch immer kurz auf Leipzig Bezug nehmen, wohl wissend, dass der Vortrag zu den Leipziger Daten heute noch folgt. Anschließend werde ich kurz begründen, warum Heterogenität und Vielfalt die Herausforderungen unseres Bildungssystems von heute sind. Basierend darauf werde ich verdeutlichen, dass es in einer kommunalen Bildungslandschaft um Kooperation und Vernetzung geht. Aber Kooperation und Vernetzung haben ihre Regeln und Gelingensbedingungen und auch dazu werde ich einiges sagen. Hierfür nehme ich zunächst den Blickwinkel von unten ein, also ausgehend von den einzelnen pädagogischen Einrichtungen, z.B. Schulen, und gehe auf deren Vernetzung mit dem umliegenden Gemeinwesen ein. Anschließend nehme ich dann den Blickwinkel von oben ein, und erläutere aus der Perspektive des Oberbürgermeisters, der Dezernate oder des Stadtrates, wie man kommunale Bildungslandschaften von oben nach unten und von unten nach oben, sozusagen im Gegenstrom, entwickeln kann.

Zu Beginn möchte ich einige wichtige Zahlen zu Bildung und sozialer Ungleichheit in Erinnerung rufen. Wenn Sie sich einmal anschauen, wie sich die Bildungsbeteiligung und damit die Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung entwickelt haben, dann sehen Sie im Kohortenvergleich zwischen drei Alterskohorten, dass die jüngeren Alterskohorten häufiger die Hochschulreife erwerben als die älteren Kohorten und dass der Hauptschulabschluss an Bedeutung abnimmt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass der Hochschulabschluss und die mittleren Abschlüsse an Bedeutung zunehmen. So hatten 2008 etwa 39 % der 20 bis unter 30-Jährigen die Hochschulreife und etwa 24 % einen Hauptschulabschluss. Bei den 60 bis unter-65-Jährigen sind es aber 19 %, die die Hochschulreife haben, und 52 %, die einen Hauptschulabschluss haben. Diese Erhöhung des Bildungsstandards, und das ist bereits im Vortrag von Oberbürgermeister Jung angeklungen, wird insbesondere durch die steigende Bildungsbeteiligung von Frauen getragen. Der Anteil von Frauen mit Hochschulreife steigt doppelt so schnell an, wie bei den Männern. Insgesamt liegen in den ostdeutschen Ländern die geringsten Anteile an Menschen mit Hochschulreife vor, während in den Stadtstaaten die höchsten Anteile vorliegen. Insofern können wir von einer regionalen Streuung sprechen. Im rechten Teil der Abbildung B3-1 werden die beruflichen Abschlüsse dargestellt. Auch hier ist es so, dass der Anteil derjenigen Personen ansteigt, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben. Die Steigerung beträgt 6 % im Vergleich der 30 bis unter 35-Jährigen mit den 60 bis unter 65-Jährigen und wird auch hier durch die Frauen getragen. Interessant ist auch, dass in der Gruppe der 30 bis unter 35-Jährigen 39 % die Hochschulreife haben, aber nur 21 % einen Hochschulabschluss. Das bedeutet, dass es immer noch eine ganze Reihe von Menschen gibt, die zwar die Berechtigung zu einem Hochschulstudium haben, dieses aber gar nicht aufnehmen. Gleichzeitig liegt der Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss bei den jüngeren Alterskohorten deutlich über dem Anteil der Personen mittleren Alters. Wir haben also einerseits höhere Abschlüsse bei den jüngeren Kohorten, aber andererseits auch einen höheren Anteil von Menschen, die keinen beruflichen Ab-

Abbildung aus: Bildung in Deutschland 2010

schluss erworben haben. Das ist natürlich ein großes Problem.

Im Folgenden werde ich kurz auf die Bildungsabschlüsse in Leipzig eingehen. Ich beziehe mich hierbei noch auf den Leipziger Lebenslagenreport, ab heute wird diese Quelle dann durch den Bildungsreport Leipzig 2010 ersetzt. Der Anteil der Realschulabschlüsse bewegt sich in den letzten 14 Jahren auf einem Niveau von ungefähr 40 %, der Anteil der Abiturienten bei 30 % und die Abgänger mit einem Hauptschulabschluss liegen jetzt bei 16,6 %. Der Anteil der Abgänger ohne Schulabschluss schwankt seit 1995 zwischen 10 % und 12 % und liegt 2008 bei 11,6 %.

Eine wichtige Frage ist auch, welche Bildungsabschlüsse die Menschen erwerben, die von außen zuwandern. In allen Bundesländern haben wir einen höheren Anteil an Ausländern, die keinen oder nur einen Hauptschulabschluss erwerben, als das bei den Deutschen der Fall ist. Auch Sachsen macht hier keine Ausnahme. Bei der Allgemeinen Hochschulreife ist es entsprechend umgekehrt. Während Deutsche zu 33,4 % die Allgemeine Hochschulreife erwerben, sind es bei den Ausländern nur 28,7 %. Die Bildungsabschlüsse sind bei Ausländern also generell geringer als bei den Einheimischen. Interessant ist auch, dass bei den AbsolventInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die einen Abschluss erwerben, der Hauptschulabschluss dominiert. Während rund 70 % der deutschen Schulabgängerinnen und -abgänger einen mittleren oder höheren Abschluss erreichen, gilt dies nur für 40 % der ausländischen Jugendlichen. Hier gibt es also erhebliche Unterschiede. Die größten Unterschiede bestehen jedoch weiterhin bei der Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife. Im bundesweiten Durchschnitt erwirbt mindestens jeder dritte Schüler die Allgemeine Hochschulreife. Bei den ausländischen Jugendlichen ist es nicht einmal jeder Zehnte. Hier zeigt sich eine klare Bildungsbenachteiligung.

Tabelle 13: Deutsche und ausländische Absolventen/Abgänger ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss bzw. mit allgemeiner Hochschulreife im Schuljahr 2007/2008 nach Bundesländern *) Angaben in Prozent [1)]

Bundesland	Ohne Hauptschulabschluss		Haupt-schulabschluss		Allgemeine Hochschulreife	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
Baden-Württemberg	4,3	13,7	26,3	54,5	28,1	5,2
Bayern	5,4	15,6	27,1	49,2	23,3	8,2
Berlin	7,4	19,7	20,6	35,4	42,4	15,0
Brandenburg	9,6	8,4	14,3	17,5	42,6	40,8
Bremen	5,8	11,7	16,9	31,0	35,0	13,9
Hamburg	6,6	15,2	19,0	32,6	43,3	19,6
Hessen	5,5	12,9	20,7	39,5	29,8	10,2
Mecklenburg-Vorpommern	9,7	13,3	8,7	12,4	52,1	38,1
Niedersachsen	6,6	20,0	18,4	30,4	24,5	6,9
Nordrhein-Westfalen	5,4	14,1	18,4	33,5	31,4	12,8
Rheinland-Pfalz	6,3	15,9	24,1	43,5	28,2	9,3
Saarland	6,0	15,4	29,7	48,7	28,4	11,4
Sachsen	8,3	16,2	8,6	13,1	38,5	28,7
Sachsen-Anhalt	10,4	17,3	15,9	28,4	33,4	10,3
Schleswig-Holstein	8,1	15,3	27,7	41,6	25,8	11,1
Thüringen	6,8	15,4	13,3	27,6	41,1	17,3
Gesamt	6,2	15,0	20,8	40,2	30,5	10,7

*) Allgemeinbildende Schulen.
1) Gemessen an allen Absolventen/Abgängern der jeweiligen Abschlussart.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, Wiesbaden 2009

Tabelle aus: Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Juni 2010)

Interessant ist auch, dass bei den ausländischen Jugendlichen die Mädchen höhere Abschlüsse erwerben als die Jungen. Die typischen geschlechterspezifischen Ungleichheiten, von denen wir vorhin schon sprachen, gelten also auch für Ausländer.

Einen etwas anderen Zugang zur gleichen Thematik zeigt die Frage nach dem Anteil der 20 bis unter 30-Jährigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen. Das ist sozusagen der Indikator der EU für Risikogruppen. Und auch hier zeigt sich, dass wesentlich weniger Personen ohne Migrationshintergrund in dieser Rubrik zu finden sind, als Personen mit Migrationshintergrund. Aber es gibt nicht den einen Jugendlichen oder die eine Jugendliche mit Migrationshintergrund, sondern es zeigen sich gewaltige Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunftsländern. Die größte Risikogruppe bei den 20 bis unter 30-Jährigen stellen türkische Menschen und hier speziell türkische Frauen dar, die über

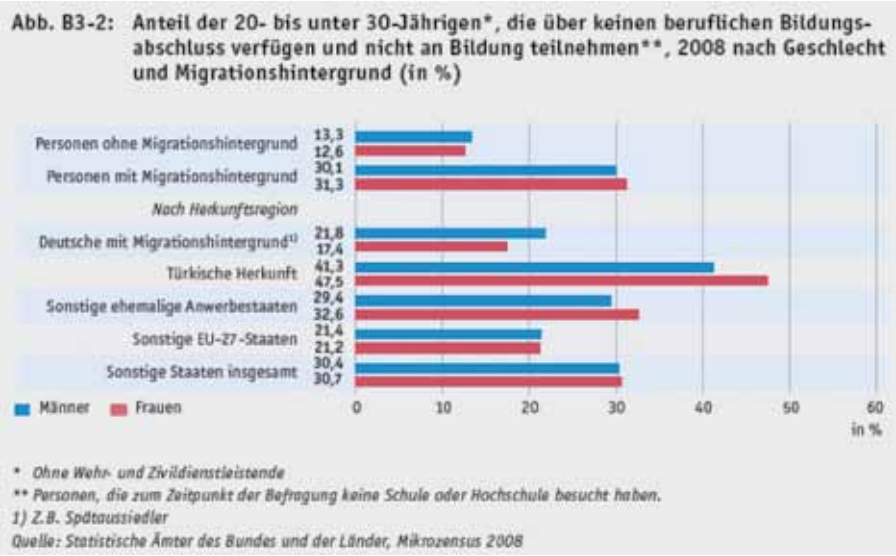


Abbildung aus: Bildung in Deutschland 2010

keinen beruflichen Abschluss verfügen und nicht an Bildung teilnehmen.
In Leipzig bewegt sich der Anteil der Abgänger ohne Abschluss in den letzten Jahren bei rund 12 %. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind davon in höherem Maße betroffen. Leipzig ist aber auch ein attraktiver Universitäts- und Hochschulstandort mit einer entsprechend hohen Quote von Studierenden. Insofern ist die Bildungslandschaft in Leipzig durch Disparitäten und Polarisierung gekennzeichnet. Auf der einen Seite hat Leipzig also einen relativ hohen Anteil von jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, und auf der anderen Seite hat Leipzig einen relativ hohen Anteil an jungen Menschen, die ein Hochschulstudium absolvieren. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei, dass es einen sehr engen Zusammenhang mit der sozialen Lage der Eltern gibt. Die höchsten Anteile von jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, finden sich in den Stadtteilen, die auch als Problemviertel bekannt sind und den höchsten Anteil an Hartz-IV-Empfängern und die größten Armutsquoten vorweisen. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft noch weiter verstärken. Bei Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund ist der Anteil derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, mit 19 % fast doppelt so hoch wie bei den Deutschen. Und ihre Anteile beim Realschulabschluss und Abitur sind entsprechend geringer. Auch hier zeigt sich wieder eine entsprechende Benachteiligung.

Kommen wir zu den sonderpädagogischen Förderquoten. Der nationale Bildungsbericht weist hierbei eine riesige Spanne aus. Im Jahr 1999 wurden 4,5 % aller Schülerinnen und Schüler des Primar- und Sekundarbereichs I in Förderschulen unterrichtet. Diese Zahl hat sich bis 2008 auf 4,9 % erhöht. Dieser Anstieg bedeutet eine immer stärkere Separierung und hat auch dazu beigetragen, dass die Schülerinnen und Schüler immer früher auf Förderschulen überwiesen werden. Das bewirkt, dass sich die durchschnittliche Zeit in Förderschulen verlängert. Es zeigen sich hierbei gewaltige länderspezifische Unterschiede zwischen den Förderquoten in Rheinland-Pfalz von 4,3 % und den Förderquoten in Mecklenburg-Vorpommern von 11,7 %. Sachsen liegt bei 8,3 %. Diese großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern stehen in Zusammenhang mit den entsprechenden institutionellen Entwicklungen, aber auch mit den Förderschul-Begutachtungspraktiken. Das Thema ist deswegen hoch relevant, weil im Jahr 2008 fast dreiviertel der Förderschüler die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen haben. Viele der Förderschulen bieten auch gar keinen Hauptschulabschluss an. Diese Zahlen machen folgendes Problem deutlich: es findet zwar möglicherweise eine wirklich intensive Förderung von jungen Menschen mit bestimmten Beeinträchtigungen statt, aber das Ergebnis ist nicht arbeitsmarktkompatibel. Das Ergebnis der Förderung führt also nicht zu positiven Lebenschancen. Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen insgesamt überdurchschnittlichen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unter den EU-Staaten hat Deutschland die höchste Förderquote von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen. Das bedeutet, dass bei uns das höchste Ausmaß an Separierung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf an die entsprechenden Schulen vorherrscht.

Auch hierbei finden sich die üblichen Zusammenhänge: nur 37 % der Förderschüler sind weiblich. Der Bildungsstand der Eltern von Förderschülern ist niedriger als bei den Eltern der Schülerschaft insgesamt und mehr als die Hälfte dieser Eltern haben höchstens einen Hauptschulabschluss. Der Anteil der Eltern ohne Berufsabschluss ist mit 28 % mehr als doppelt so hoch wie bei den sonstigen Schülern und ein Drittel der Familienbezugspersonen ist nicht erwerbstätig (34 % bei Förderschülern, 12 % bei der Schülerschaft insgesamt). Des weiteren gibt es einen hohen Anteil an ausländischen Schülern unter den Förderschülern, wobei hier insbesondere Albanien und der Libanon mit je 13 %, aber auch Griechenland, Italien, Marokko, Portugal und die Türkei mit je rund 7 % auffallen. Diese Zahlen sind über die letzten Jahre sehr konstant geblieben, d.h. es gibt bisher kaum eine Entwicklung zum Besseren.

Bei der Betrachtung kommunaler Bildungslandschaften ist in den letzten Jahren die Entwicklung ganztägiger schulischer Angebote zu einem wichtigen Thema geworden. Seit 2002 hat sich der Anteil der Schulen mit Ganztagsbetrieb mehr als verdoppelt. Diese

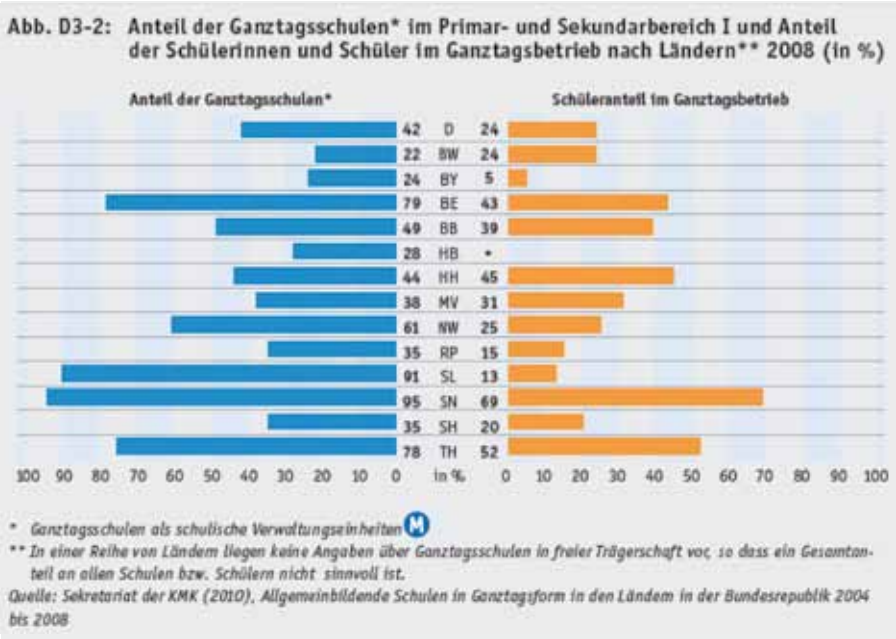


Abbildung aus: Bildung in Deutschland 2010

Erfolgsgeschichte basiert auf dem breit angelegten Programm IZBB [Anmerkung der Redaktion: Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung]. Mit einem Gesamtanteil von 42 % an allen schulischen Verwaltungseinheiten des Primar- und Sekundarbereichs I ist heutzutage mehr als jeder dritte Schulstandort ein Ganztagsbetrieb. Jedoch gibt es unterschiedliche Formen ganztagsschulischer Angebote. Man unterscheidet hierbei die vollgebundene, die teilweise gebundene sowie die offene Form. Der Ausbau geht bisher vor allem auf die Errichtung von Ganztagsschulen in offener Form zurück: bei den Grundschulen arbeiten 88 % nach dem offenen Modell, bei den Realschulen 79 %, bei den Gymnasien 76 % und bei Schulen mit mehreren Bildungsgängen 59 %. Ganztagsschule heißt also in vielen Bereichen überwiegend: offene Ganztagsschule. Nicht nur der Ausbau der Angebote ist seit 2002 deutlich vorangeschritten, sondern auch die Anzahl der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler hat sich verdoppelt. Die Beteiligungsquote liegt allerdings 2008 mit 24 % nach wie vor weit unter dem Anteil der Schulen mit Ganztagsbetrieb (42 %). Auch in einem Land wie Sachsen, wo ein relativ weit ausgebautes, flächendeckendes Angebot offener Ganztagsschulen vorliegt, bleibt völlig offen, ob jene Schülerinnen und Schüler erreicht werden, die aufgrund ihrer familiären Situation besonderer Förderung bedürfen. Solange wir es überwiegend mit offenen Ganztagsschulen zu tun haben, bleibt diese Frage unbeantwortet. Wir haben dazu ein Forschungsprojekt zur Kooperation im Ganztag in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass Schulen häufig mit dem offenen Konzept einsteigen und sich mindestens zum teilgebundenen Konzept, also zu weiterer Verbindlichkeit, weiterentwickeln.

In jedem Land gibt es einen Zusammenhang zwischen der schulischen Leistung und der sozialen Herkunft. Dieser Zusammenhang ist jedoch in keinem der OECD-Länder so eklatant wie in Deutschland. Dies zeigen die IGLU-Studie sowie die PISA-Studien. Die Herstellung von Chancengleichheit ist aber einer der wichtigsten Eckpfeiler demokratischer Gesellschaften. Gleichberechtige Bildungschancen sind ganz wesentlich für den Zusammenhalt moderner Gesellschaften. Besonders in Gesellschaften, deren Wertschöpfung von den Köpfen der Menschen abhängt, ist Bildungsgerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung für ökonomische Wachstumsprozesse. Wie lässt sich jedoch erklären, dass zwischen dem sozialen Hintergrund und der Schulleistung ein Zusammenhang besteht? Man unterscheidet hierbei primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Die erste Stufe der Benachteiligung für Kinder aus bildungsfernen Milieus besteht darin, dass sie aufgrund der fehlenden oder geringen Förderung durch die Eltern sowie der geringen materiellen Ressourcen schlechtere Voraussetzungen mitbringen. Wie auch die IGLU-Studie zeigt, herrschen in Deutschland im internationalen Vergleich ungünstige Bedingungen der Lese-Sozialisation in Familien. Wenn die Eltern das Kind fördern und das Kind einem bildungsfördernden Milieu entstammt, dann hat das Kind auch entsprechend gute Chancen, im Schulsystem zu reüssieren. Wenn das nicht der Fall ist, hat es sehr viel schlechtere Chancen. Die zweite Stufe der Benachteiligung, also der sekundäre Herkunftseffekt, findet genau an den Gelenkstellen statt, die heute schon angesprochen wurden. Also etwa bei der Einschulung, beim Übergang in weiterführende Schulen und hierbei vor allem bei der Empfehlung für das Gymnasium. Selbst bei gleichen schulischen Leistungen existieren große Unterschiede in den Empfehlungen. Empirische Studien belegen, dass Kinder aus der obersten Dienstklasse eine fünffach höhere Chance auf eine Gymnasialempfehlung haben als Kinder von un- und angelernten Arbeitern. Dieser Befund ist in den letzten Jahren eher stärker als schwächer geworden. Es gibt aber noch eine weitere Benachteiligung, die manchmal übersehen wird, und zwar die frühe Aufteilung in hierarchisch gegliederte Schulformen und die damit zusammenhängenden Auslesemechanismen. Diese fördern soziale Segregation der Heranwachsenden nach ihren Entwicklungsmilieus. Sobald Kinder in einer unteren Schulform gelandet sind, werden sie ungeachtet ihrer Möglichkeiten und Potentiale auch schlechter gefördert. Die Differenzierung von Fördermilieus durch unser gegliedertes Schulsystem ist also eine weitere Stufe der Benachteiligung. Das bedeutet, Schulen mit hohen Anteilen an benachteiligten Schülerinnen und Schülern leisten also weniger Förderung, als man aufgrund der individuellen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler erwarten könnte. Das ist in allen Staaten der Fall, die Schulsysteme haben, in denen die Gliederung zu einem frühen Zeitpunkt beginnt. Es bestehen große sozioökonomische Ungleichheiten, ohne Vorteile für die Qualität der Leistung zu bringen.

Wenn man den relativen Anteil der primären sowie der sekundären Benachteiligung betrachtet, dann zeigt eine neue empirische Studie auf Grundlage des DJI Kinderpanels, dass der relative quantitative Effekt der sekundären Benachteiligung 60 % der Bildungsungleichheit erklärt. Dieser Wert wurden bezogen auf die Empfehlung für das Gymnasium gemessen, weil dies die einzige bundesweite Schulform ist. Erstaunlich ist auch, dass in Ländern, in denen die Grundschulempfehlung der Grundschullehrerinnen und -lehrer verbindlich ist, der Effekt geringer ausfällt als in den Ländern, in denen die Grundschulempfehlung eine reine Empfehlung ist und letztlich die Entscheidung der Eltern gilt. Die Begründung hierfür lautet: Eltern haben Bildungsaspirationen und diese Bildungsaspirationen sind sozial ungleich verteilt. Insofern ist in den Ländern, in denen es keine verbindliche Grundschulempfehlung gibt und die Entscheidung der Eltern zählt, der selektive Effekt noch stärker.

Ein weiterer, auch heute mehrfach angesprochener Aspekt der Bildungsbenachteiligung betrifft die Jungen. Ich möchte dies vorsichtig formulieren: Es gibt Indizien für den relativen Bildungsmisserfolg von Jungen, der jedoch nicht über den ganzen Lebenslauf anhält. Interessant ist hierbei die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Mädchen waren im Jahr 1965 bei der Abiturquote eines Jahrgangs stark unterrepräsentiert. Erst ab 1975 gab es einen Gleichstand und ab 1981 zunächst einen geringen und dann immer stärker werdenden Vorteil für Mädchen. Das bedeutet, dass es sich hierbei um einen dynamischen Prozess

handelt, der sich erst seit 1965 aufgebaut hat. Heute haben die Mädchen eine um den Faktor 1,42 größere Chance gegenüber Jungen, das Abitur zu erwerben. Außerdem haben Mädchen bei den mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen gegenüber den Jungen aufgeholt und bekommen heute in allen Hauptfächern die besseren Noten und werden häufiger auf das Gymnasium überwiesen. Bei der Berufseinmündung jedoch ändert sich das Bild dramatisch. Die Wahrscheinlichkeit, nach einer betrieblichen Ausbildung vom Unternehmen übernommen zu werden, ist für junge Männer nach wie vor höher als für junge Frauen. Trotz gleicher Qualifikationen werden Frauen auch heute noch deutlich niedriger als Männer bezahlt. Familienbedingte Unterbrechungen der Erwerbskarriere fallen überwiegend bei Frauen an und schlagen sich in entsprechend schlechteren beruflichen Chancen nieder. Das Bild der geschlechterspezifischen Benachteiligung muss also noch genauer untersucht werden. Es gibt die These, dass der größere Bildungserfolg von Mädchen am höheren Anteil der weiblichen Lehrerinnen und Lehrern vor allem in der Grundschule aber auch in weiterführenden Schulen, liegt. Die bisherigen empirischen Analysen können dies jedoch nicht eindeutig bestätigen.

Damit komme ich zu der Frage, warum Heterogenität und Vielfalt die heutigen Herausforderung des Bildungssystems sind. Wir alle kennen den Spruch des seufzenden Schullehrers: „Wir können als Schule doch nicht alles machen. Wir können doch nicht auch noch die Aufgaben der Familie übernehmen. Wir sind damit überlastet.“ Meine lieben Lehrerinnen und Lehrer, liebe Schulleiter, meine These ist: Sie können sich die Schülerpopulation nicht selber backen, sondern Sie müssen mit der Schülerpopulation klar kommen, die Sie bekommen. Und diese wächst heute anders auf als vor 10, 20 oder 30 Jahren. Viele Schülerinnen und Schüler leben in Patchwork-Familien oder Ein-Eltern-Familien mit meist alleinerziehenden Müttern. Dies hat Folgen für die Entwicklung der Kinder und führt zu dahinter liegenden Konflikten. Eine Reihe von Studien zeigt sehr deutlich, dass die entsprechenden Ressourcen, die hier bereitgestellt werden können, prekär sind. Es gibt eine Veränderung der Geschlechterrollen und ein Teil der Benachteiligung von Jungen basiert auf dem Problem der Irritation des Macho, des männlichen Geschlechtsrollenmodells, das nicht mehr funktioniert. Das gilt insbesondere für bestimmte Migrantengruppen, also etwa Türken, Italiener oder Griechen, bei denen Probleme mit der Reflektion und Veränderung von Geschlechterrollen entstehen.

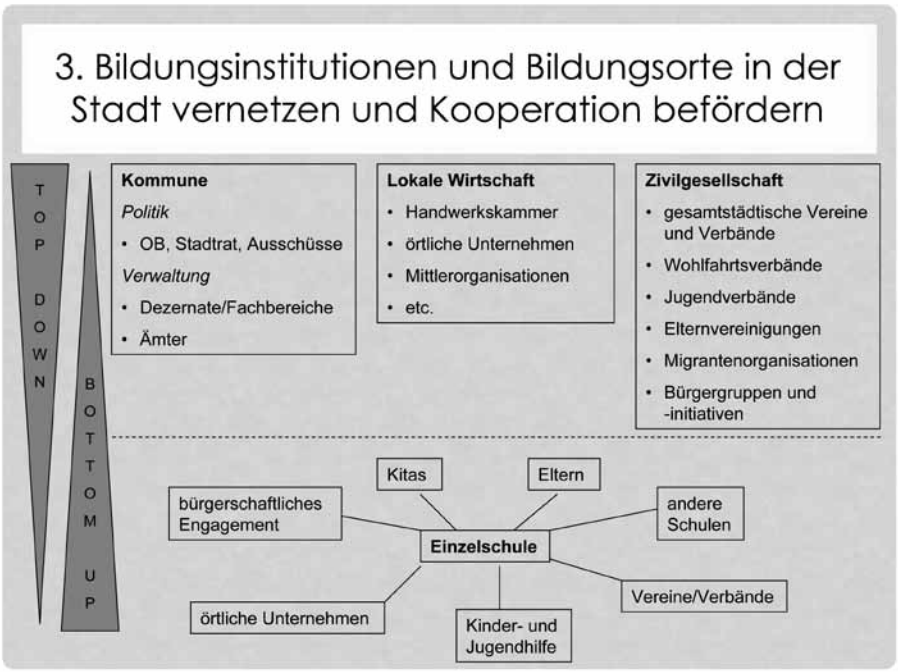
Der demographische Wandel wird sich sozialräumlich so auswirken, dass in den Stadtteilen, in denen überhaupt noch Kinder leben, auch die größten Probleme vorherrschen und in denen die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Das gilt jedenfalls für die großen Städte. Der sozialräumlichen Verfestigung von Ungleichheiten vorzubeugen, wird schwierig sein, ist aber eine der wichtigsten Aufgaben, vor denen wir stehen. Die Polarisierung von Soziallagen ist heute bereits angesprochen worden. Es gibt klare Belege für Korrelationen zwischen dem Anteil der Hartz-IV-Bezieher in der Bevölkerung und den schlechten PISA-Leistungen. Der Trend zur Informations- und Wissensgesellschaft mit den entsprechend wachsenden Anforderungen hat Oberbürgermeister Jung bereits angesprochen. In vielen ländlichen Räumen Ostdeutschlands ziehen gerade diejenigen jungen Leute weg, die das höchste Human- und Sozialkapital haben. Das bedeutet eine Entleerung nicht nur räumlicher Art, sondern auch vom Human- und Sozialkapital her der ländlichen Gegenden.

Welche Konsequenzen für eine gute Bildung resultieren nun aus der Heterogenität und der Vielfalt? Wir müssen individuelle Bildungsbiographien stärker berücksichtigen und Bildung nicht mehr wie bisher mit der Gießkanne verteilen. Ein Standardangebot für alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse anzubieten und zu hoffen, dass jeder sich das rausnimmt, was sie oder er verstanden hat, wird nicht mehr funktionieren. Wir müssen beim einzelnen Schüler ansetzen, sonst haben wir keine Chance. Wir haben im Rahmen unserer wissenschaftlichen Begleitung des Projekts „Schulversagen in Sachsen-Anhalt“ eine Reihe von qualitativen Interviews mit Schülerinnen und Schülern geführt, die an der Schule versagt haben. Karrieren des Versagens sind dynamische Prozesse, weil sich Misserfolgserlebnisse, daraus folgende ungünstige Reaktionen und Verarbeitungsmechanismen sowie die Reaktionen der Lehrer gegenseitig aufschaukeln. Diese Prozesse setzen bei den Defiziten der Schülerinnen und Schüler an und nicht bei den Stärken. Wir müssen jedoch bei den Stärken und Ressourcen der Schülerinnen und Schüler ansetzen. Es muss unsere Aufgabe sein, Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, für die sie nicht verantwortlich sind, zu einem Bildungsabschluss zu führen, der positive Lebenschancen beinhaltet.
Das ist die Aufgabe der Schule und die Schulen müssen für den Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler verantwortlich gemacht werden. Bislang besteht keine Möglichkeit, eine Einzelschule für gute Arbeit zu belohnen. Auch wenn sie schlechte Arbeit leistet, kann sie genauso weitermachen.

Wir brauchen also ein pädagogisches Konzept für die Entwicklung eines Bildungssystems, in dem die sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen werden und das mit diesen Unterschieden auch zurechtkommt. Ein Bildungssystem, das die unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten und Lernbereitschaften aufgreift und die Heterogenität nicht als Defizit oder Problem sieht, sondern als Herausforderung, als Chance und sie produktiv für das Lehren und Lernen nutzen kann. Eine solche Pädagogik der Vielfalt ist jedoch nicht durch eine Institution alleine, zum Beispiel die Schule, leistbar, sondern es braucht dazu Kooperationen zwischen unterschiedlichen Bildungseinrichtungen. Das betrifft Kindertageseinrichtungen, Schulen aber auch so genannte Nebenschulen, z.B. die Teilnahme an Nachhilfe. Es findet eine klare soziale Spaltung statt zwischen denjenigen, die sich gute Nachhilfe im Einzelunterricht leisten können, das sind diejenigen, die keine schlechten Noten haben, sondern durchschnittliche Noten weiter verbessern wollen, und anderen, die schlechte Noten haben aber möglicherweise nicht über die Ressourcen verfügen, um qualitativ gute Nachhilfe, die auch wirklich etwas bringt, auf dem freien Markt einzukaufen. Meiner Meinung nach ist es eine Aufgabe der Schule,

dafür zu sorgen, dass solche Förderung zusätzlich zum Unterricht möglich wird. Deshalb gilt der Satz: „Bildung ist mehr als Schule.“, wie auch schon das Bundesjugendkuratorium im Jahre 2002 festgestellt hat ebenso wie der 12. Kinder- und Jugendbericht.

Organisationen und natürlich auch die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe.
Damit komme ich zu dem Thema, das auch das Programm „Lernen vor Ort“ sich vorgenommen hat: Bildungsinstitutionen und Bildungsorte in der Stadt zu vernetzen und Kooperationen zu befördern.



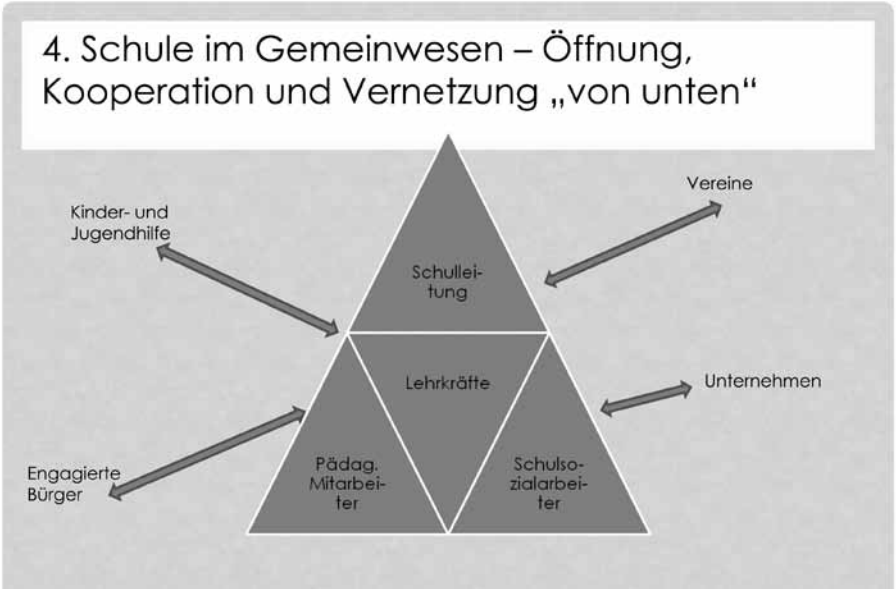
Quelle: Prof. Dr. Thomas Olk

Wir müssen unterschiedliche Formen des Lernens, also formale Formen des Lernens, non-formale Formen des Lernens und informelle Formen in einem erweiterten Verständnis von Bildung miteinander verknüpfen und sozialräumlich verankern. Diese Aufgabe ist keineswegs einfach. Vernetzung auf der städtischen Ebene, auch in Leipzig, ist eine freiwillige Aufgabe, zu der man niemanden zwingen kann. Dazu müssen die Akteure mitgenommen werden. Für eine gute Bildung wirken Schule, Kinder- und Jugendhilfe, frühkindliche Bildung und Betreuung sowie Wirtschaft- und Zivilgesellschaft zusammen. Es handelt sich also nicht allein um eine Aufgabe des öffentlichen Bildungssystems, sondern auch um eine Aufgabe der regionalen Wirtschaft sowie der gemeinnützigen Vereine. Sie können eine ordentliche Bildung für Migranten im Stadtteil nicht ohne den z.B. russischen Elternverein organisieren. Das bedeutet, man braucht dazu Akteure, Vereine, gemeinnützige

Für die Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft muss von unten nach oben gedacht werden, von der einzelnen pädagogischen Einrichtung aus, sei es die Kita, die Schule oder die Volkshochschule. Die Bildungslandschaft wird also Bottom-Up entwickelt. Gleichzeitig jedoch, und das hat Oberbürgermeister Jung heute bereits deutlich gemacht, müssen Sie von oben nach unten, also Top-Down, die Dezernate und Fachbereiche koordinieren und auch Rahmenbedingungen schaffen, zum Beispiel durch die Entwicklung von Konzepten für einzelne Stadtteile. Was wollen Sie in den Stadtteilen erreichen? Was sind dort Ihre Ziele? Was sind die Indikatoren? Es stellt sich also eine Aufgabe im Gegenstromverfahren, die sehr herausfordernd ist. In der Schule beginnt gute Bildung mit gutem Unterricht. Guter Unterricht bedeutet, bei den einzelnen Schülerinnen und Schülern ansetzen und jeden dort fördern, wo sie oder er steht, also bei den Stärken fördern.

Dazu ist es wichtig, ein positives Klassenklima herzustellen, also kein Klima der Unterdrückung, sondern ein positives Schulklima. Weitere Kernelemente einer guten Bildung sind differenzierte Lern- und Unterrichtsformen, Angebote non-formalen Lernens, also die Entdeckung neuer Lernorte, sowie die individuelle Förderung von Lernprozessen. Um passgenaue Unterstützung bereitzustellen, bedarf es auch schulexterner Partner. Die Beiträge unterschiedlicher Bildungsakteure in der Schule und im Umfeld der Schule müssen also miteinander verzahnt werden. Deswegen braucht die Schule Kooperation und Vernetzung. Welche Akteure sind hierbei bereits an Bord? Das sind zunächst natürlich die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die pädagogischen Mitarbeiter, die Schulsozialarbeiter. In Sachsen-Anhalt läuft zur Zeit ein Programm, das ich wissenschaftlich begleite, in dem 208 Schulen mit Schulsozialarbeitern ausgestattet werden.

Eine wesentliche Frage ist nun, unter welchen Gelingensbedingungen Kooperation funktionieren kann. Die Kooperationspartner müssen zunächst ihr Bildungsverständnis transparent machen und dieses dem jeweiligen Partner deutlich machen. Ich habe mal eine Fortbildung mit Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrerinnen und -lehrern in Form einer Tandem-Fortbildung durchgeführt. Die Teilnehmer mussten sich hierbei jeweils als Tandem anmelden, also z.B. eine Erzieherin und eine Grundschullehrerin. Den Teilnehmern haben wir dann ein für den Elementarbereich bestehendes Bildungsprogramm namens „Bildung elementar“ zu lesen gegeben. Die Erzieherinnen sollten die entsprechenden Passagen des Curriculums für die Grundschulen lesen und anschließend darüber diskutieren. Es war sehr spannend zu sehen, welche Fragen die Erzieherinnen auf der Grundlage dieser Lektüre an die Grundschullehrer gerichtet haben und anders herum. Die Übung hat gezeigt, dass die Partner überhaupt nicht voneinander wussten, mit welchem Bildungsverständnis die andere Seite arbeitet. Sie möchten zwar zusammenarbeiten, aber sie tun es auf der Grundlage unterschiedlicher Bildungsverständnisse. Es müssen also Rollen und Verantwortlichkeiten geklärt werden, es müssen gegebenenfalls schriftli-



Quelle: Prof. Dr. Thomas Olk

che Vereinbarungen getroffen werden, um die Sache auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. In der Schule muss ein Steuerungsgremium geschaffen und eine Kooperations- und Anerkennungskultur etabliert werden. Gemeinsam müssen Strategien entwickelt und Ziele gesetzt werden. Gegebenenfalls müssen Arbeitsformen verabredet und Transparenz hergestellt werden. Als die ersten Schulsozialarbeits-Programme eingeführt wurden, kamen in der Schule Fragen auf, was die Schulsozialarbeiter eigentlich machen, wenn sie nicht am Ort der Schule sind? Machen die dann Kaffeepause? Es war ein großer Aufwand um zu erklären, welche Aufgaben ein Schulsozialarbeiter hat, dass er zu den Eltern geht und dort Gespräche führt. Transparenz herzustellen und Erfahrungsaustausch anzuregen ist eine wichtige Aufgabe. Die Schule entwickelt sich in kommunalen Bildungslandschaften von einer monoprofessionellen zu einer multiprofessionellen pädagogischen Institution, die sich nach innen und außen für Kooperationspartner öffnet.

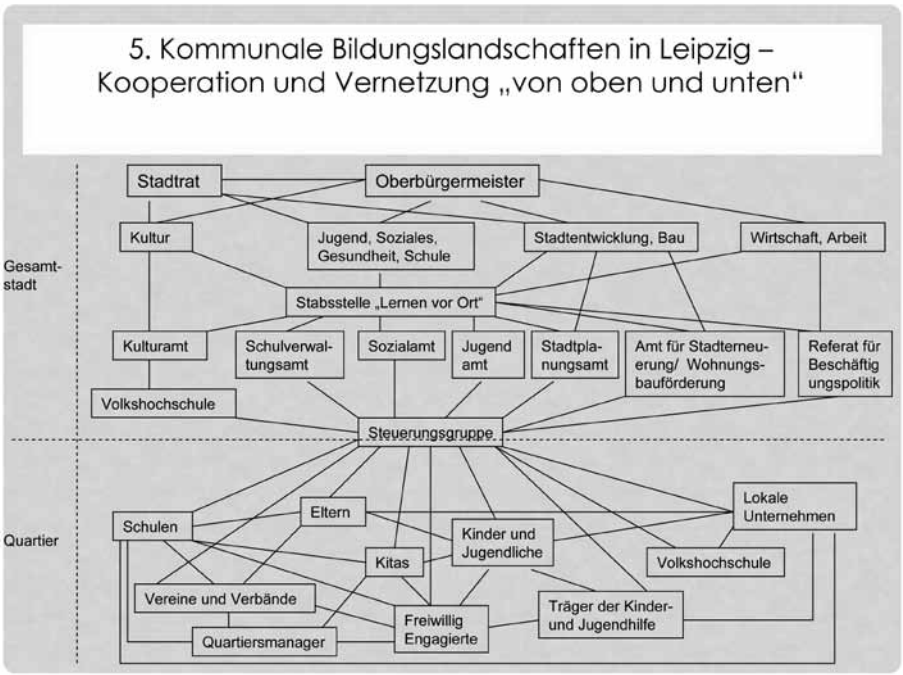
In der Schule arbeiten verschiedene Professionen zusammen: Schulleitung, Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Schulsozialarbeiter. Diese Professionen müssen gut zusammenarbeiten, damit Schule gute Bildung leisten kann. Dass das nicht einfach ist, wissen alle, die es bereits versucht haben. Dazu kommt noch, dass Schule für gute Bildung auch mit externen Institutionen zusammenarbeiten muss. Zum Beispiel mit der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch mit Vereinen, z.B. Elternvereine, Vorlesepaten, Mentoren usw. Und regionale Unternehmen. In einem Projekt zur Erforschung von Kooperation unterschiedlicher Berufskulturen im Ganztag haben wir festgestellt, dass viele Schulen zu einer faktischen Nicht-Kooperation kommen, gerade wenn es Ganztagsschulen im offenen Bereich sind. Die Lehrer machen vormittags den Unterricht und gehen anschließend nach Hause.
Nachmittags kommt dann die „Bespaßungs-Truppe“. Die Kooperation ist dort gleich Null. Natürlich haben wir auch Schulen vorgefunden, bei denen gemeinsame Projekte verabredet und Verantwortlichkeiten geklärt wurden.

Nun komme ich zurück auf die Grafik, die Kooperation und Vernetzung von unten und von oben darstellt. Bis jetzt habe ich von der einzelnen pädagogischen Institution im Stadtteil in das Gemeinwesen geschaut. Die Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft erfordert ressortübergreifendes Arbeiten und das Zusammenwirken von Akteuren. In der Kommune sind das die Ebenen Politik mit dem Oberbürgermeister, den Stadträten und Ausschüssen sowie die Verwaltung mit den Dezernaten und Ämtern. Daneben gilt es, mit der lokalen Wirtschaft zusammen zu arbeiten, also den Kammern, den örtlichen Unternehmen sowie mit Mittlerorganisationen. Eine dritte Säule bildet die Zivilgesellschaft mit ihren gesamtstädtischen Vereinen und Verbänden. Bei der Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft muss überlegt werden: Was wollen wir erreichen? Bis wann wollen wir das erreichen und welche Akteure brauchen wir dazu?

Vor diesem Hintergrund habe ich mir mal die Situation in Leipzig angesehen. Der Grafik kann man entnehmen, wie vielfältig alleine die Ressorts sind, die hier auf jeden Fall nicht vergessen werden dürfen. Ressortübergreifende Kooperation ist bei weitem nicht einfach. Und das hat ganz einfach strukturelle Gründe. Alle Akteure folgen bestimmten Regeln, Maßgaben und Erfolgskriterien, die sozusagen der Logik ihres Ressorts, ihres Dezernats, ihres Fachbereichs entsprechen. Das müssen nicht dieselben Kriterien sein, die für den anderen Fachbereich gelten. Also im Fachbereich Schule gut zu arbeiten, Erfolg zu haben und anerkannt zu werden, erfordert möglicherweise ganz andere Verhaltensweise und ganz andere Aktivitäten als im Ressort Jugendhilfe erfolgreich zu sein. Wenn die Bereiche nun ressortübergreifend zusammenarbeiten wollen, dann dürfen sie sich nicht überfordern, sondern sie müssen erst austarieren, was gemeinsam zu schaffen ist. Es ist ein freiwilliger Prozess und es bleibt eine freiwillige Aufgabe der Kommunen, Kooperation und Vernetzung zu bewirken und dazu braucht es natürlich auch Rückendeckung durch die Politik. Das bedeutet, Sie brauchen einen Stadtratsbeschluss, der natürlich gut vorbereitet werden muss. Für diesen Stadtratsbeschluss müssen sowohl für die Gesamtstadt als auch für einzelne Quartiere Konzepte formuliert werden.

Was Sie in den einzelnen Quartieren bildungsbezogen erreichen wollen, muss so formuliert sein, dass es mit Indikatoren messbar ist, da sonst der Erfolg nicht überprüfbar ist. Und Sie müssen Rahmenbedingungen schaffen, die dann nach unten im Stadtteil wirken können. Für die Umsetzung der Ziele braucht es alle Akteure des Stadtteils, also Kita, Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Eltern, Vereine und Verbände, Quartiersmanager usw. Sie machen sich also auf den Weg, ein solches Spinnengewebe aufzubauen mit Akteuren, die es bisher wohlmöglich nicht kannten, in dieser Form zusammenzuarbeiten. Insofern sollte man sich tatsächlich überlegen, was man sich gegenseitig zumuten kann.

Alles was Sie jetzt verabreden, sollte so angelegt sein, dass es allen etwas bringt und keinem wirklich wehtut. Sobald eine Entscheidung für eine Seite gut ist, jedoch für die andere Seite schlecht, wird diese Seite aussteigen. Letztlich geht es aber um das Ziel, Bildung in der Stadt verbessern zu helfen. Und davon werden wieder alle profitieren. Das muss immer und immer wieder kommuniziert werden, damit jeder Akteur merkt: mein Beitrag zu diesem Gemeinschaftsprodukt „gute Bildung in Leipzig“ zahlt sich aus. Etwa für Wirtschaft und Beschäftigung, etwa für Schule, etwa für Kinder- und Jungendhilfe usw. Dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg.



Quelle: Prof. Dr. Thomas Olk

Zentrale Ergebnisse des Bildungsreports Leipzig 2010

Dr. Birgit Glorius, Stabsstelle „Lernen vor Ort", Aktionsfeld Bildungsmonitoring

1. Aufgaben und Ziele eines kommunalen Bildungsmonitorings

Unter Bildungsmonitoring versteht man die kontinuierliche, datengestützte Information über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Eine wesentliche Aufgabe des Bildungsmonitorings ist die Bildungsberichterstattung, die in regelmäßigen Abständen die Teilbereiche des Bildungssystems umfassend in seiner Struktur und Entwicklung darstellt. Die Betrachtung im Zeitverlauf sowie im überregionalen Vergleich ermöglicht es, die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens insgesamt und seiner Teile besser einzuschätzen. Damit stellt Bildungsmonitoring wichtige Informationsgrundlagen für politische Entscheidungen zur Verbesserung des Bildungswesens bereit.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort" ist das Aktionsfeld „Bildungsmonitoring" ein Pflichtbereich für die teilnehmenden Kommunen, um ein kommunales Monitoring für Bildungsfragen aufzubauen. Methodisch werden die Kommunen durch das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) sowie das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) unterstützt, unter anderem in Form regelmäßiger Fortbildungsveranstaltungen oder die Bereitstellung eines „Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings", der einen Katalog relevanter Indikatoren zur Analyse des Bildungssystems beinhaltet.

Zentrales Ziel des Leipziger Bildungsreports 2010 ist es, eine Anfangsperspektive für alle bildungsbiografischen Etappen zu bieten und die Vielfalt der Leipziger Bildungslandschaft darzustellen. Da der Bericht in einem sehr knappen Zeitfenster (März 2010 bis August 2010) konzipiert und erstellt wurde, musste an vielen Stellen zugunsten der thematischen Breite auf die analytische Tiefe innerhalb der biografischen Etappen verzichtet werden. Auf Grundlage dieses ersten Bildungsreports soll eine breite bildungspolitische Debatte entfacht werden, aus der sich Anhaltspunkte für die weitere Fokussierung der Bildungsberichterstattung ergeben.

2. Methodisches Vorgehen

Zur Erstellung des Bildungsreports wurden Daten aus unterschiedlichen Quellen herangezogen. Basis der Betrachtungen bilden meist Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen. Diese wurden größtenteils über das Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt. Weitere Daten stammen aus verschiedenen Ämtern der Kommunalverwaltung, wie z.B. dem Jugendamt, Schulverwaltungsamt, Gesundheitsamt und Sozialamt. Ergänzt wurde dieses Material durch Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Daten aus überregionalen Quellen, wie z.B. aus dem Mikrozensus, dem Hochschulinformationssystem, der Volkshochschulstatistik oder der Weiterbildungsstatistik. Daneben wurden auch Informationen aus eigenen Recherchen, wie z.B. Internet-Recherchen, Experten-Interviews oder Selbstauskünfte von Bildungsanbietern verwendet.

3. Ausgewählte Ergebnisse

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse des Bildungsreports Leipzig 2010 präsentiert. Da die besten Datengrundlagen für den Bereich der frühkindlichen Bildung sowie die formale Schulbildung zur Verfügung standen, ließen sich hier auch die validesten Aussagen erzielen. Die Ergebnisdarstellung hat deshalb den Schwerpunkt im Bereich der institutionellen frühkindlichen sowie der formalen schulischen Bildung. Die Ergebnisse werden in Form eines Stärken-Schwächen-Profils dargestellt.

3.1 Stärken der Leipziger Bildungslandschaft

Leipzig verfügt über eine gut ausgebaute Betreuungsinfrastruktur im kindlichen außerschulischen Bereich mit weit überdurchschnittlichen Nutzerquoten

Die Bildungsbeteiligungsquote ermittelt den Anteil an Kindern einer bestimmten Altersgruppe, die eine Kindertageseinrichtung besuchen. Sie stellt ein wichtiges Maß für die Nutzung frühkindlicher Bildungsangebote dar.

Die Beteiligungsquote an den frühkindlichen Bildungsangeboten ist in Deutschland weiterhin sehr unterschiedlich, vor allem im Bereich der Krippenkinder. Deutschlandweit nahm 2009 ein Fünftel der Unter-3-Jährigen ein öffentlich gefördertes Betreuungsangebot in Anspruch, wobei die Beteiligung zwischen 45 % in Ostdeutschland und 15 % in Westdeutschland differierte. Leipzig wies im ersten Quartal 2010 eine Beteiligung von 39,5 % bei den Unter-3-Jährigen auf, was mit dem Landesdurchschnitt von 40 % (Stand: 2009) in Einklang steht. Demgegenüber haben sich die Beteiligungsquoten der 3- bis unter 6-Jährigen innerhalb Deutschlands fast angeglichen. Mit insgesamt 92,5 % (2009) wird eine sehr hohe Beteiligung dieser Altersgruppe erreicht, die Werte schwanken nur geringfügig zwischen 92,0 % in Westdeutschland und 95,1 % in Ostdeutschland bzw. 95,0 % in Sachsen.

In Leipzig besuchten am 01.04.2010 insgesamt 14.892 Kinder zwischen drei Jahren

und dem Schuleintritt eine öffentlich geförderte Kindertageseinrichtung bzw. waren in Betreuung durch Kindertagespflege. Die Beteiligungsquote lag bei 90,9 % und hatte eine Reichweite zwischen dem Minimum von 84,5 % bei den 3- bis Unter-4-Jährigen bis zu 94,8 % bei den 5- bis Unter-6-Jährigen. Auch die Hortbetreuung erreichte einen Großteil der Kinder im Grundschulalter: Am 01.04.2010 besuchten 12.791 Grundschülerinnen und Grundschüler einen Hort, was einer Beteiligungsquote von 88 % entsprach.

Die Kindertagespflege als frühkindliche Bildungs- und Betreuungsinstitution spielte vor allem in den Altersgruppen der Unter-3-Jährigen eine große Rolle: 29 % der betreuten Kinder unter drei Jahren wurden am 01.04.2010 durch Kindertagespflegepersonen betreut. Bei den 3- bis Unter-6-Jährigen waren es nur 5 %, was mit dem gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz zusammenhängt. Kindertagespflege wird hier nur ergänzend genutzt, z.B. wenn die Arbeitszeiten der Eltern dies erfordern.

Eine vergleichende Betrachtung der vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten unterstreicht dieses positive Bild. Während in den alten Bundesländern weiterhin die Halbtagsbetreuung dominiert, ist es in Leipziger Kindertagesstätten durchweg möglich, Kinder ganztägig betreuen zu lassen. Dies wird vom größten Anteil der Elternschaft in Anspruch genommen: im Krippenbereich haben 78 % der betreuten Kinder einen Vertrag für sieben und mehr Betreuungsstunden, im Kindergartenbereich sind es 86 %. Somit ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben, was als wichtiger überregionaler Standortvorteil zu werten ist. Die hohe Nutzungsquote weist zudem darauf hin, dass die Partizipationsmöglichkeiten im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung kaum sozial selektiv sind. Angesichts der sehr unterschiedlichen demografischen Entwicklung der Leipziger Ortsteile mit der dominanten innenstadtnahen Nord-Süd-Achse des demographischen Wachstums und der generell positiven Wachstumsprognose ist die Bereitstellung einer wohnortnahen Betreuungsinfrastruktur für die folgenden Jahre eine zentrale Herausforderung.

In Leipzig hat sich eine vielfältige Schullandschaft mit vielen inhaltlichen und konzeptionellen Bildungsangeboten entwickelt

Insgesamt gab es in Leipzig im Schuljahr 2009/10 74 Grundschulen, 18 Förderschulen, 28 Mittelschulen und 21 Gymnasien sowie eine Gemeinschaftsschule und eine Freie Waldorfschule.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich das Schulnetz in Leipzig sowohl quantitativ als auch qualitativ stark verändert. Der Hauptauslöser für die quantitativen Veränderungen war die demografische Entwicklung, die ab Mitte der 1990er Jahre zu einem starken Rückgang der Schülerzahlen führte. In den Folgejahren wurden insgesamt 79 Schulen geschlossen.

Parallel zu diesem Prozess – und genährt durch die Aufbruchstimmung der Nachwendezeit – wuchs das Interesse der Elternschaft an alternativen Schulkonzepten, was eine günstige Ausgangsvoraussetzung für die Gründung von freien Schulen darstellte. Seit der ersten Gründung im Schuljahr 1990/91 wuchs der Bestand bis auf 22 Schulen im Schuljahr 2009/10, die rund ein Zehntel der Leipziger Schülerschaft aufnehmen.

Neben den freien Schulen mit ihren sehr differenzierten pädagogischen Konzepten haben auch die Schulen in kommunaler Trägerschaft eine Vielfalt an inhaltlichen Bildungsschwerpunkten vorzuweisen. Neigungs- und Vertiefungskurse an den Mittelschulen, Profilunterricht und vertiefte Ausbildungsgänge an Gymnasien ermöglichen es, individuelle Neigungen und Begabungen zu fördern und berufsorientierend wirksam zu werden (vgl. Tab. 1).

Tab.1: Fachliche Vertiefungsanbebote an Mittelschulen und Gymnasien, Leipzig, Schuljahr 2009/10

Vertiefungskurse Mittelschulen, 10. Kl.			Profilunterricht an Gymnasien		
	Teilnehmer	Anteil		Teilnehmer	Anteil
Gesundheit/Soziales	453	51,7	Naturwissenschaftlich	1.217	42,5
Technik	262	29,9	Künstlerisch	665	23,2
Wirtschaft	110	12,6	Gesellschaftswissenschaftl.	553	19,3
Kunst/Kultur	51	5,8	Sprachlich	430	15,0
Gesamt	876	100,0	Gesamt	2.865	100,0

Datenquelle: Schulverwaltungsamt

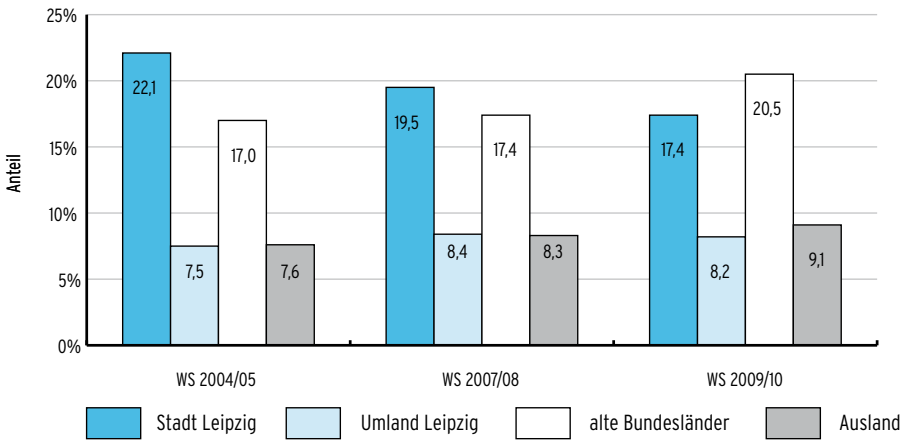
Die mehrheitliche Beteiligung der staatlichen Schulen am Ganztagsprogramm ermöglicht es zudem auch Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien, an hochwertigen Förder- und Freizeitangeboten teilzunehmen.
Geplante Mittelkürzungen im Bereich der Zuschüsse für freie Schulen und hinsichtlich der Ganztagsangebote zeigen, dass der sozialen Ausgewogenheit des Zugangs zu diesen Bildungsmöglichkeiten in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Die Leipziger Hochschul- und Forschungslandschaft hat eine herausragende Bedeutung, sowohl als Standortfaktor, als auch als Möglichkeit, durch Hochschulbildung kritische Urteilskraft und sachliche Arbeitsqualifikationen auszubilden.

Hochschulen tragen zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und der Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Die Anwesenheit von Studierenden hat direkten Einfluss auf die lokale Ökonomie, aber auch auf das kulturelle Leben einer Stadt. Zudem sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen wichtige Arbeitgeber für Hochqualifizierte. Im Wintersemester 2009/10 gab es in Leipzig eine Volluniversität, zwei Kunsthochschulen, sechs Fachhochschulen sowie eine Berufsakademie, die zusammen das gesamte Fächerspektrum der Wissenschaften abdecken. Komplettiert wird die Wissenschaftslandschaft durch zahlreiche öffentliche und private Forschungseinrichtungen. Im Wintersemester 2009/10 studierten insgesamt 37.039 Menschen an Leipziger Hochschulen, davon die Mehrheit (72,3 %) an der Universität Leipzig. Allein an den Leipziger Hochschulen waren im Wintersemester 2009/10 10.765 Personen beschäftigt; hinzu kommen die Beschäftigten der Forschungseinrichtungen.

Die traditionelle Stärke des Hochschulstandorts Leipzig liegt im Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Mehr als jede bzw. jeder zweite Studierende war im Wintersemester 2009/10 in den Sprach- und Kulturwissenschaften bzw. in den Rechts-, Wirtschafts-, und Sozialwissenschaften eingeschrieben. Die sog. MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik sowie Ingenieurwissenschaften) wurden von einem Viertel der Studierenden belegt, mit steigender Tendenz: während im Wintersemester 1995/96 noch 5.054 Studierende in MINT-Fächern eingeschrieben waren, was einem Fünftel aller Studierenden entsprach, stieg ihre Zahl bis zum Wintersemester 2009/10 um 81 % auf 9.476.
Eine Betrachtung der Herkunft der Studierenden an Leipziger Hochschulen lässt Aussagen über die überregionale Attraktivität des Hochschulstandorts und seiner einzelnen Institutionen zu. Im Wintersemester 2009/10 kam ein gutes Viertel aller Studierenden aus der Stadt Leipzig oder den Umlandkreisen (Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen), während ein Fünftel der Studierenden die Hochschulzugangsberechtigung in den alten Bundesländern erworben hatte; ein knappes Zehntel kam aus dem Ausland zum Studium nach Leipzig.
Im Wintersemester 2004/05 lagen die entsprechenden Quoten bei 29,6 % für die Stadt und das Umland Leipzigs, 17,0 % für die alten Bundesländer und 7,6 % für das Ausland. Damit hat sich im Fünfjahreszeitraum der Einzugsbereich des Hochschulstandortes Leipzig leicht vergrößert (vgl. Abb. 1).
Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern zeigt allerdings, dass die überwiegende Mehrheit jener Studierender an Leipziger Hochschulen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Leipzigs erworben haben,

Abb. 1: Ausgewählte Herkunftsregionen der Studierenden an Leipziger Hochschulen WS 2004/05, WS 2007/08, WS 2009/10



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Amt für Statistik und Wahlen

Bildungsreport 2010

Abbildung aus: Bildungsreport Leipzig 2010

aus dem mitteldeutschen Raum stammten (2008/09 64,3 %, davon 33,9 % aus Sachsen außerhalb Leipzigs, 17,3 % aus Sachsen-Anhalt sowie 13,3 % aus Thüringen). Angesichts der demographischen Entwicklung Mitteldeutschlands erscheint es angezeigt, sich aktiv um eine Rekrutierung von Studierenden aus den alten Bundesländern zu bemühen, um die gegenwärtigen Studierendenzahlen halten zu können.
Hochschulen bieten eine gute Möglichkeit, passgenauen akademischen Nachwuchs für den lokalen Arbeitsmarkt zu generieren; z.B. beendeten im Studienjahr 2008 insgesamt 5.360 Studierende an Leipziger Hochschulen ihr Studium, darunter 877 im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften und 680 Ingenieurinnen und Ingenieure. Über ihren regionalen Verbleib können allerdings derzeit keine Aussagen getroffen werden. Jedoch verstärken alle Hochschulen ihre Bemühungen, durch die Einrichtung von Career Centers und Kooperationen mit ansässigen Unternehmen den Übergang in den lokalen bzw. regionalen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Für die kommenden Berichtsjahre erscheint es angezeigt, die Datenlage zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen zu verbessern.

Durch die Angebote der Volkshochschule hat die Stadt Leipzig einen unmittelbaren Einfluss auf das lebenslange Lernen ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Volkshochschule Leipzig ist vor Ort der größte Anbieter von allgemeinbildenden und berufsrelevanten Bildungsangeboten. Im Jahr 2009 wurden 2.313 Veranstaltungen mit 26.425 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Am häufigsten wurden Veranstaltungen im Bereich Sprachen, Gesundheit sowie Kultur/Gestalten belegt. Laut einer Besucherbefragung aus dem Jahr 2006 sind die wichtigsten Motive, sich an der VHS zu bilden, die Verbesserung beruflicher Chancen sowie die Erweiterung des Allgemeinwissens. Insbesondere zur Verbesserung beruflicher Chancen bietet die VHS verschiedene qualifizierende Kurse an, die mit einem Zertifikat abschließen. Im Jahr 2009 wurden am häufigsten Zertifikatskurse im Fach Deutsch (The European Language Certificate TELC-Deutsch) belegt. Insgesamt 387 Migrantinnen und Migranten absolvierten diese Kurse, um damit die Voraussetzung für eine Einbürgerung oder die Berufszulassung (etwa im medizinischen Bereich) zu erwerben.

Volkshochschulen finanzieren sich durch Teilnehmergebühren sowie öffentliche Zuschüsse. Dabei muss die VHS Leipzig im überregionalen Vergleich mit relativ geringen Zuschüssen auskommen: Eine einwohnerbezogene Betrachtung der öffentlichen Zuschüsse für Volkshochschulen zeigt für das Bundesland Sachsen die unterste Rangposition mit 2,22€ pro Einwohner auf. Im Bundesdurchschnitt wurden pro Kopf 4,82€ an öffentlichen Zuschüssen eingesetzt. Sehr unterschiedlich sind auch die Anteile der kommunalen Zuschüsse an den öffentlichen Zuschüssen. Auch hier hat Sachsen die unterste Rangposition mit einem Anteil von 59,4 %. Für Leipzig beträgt der Anteil gar nur 33,6 %. Eine weitere Reduzierung der öffentlichen Zuschüsse könnte sich negativ auf die Sozialverträglichkeit der Teilnehmergebühren auswirken.

In Leipzig existiert eine große Vielfalt nonformaler Bildungsangebote vom niederschwelligen Bereich bis hin zur Exzellenzförderung.

Dies zeigt z.B. die Möglichkeit der musischen Bildung durch Musikschulen und freie Musiklehrerinnen und -lehrer, die Förderangebote an Musikschulen bis hin zu den Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen des Thomanerchors sowie die Begabtenförderung der Musikhochschule. Durch Initiativen wie „Musik macht schlau“ oder die Verankerung musischer Bildung in die Ganztagsangebote der Schulen wird auch Kindern aus einkommensschwächeren Familien der Zugang zur musischen Bildung erleichtert.

Allein an der kommunalen Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach“ lernten Ende 2009 knapp 6.000 Schülerinnen und Schüler, davon die meisten im instrumentalen und vokalen Hauptfachunterricht sowie in der musikalischen Elementarerziehung. Weitere 1.200 Personen befinden sich im Oktober 2010 auf einer Warteliste, was die hohe Nachfrage nach den Angeboten verdeutlicht. Der Unterricht wird in einer Haupt- und drei Zweigstellen sowie 2009 in 52 Kindertagesstätten und 26 Schulen erteilt.
Die Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach“ finanziert sich neben Mitgliedbeiträgen aus kommunalen und Landeszuschüssen, wodurch ihre Angebote um rund 25 % günstiger sind als auf dem freien Markt. Aus diesem Grunde kommt der kommunalen Musikschule eine besondere Rolle bei der Gestaltung der musischen Bildung quer durch alle Bevölkerungsschichten zu, die trotz Verknappung öffentlicher Gelder erhalten bleiben sollte.

3.2 Herausforderungen

Die Monitoringergebnisse des Jahres 2010 zeigen insbesondere Herausforderungen im schulischen Bereich:

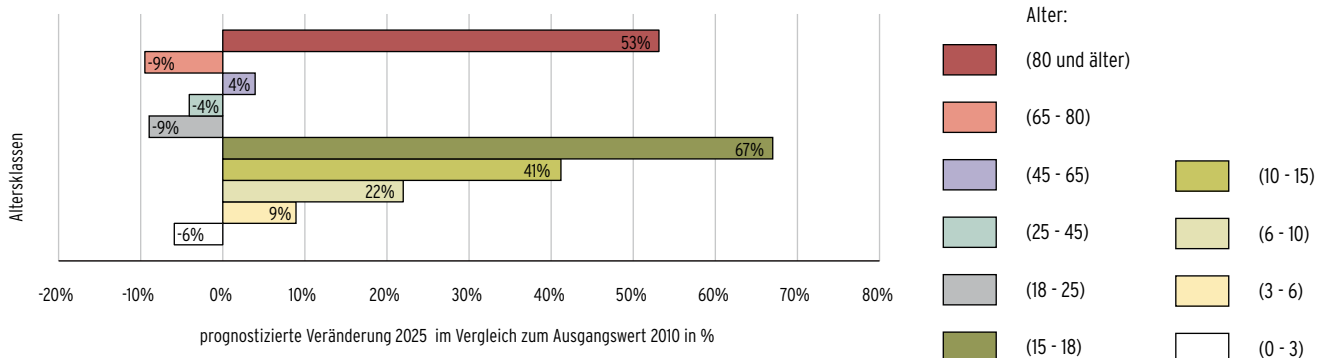
Aus der demographischen Entwicklung der vergangenen Jahre erwachsen große Herausforderungen hinsichtlich der Anpassung der Bildungsinfrastruktur.

Der Bevölkerungsschwund seit Mitte der 1990er Jahre führte zu starken Veränderungen der Schülerzahlen, die ihren Tiefststand im Bereich der Grundschulen im Schuljahr 2002/03 erreichten, während die Schülerzahlen der weiterführenden Schulen bis zum Schuljahr 2009/10 weiter sanken. Bedingt durch Zuzüge junger Familien und anhaltend hohe Geburtenzahlen steigt jedoch vor allem in innenstadtnahen Ortsteilen der Bedarf an schulischer Infrastruktur, was sich derzeit besonders stark im Grundschulbereich auswirkt. Mit einigen Jahren Verzögerung sind auch die weiterführenden Schulen betroffen, was die Bevölkerungsprognose 2010 deutlich zeigt (vgl. Abb. 2): Bis zum Jahr 2025 wird der Anteil der 10 bis unter 15-Jährigen um 41 % und die der 15 bis unter 18-Jährigen um 67 % ansteigen. Die Herausforderungen, die aus dieser Bevölkerungsentwicklung erwachsen, lassen sich als Chance verstehen, denn durch eine planvolle Positionierung neuer Schulstandorte lässt sich unmittelbar Einfluss auf die sozialräumliche Entwicklung des Stadtraums nehmen.

Das Bildungssystem zeigt eine hohe sozialräumliche Selektivität.

Bildungserfolge sind in Deutschland mehr als in anderen Ländern von der sozialen Herkunft abhängig. Die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Familien bzw. Familien mit Migrationshintergrund lässt sich bundesweit durch viele Indikatoren nachweisen. Für eine Analyse der städtischen Situation wurde im aktuellen Bildungsmonitoring die gymnasiale Bildungsempfehlung herangezogen, die im städtischen Durchschnitt 52,9 % des Viertklässlerjahrgangs 2009/10 erteilt wurde, wobei die standortbezogene Spanne zwischen einem Viertel und vier Fünfteln lag. Ein Vergleich mit der sozialräumlichen Struktur des jeweiligen Schuleinzugsgebietes zeigt, dass unterdurchschnittliche Anteile der gymnasialen Bildungsempfehlungen überwiegend in jenen Ortsteilen zu finden sind, in denen einkommensschwache Haushalte leben: acht der elf Standorte mit stark unterdurchschnittlichen gymnasialen Bildungsempfehlungen liegen in Ortsteilen, in denen über die Hälfte der Unter-15-Jährigen von Transferleistungen nach SGB II abhängig ist (vgl. Abb. 3).
Besonders in diesen Ortsteilen sollten bildungsfördernde und -begleitende Maßnahmen etabliert werden, um einer Zementierung oder gar einer Verschärfung der sozialen Segregation entgegenzutreten.

Abb. 2: Prognostizierte prozentuale Veränderung der Altersklassen zwischen 2010 und 2025



Quelle: Amt für Statistik und Wahlen

Bildungsreport 2010

Abbildung aus: Bildungsreport Leipzig 2010

Abb. 3: Öffentliche Grundschulen nach gymnasialer Bildungsempfehlung* und Anteil U15 mit SGB II Leistungen 2009

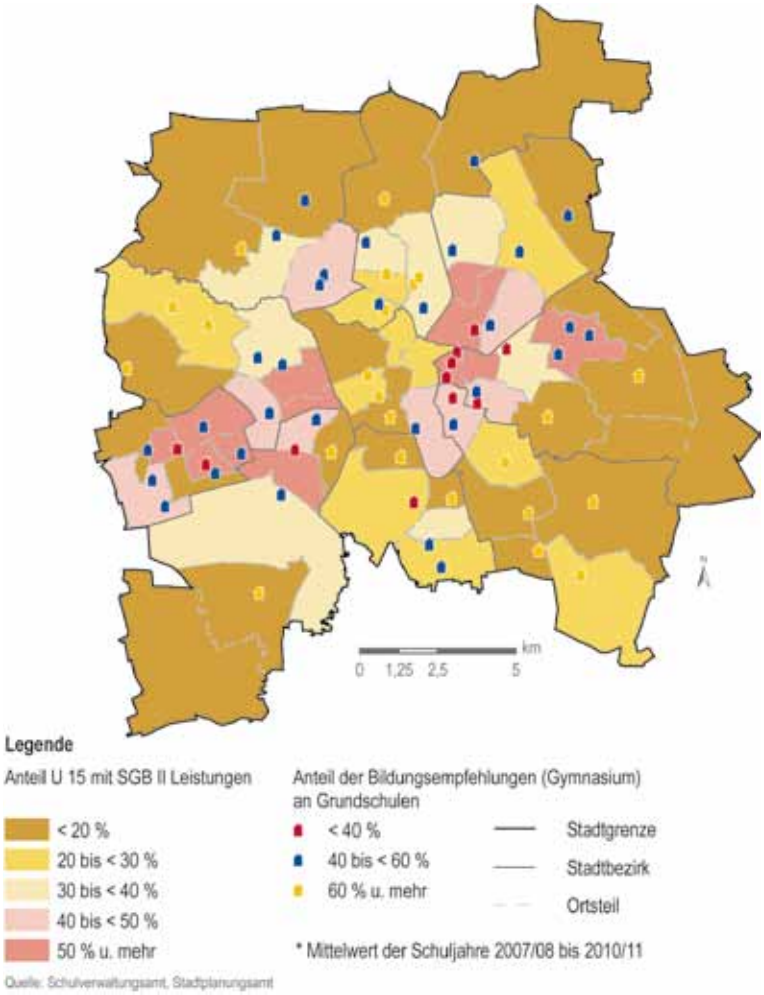


Abbildung aus: Bildungsreport Leipzig 2010

Die Schuleingangsphase stellt für fast ein Fünftel der Kinder eine große Hürde dar.

Eine Analyse der Daten aus der verpflichtenden Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes zeigt, dass Jahr für Jahr über ein Zehntel eines Einschulungsjahrgangs entweder von der Einschulung zurückgestellt oder zur Einschulung in Förderschulen empfohlen wird. Für weitere knapp drei Prozent eines Jahrgangs wird eine integrative Beschulung empfohlen (vgl. Abb. 4). Von den regulär eingeschulten Kindern wiederholten im vergangenen Schuljahr über drei Prozent die erste Klassenstufe. In der Summe bedeutet das, dass nur etwa vier Fünftel der Einschulungsjahrgänge einen glatten Start ins Schulleben haben.

Die Zeitreihenbetrachtung zeigt, dass ab dem Jahr 2004 eine Verlagerung der jugendärztlichen Empfehlung stattfand. Hintergrund ist eine Änderung der gesetzlichen Verordnungen, die eine Reduzierung der hohen Rückstellerzahlen bewirken sollte. Tatsächlich ist ab 2004 der Anteil der regulären Schulempfehlungen zunächst leicht angestiegen und vor allem der Anteil der Rückstellungen stark geschrumpft. Im Zeitverlauf pendelte sich jedoch der Anteil der regulären Empfehlungen wieder bei etwa 14 % ein, wobei die Anteil der Rückstellungsempfehlungen zu Gunsten der Empfehlungen für Förderschulen zurückging. In der Summe lässt sich somit sagen, dass die Problematik der Reifeverzögerung oder unzureichenden Schulvorbereitung lediglich verlagert, nicht gelöst wurde.

In vielen Bildungsindikatoren zeigt sich ein unterdurchschnittlicher Bildungserfolg der männlichen Bildungsteilnehmer.

Das gegenwärtige Schulsystem zeigt eine hohe Geschlechterselektivität, was sich insbesondere am unteren Ende der Leistungsskala zeigt. Jungen sind überall dort verstärkt vertreten, wo weniger erfolgreiche oder problematische Bildungsbiografien dokumentiert werden. Dies zeigt sich beispielsweise bei einer Betrachtung der Jungenanteile an den verschiedenen Förderschulen. Insbesondere unter jenen Förderschülern, bei denen keine eindeutigen physischen Beeinträchtigungen, sondern vielmehr Verhaltensstörungen oder emotionale Störungen vorliegen, sind die Anteile männlicher Schüler besonders hoch. Am deutlichsten zeigt sich dies im Förderzentrum für Erziehungshilfe, wo von 164 Schülerinnen und Schülern 151 männlich sind.

Auch im Bereich der gymnasialen Bildungsempfehlungen sind die Jungenanteile unterdurchschnittlich: Für das aktuelle Schuljahr 2010/11 wurden von allen gymnasialen Bildungsempfehlungen 45,6 % an Jungen erteilt, wobei ihr Anteil an der altersgleichen Bevölkerung etwa 51 % betrug.

Auch im berufsbildenden Bereich gehören Jungen häufiger zu den Bildungsverlierern: Der Anteil an Ausbildungsabbrechern ist bei männlichen Jugendlichen doppelt so hoch wie bei weiblichen (12,5 % vs. 6,6 %). Auch im sogenannten Übergangssystem des berufsbildenden Systems und damit nicht in einer regulären Berufsausbildung sind männliche Jugendliche mit 59,7 % häufiger vertreten, die meisten ohne schulischen Abschluss.

Leipzig hat eine überdurchschnittliche Quote von Schulabbrechern.

Eine Betrachtung der Schulabgänge und -abschlüsse ist als Indikator für die Leistungsfähigkeit eines Schulsystems von Bedeutung. Im Schuljahr 2009/10 schlossen der überwiegende Anteil der Absolventen allgemeinbildender Schulen (ohne Förderschule) die Schule mit dem Realschulabschluss (44,8 %) oder der allgemeinen Hochschulreife ab. Sieben Prozent der Abgänger erreichten den von ihnen angestrebten Abschluss nicht, darunter auch eine kleine Gruppe, die an der allgemeinen Hochschulreife scheiterte. Mit dem erfolgreichen Absolvieren der Klassenstufe 11 besitzen sie jedoch automatisch einen dem Realschulabschluss gleichgestellten mittleren Schulabschluss, so dass sich die Problematik der Schulabbrecher insbesondere an den Mittelschulen bemerkbar macht: Von dem Abschlussjahrgang des Hauptschulbildungsgangs blieb im Schuljahr 2009/10 ein Viertel ohne Abschluss; dieser Wert überstieg den Landeswert von 14,4 % (2007/08) bei Weitem.

Mittelschulabgänger ohne Abschluss haben große Probleme, eine Ausbildungsstelle zu finden; vielfach gelten sie als ausbildungsunfähig. Konsequenterweise finden sie sich hauptsächlich im sogenannten Überganssystem wieder, das darauf abzielt, die Kompetenzen der Jugendlichen zu verbessern, um die Aufnahme einer Berufsausbildung oder das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses zu ermöglichen.

Im Ausbildungsjahr 2009/10 waren fast drei Viertel der Neuanfänger im Übergangssystem ohne schulischen Abschluss. Nur ein Drittel hatten den Weg in eine berufliche Ausbildung gefunden, den andererseits auch die Hälfte der Abiturientinnen und Abiturienten im berufsbildenden System einschlugen (vgl. Abb. 5).

Gerade für das duale Ausbildungssystem zeichnet sich damit eine starke Konkurrenzsituation unter den Bewerberinnen und Bewerbern ab, die bislang zum Nachteil der schwächer qualifizierten Jugendlichen ausging. Die aktuelle demografische Entwicklung, die eine Verknappung der Bewerbungszahlen mit sich bringt, könnte die Chancen der schwächer Qualifizierten verbessern. Eine erfolgreiche Ausbildung wird jedoch vielfach nur mit Hilfe unterstützender Maßnahmen möglich sein.

Es zeichnet sich ein Nachwuchs-Engpass im Bereich des pädagogischen Personal quer durch alle Bildungsbereiche ab

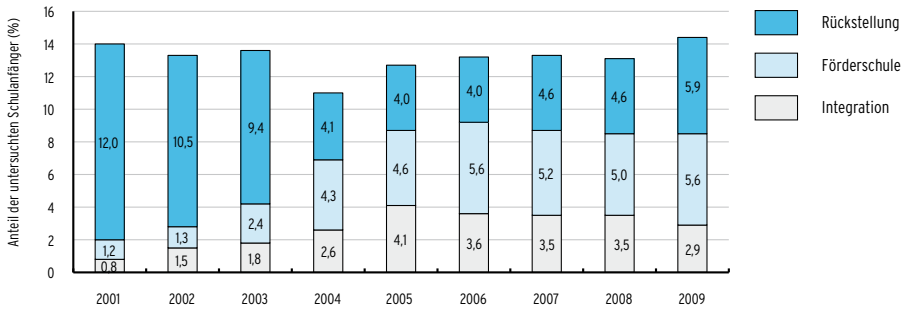
Eine Betrachtung der Altersstruktur des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten wie auch in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zeigt, dass in den kommenden Jahren mit erheblichen Nachwuchs-Problemen zu rechnen ist. Gegenwärtig sind von den knapp 3.500 Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten gut ein Viertel über 50 Jahre; knapp ein Drittel sind im Alter zwischen 40 und 50. Hingegen umfasst die Altersgruppe der unter 30-Jährigen nur ein Viertel des Personals.

Noch stärker ist die Alterung im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer ausgeprägt: In den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen Leipzigs waren 2009 drei Viertel des pädagogischen Personals zwischen 40 und 60 Jahre alt, hingegen weniger als drei Prozent unter 30 Jahre. In den berufsbildenden Schulen waren 61,1 % der Lehrerinnen und Lehrer älter als 45 Jahre, aber nur 12,5 % unter 35 Jahre alt.

Ein sukzessives Nachrücken jüngerer Beschäftigter ist in den kommenden Jahren unumgänglich, um die in den kommenden 20 Jahren ausscheidenden zahlenstarken Altersjahrgänge zu ersetzen. Im Bereich des Lehrpersonals ist dies eine Aufgabe auf Landesebene, die in der jüngeren Vergangenheit nur mit großer Zurückhaltung ausgeübt wurde, da finanzielle Kapazitäten für Personalausgaben größtenteils durch die Aufhebung der Teilzeitregelung für Lehrerinnen und Lehrer verbraucht wurden. Gleichzeitig weichen seit mehreren Jahren Absolventen der Lehramtsstudiengänge in Mitteldeutschland auf westliche Bundesländer aus, da in Mitteldeutschland – bedingt durch die demographische Alterung der Bevölkerung – eher ein Personalabbau im pädagogischen Bereich dominierte.

Fachkräfteabwanderung bzw. aktive Abwerbung in die westlichen Bundesländer ist ebenso für die Berufsgruppe der Erzieherinnen und Erzieher relevant, so dass auch hier ein aktives Bemühen um Nachwuchssicherung auf kommunaler Ebene notwendig ist. Wichtigen Einfluss hat hierbei die Möglichkeit, Ausbildungskapazitäten für die entsprechenden Berufsgruppen vor Ort bereitzustellen.

Abb. 4: Schulanfänger ohne jugendärztliche Schulempfehlung, 2001 bis 2009

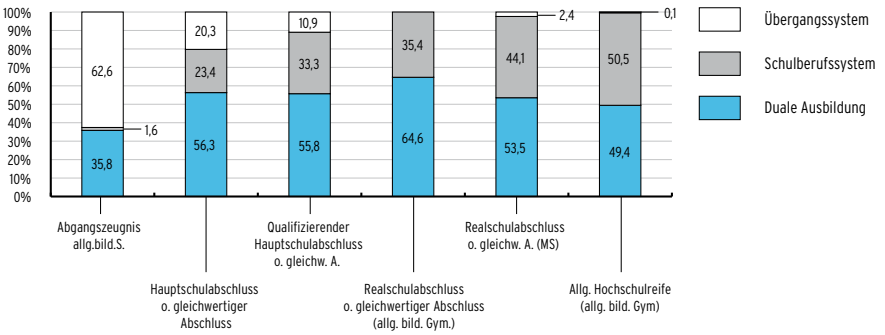


Quelle: Gesundheitsamt

Bildungsreport 2010

Abbildung aus: Bildungsreport Leipzig 2010

Abb. 5: Neuanfänger im berufsbildenden System nach schulischer Vorbildung, Schuljahr 2009/10



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Bildungsreport 2010

Abbildung aus: Bildungsreport Leipzig 2010

4. Zusammenfassung und Ausblick

Der erste Bildungsreport Leipzig 2010 bietet eine erste Beschreibung des Bildungssystems durch alle Lebenslaufetappen, mit inhaltlichen Vertiefungen im Bereich der formalen Bildung. Stärken und Herausforderungen konnten insbesondere für das formale Bildungssystem aufgezeigt werden, teils sogar in ihrer sozialräumlichen Differenzierung. Andere Bereiche des Berichtswesens wurden weniger tief beleuchtet, jedoch wurde eine Ausgangspunkt definiert und an verschiedenen Stellen Datenlücken aufgedeckt, die in den folgenden Berichtsjahren sukzessive geschlossen werden sollen.

Wie eingangs bereits erwähnt, soll auf der Grundlage dieses ersten Bildungsreports ein bildungspolitischer Diskurs in Politik, Verwaltung, unter Bildungsakteuren und in der Öffentlichkeit in Gang gesetzt werden, aus dem sich die zukünftigen analytischen Aufgaben für die Bildungsberichterstattung ableiten lassen.

Während der Programmlaufzeit von „Lernen vor Ort“ soll das Berichtswesen auf eine überschaubare Anzahl aussagekräftiger Indikatoren verschlankt werden, die dazu geeignet sind, steuerungsrelevante Aussagen in soziodemographischer und sozialräumlicher Differenzierung zu generieren. Hierzu ist politischer Konsens notwendig; dafür bildet die Veröffentlichung des Berichtsentwurfs und die darauffolgenden Debatten eine wichtige Basis.

Workshop 1

Bildungsnetze in Leipzig – Nachbarschaften und Sozialraum

Moderation: Ricardo Glaser, Stefan Heinig
Organisation und Protokoll: Tobias Habermann

Auf der Ebene der Stadtteile, Quartiere und Nachbarschaften findet oftmals das soziale Leben statt. Dabei spielen Bildungsstätten eine wichtige Rolle. Sie sind Anlaufstelle für die verschiedensten Bevölkerungsgruppen im Quartier. Gleichzeitig manifestieren sich soziale Probleme in den dort verankerten Bildungseinrichtungen. In diesen konkreten Bezügen ist eine individuelle Förderung wirksam. Daher wurden in diesem Workshop mit Vertretern des Stadtrats, der Verwaltung, der Wohlfahrtsverbände, der Schulen, des Quartiersmanagements und der Freien Träger sowie der Kultureinrichtungen Fragen wie: „Was zeichnet ein Netz der Bildungspartner aus? Wen und was benötigt die Arbeit in einem Bildungsnetz?“ diskutiert.

Ziel des Workshops

Ziel des Workshops war es herauszufinden, wie Bildungsnetze entstehen und welche Rahmenbedingungen Bildungsnetze benötigen, um eine Wirksamkeit entfalten zu können. Zudem sollten die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer aus ihrem Arbeitszusammenhang heraus die spezifischen Potenziale von Bildungsnetzwerken bestimmen und entsprechende Bedarfslagen formulieren.

Impulsreferate und Einstiegsfrage

In den beiden Workshopdurchläufen gab es jeweils zwei Impulsreferate, in denen beispielhaft die Bildungsnetze „Campus Grünau“, Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) und das Netzwerk „Schule mit Zukunft Leipzig Ost“ vorgestellt wurden.

In allen Referaten wurde Bildung als ein zentraler Standortfaktor hervorgehoben.
Es wurde festgestellt, dass sich Netzwerke besonders dafür eignen, strukturelle und übergeordnete Probleme darzustellen, zu diskutieren sowie eine einheitliche Haltung zu bestimmten Themen zu entwickeln.

Netzwerke können durch das gemeinsame Planen und Durchführen von Veranstaltungen (z.B. Campus Grünau) gefestigt werden. Hierbei sollte aber immer darauf geachtet werden, nicht in Aktionismus zu verfallen oder das Netzwerk zu überlasten. Zur optimalen Zielerreichung sollten alle „relevanten“ Partner mit in das Netzwerk aufgenommen werden – insbesondere eine Öffnung in Richtung Wirtschaft kann dabei ein wichtiger Baustein sein. Aufgrund knapper Ressourcen sollte die Pflege und Steuerung von Netzwerkstrukturen idealerweise durch eine/n Koordinator/in (Geschäftsstelle) gewährleistet werden.

Fragen als „Anregung“ für die 3 Arbeitsgruppen im Workshop 1
Für die Diskussion in den jeweils drei Arbeitsgruppen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops neben den Impulsreferaten noch folgende Fragen als Arbeitsgrundlage:

- Was sind für Sie Bildungsnetze?
- Welche Bedingungen müssen für deren Entstehung gegeben/erfüllt sein?
- Wie können Bildungsnetze Wirksamkeit entfalten?
- Welche Potenziale sehen Sie in Bildungsnetzwerken?
- Welcher Unterstützungsbedarf besteht vor Ort?

Diskussion

Ausgangsvoraussetzungen für das Entstehen von Bildungsnetzen ist für die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass jede Einrichtung zunächst ein „Basisnetz“ mit Schülern, Eltern, Institutionen und Partnern besitzt. Die Bildungsnetze sind die darauf aufbauende „Institutionennetze“, die sich idealerweise auf einen konkreten Sozialraum beziehen, für den ein definierter Handlungsbedarf besteht. Wesentliche Kriterien funktionierender Netzwerke sind verbindende Themen, Informiertheit sowie eine arbeitsfähige Größe, um darauf aufbauend Eigendynamik erzeugen zu können.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der beiden Workshopdurchläufe stellten fest, dass eine gemeinsame Zielstellung und gemeinsame Regeln der Zusammenarbeit eine wichtige Grundlage für die Arbeit in den Netzwerken bildet. Den Teilnehmerinnen und Teilneh-

mern war dabei insbesondere wichtig zu betonen, dass das auch verantwortliche Personen und feste Orte beinhaltet, um eine Kontinuität in der Zusammenarbeit zu erreichen. Des Weiteren wurde in den Arbeitsgruppen eine gemeinsame Themenfindung als eine wichtige Voraussetzung für ein Bildungsnetz identifiziert. Dabei ist der Abbau von Konkurrenzen und der Aufbau konkreter Zusammenarbeit eine wichtige Voraussetzung für Bildungsnetze. Denn erst „Vertrauensbildende Maßnahmen" ermöglichen es, insbesondere problembehaftete Themen offen zu kommunizieren und andere Akteure um Rat bzw. Hilfe zu fragen. In Bildungsnetzen wird eine Möglichkeit gesehen, sich als Akteure kennen zu lernen, Vertrauen zu fassen, Kenntnisse auszutauschen und sich auf Augenhöhe zu begegnen.

Von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde darauf hingewiesen, dass vorhandene Strukturen für Bildungsnetze genutzt sowie gestärkt und gegebenenfalls „weiterentwickelt" werden sollten. Um das zu ermöglichen, sollte eine Transparenz über Netzwerkstrukturen und Inhalte als Arbeitsgrundlage vorhanden sein.

In den beispielhaft vorgestellten Bildungsnetzen gruppieren sich bisher die Themen im weitesten Sinne um Schule und Elternarbeit. Die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte, dass Vernetzung Zeit braucht, um sich kennen zu lernen und eine Situation herbeizuführen, in der alle voneinander profitieren können. Als weitere Gelingensfaktoren wurden offene Türen und vernetztes Handeln in der Verwaltung genannt. Bildungsnetze sind Plattformen, mit denen Erfolgsansätze und gute Beispiele multipliziert werden und Unterstützung in Problemlagen bzw. bei Vorhaben eingefordert werden können. In den Quartieren muss ein intelligenteres und vernetztes Management entwickelt werden, um Bemühungen vor Ort effektiv und ressourcenschonend zu unterstützen und zu bündeln. Dies würde auch die Gestaltungskraft der Kommune steigern. Die Bildungsnetze sollten in den Sozialräumen möglichst interdisziplinär, generationenverbindend und generationenübergreifend strukturiert sein und insbesondere auch Einrichtungen außerhalb von Schulen und Kitas einbinden. In den Vernetzungsstrukturen werden für die einzelnen Akteure die Potentiale und Ressourcen des Stadtteils sichtbar und nutzbar. In Bildungsnetzen sollten Erfahrungen ausgetauscht und Perspektivenvielfalt genutzt werden.
Ein konkreter Vorschlag aus der Teilnehmerschaft bezog sich auf Mittelschulen, die häufig einen sehr klar definierten, sozialraumbezogenen Einzugsbereich besitzen. Der Ausbau von Mittelschulen zu Netzwerkknoten im Stadtteil, an denen weitere Angebote „andocken" könnten, würde den Sozialraum nachhaltig stärken. Auch die besondere Bedeutung der Einbindung von lokaler Wirtschaft wurde betont, wofür beispielhaft das Projekt „Schule mit Zukunft Leipzig Ost" herausgestellt wurde.

Fazit / Thesen:

Aus der Diskussion ergeben sich drei zentrale Thesen und zwei Gelingensbedingungen, die bei Netzwerkarbeit berücksichtigt werden sollten.

Aufgaben und Ziele von Bildungsnetzwerken: Bildungsnetzwerke erlauben die Diskussion von Themen und Problemen, die Zuständigkeit und Reichweite einzelner Organisationen überschreiten und ohne Netzwerkstruktur auf Ebene des sozialen Nahraums schlicht undiskutiert blieben.

Räumliche Dimension: Die Institutionen, Einrichtungen, Treffpunkte im sozialen Nahraum bilden den natürlichen Bezugspunkt zu den Einwohnerinnen und Einwohnern des Quartiers – dieses Potenzial muss mit Bildungsnetzen erschlossen und für die „Bildungsarbeit" genutzt werden.

Steuerung: Netzwerke benötigen eine Geschäftsstelle, die die Moderation und Koordination der Netzwerkarbeit übernimmt. Zusätzlich müssen bei allen Partner Ressourcen (personelle, finanzielle und zeitliche) für die Netzwerkarbeit geschaffen werden.

Gelingensbedingungen im Sinne der Nachhaltigkeit: Vorhandene Strukturen sollen genutzt und gegebenenfalls thematisch qualifiziert werden und sich miteinander vernetzen. Bildungsnetze brauchen offene Türen und motivierte Partner in den Verwaltungen, die eine vernetzte Abstimmung ermöglichen.

An Lernen vor Ort wurde die Erwartung herangetragen, Transparenz darüber herzustellen, welche Netzwerke es bereits gibt, sowie eine Vernetzung von Netzwerken herbeizuführen.

Workshop 2

Bildungsreport – Was kann ein Bildungsberichtswesen leisten?

Moderation: Michael Geffken, Dr. Heike Förster
Organisation und Protokoll: Dorit Richter

In den vergangenen Jahren sind sowohl auf EU-Ebene, als auch auf Bundes- und Länderebene Bildungsberichtssysteme etabliert worden, die valide und vergleichbare Daten zur Bildungssystemen und Bildungserträgen enthalten. Im Rahmen von „Lernen vor Ort“ wird nun auch auf kommunaler Ebene ein entsprechendes Berichtswesen installiert. Folgende Fragen wurden daher im Workshop vertiefend diskutiert: „Was kann ein kommunales Bildungsberichtswesen leisten? Welche Bildungsdaten sind relevant? Wie verhält sich ein Bildungsberichtswesen zu anderen Berichts- und Planwerken im Bildungsbereich (z.B. Schulnetzplanung, Kindertagesstätten-Planung, Sozialbericht, Integriertes Stadtentwicklungskonzept etc.)?“. In beiden Durchgängen des Workshops waren Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrats, der Verwaltung, der Wohlfahrtsverbände, der Schulen und der Freien Träger sowie der Kultureinrichtungen anwesend.

Ziel des Workshops

Ziel des Workshops war es herauszufinden, welche Indikatoren und Daten im Bildungsreport enthalten sein müssen, damit der Report als Arbeitsgrundlage in verschiedenen Feldern (Politik, Verwaltung, Kultureinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Bildungsanbieter usw.) dienen kann. Außerdem sollte herausgestellt werden, was ein Bildungsreport leisten kann und in welcher Beziehung er zu anderen Berichten und Planungen der Stadt Leipzig stehen soll.

Einstiegsfrage und Statements

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wurden gebeten, drei Fragen zu beantworten und zu diskutieren:

1. Welche Planzahlen und Daten sind für Sie relevant?
2. Was kann ein Monitoring leisten?
3. Trägt der Bildungsreport zur Vernetzung der Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer bei?

Nachdem alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit erhalten hatten, kurz ihre Erwartungen an die Daten zu formulieren, erläuterte Frau Katharina Krefft, Stadträtin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, was ein Bildungsreport enthalten muss, damit er eine Arbeitsgrundlage und Entscheidungshilfe für den Stadtrat sein kann:
Bildung umfasst nicht nur den Schulbereich, deshalb soll der Bildungsreport die Spanne vom Elementar- bis zum Weiterbildungsbereich umfassen und die Möglichkeiten für lebenslanges Lernen abbilden. Wesentlicher Kern der Betrachtung sollten kleinräumliche Unterschiede sein. Die Daten müssen leicht zu verstehen und gut interpretierbar sein. Hier helfen Darstellungen im Kartenformat, die Zusammenhänge darstellen und Unterschiede sowie deren Ursachen offen legen. Entsprechende Indikatoren sollten so gewählt werden, das Ziele entwickelt, fortgeschrieben und kontrolliert werden können.
Die Daten müssen vergleichbar sein (auch mit den anderen Berichten der Stadt Leipzig) und über längere Zeiträume abgebildet werden, damit Entwicklungen ablesbar und Schlussfolgerungen sowie Interpretationen möglich sind.

Diskussion

Zunächst diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Daten für sie relevant sind und was ein Monitoring leisten kann und soll.

Als sehr hilfreich und deshalb weiter abbildenswert wurden die Daten aus dem nonformalen Bildungsbereich bewertet. Besonders hervorgehoben wurden die Aussagen zu Elternbildung, da es bisher keine Darstellung dieses Bildungsfelds gibt. Im Laufe der Diskussion wurde hierzu noch die Forderung formuliert, Leistungsdaten der Freien Träger abzufragen und einen Rahmen zu finden, der eine Vergleichbarkeit dieser Daten sichert. Außerdem wurde vorgeschlagen, den Angebotsdaten auch einen tatsächlichen Bedarf gegenüberzustellen. Hierzu merkte das Bildungsmonitoringteam von „Lernen vor Ort“ an, dass Bedarfsplanung nicht Aufgabe und Inhalt des Bildungsreports sind. Aussagen und Daten zu den verschiedenen Planungsbereichen müssen den verschiedenen Planwerken der Stadt Leipzig entnommen werden.

In Bezug auf die verschiedenen Bildungsbiografien wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der Bildungsbericht mit Zeitreihen arbeiten sollte, damit Effekte von ergriffenen

Maßnahmen überprüft werden können und Prognosen möglich werden. Das Bildungsmonitoring muss also verstetigt werden. Besonderes Augenmerk sollte auch auf die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Gruppen (z.B. Einfluss des Bildungswegs der Eltern auf die Bildungsentscheidungen der Kinder), aber auch auf kritischen Lebensphasen gelegt werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der beiden Workshopdurchläufe stellten fest, dass Darstellungen in Kartenform bezogen auf Stadtteile und festgelegte Schwerpunkte die Interpretation der vorgelegten Daten erleichtern und Unterschiede besonders deutlich sichtbar machen. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, neben den Durchschnittswerten auch einzelne Daten (Ausreißer, auffallende Werte) herausgelöst zu interpretieren. Grundsätzlich sollten die vorgelegten Daten leicht zu interpretieren und vergleichbar sein, damit sie Grundlage für politische Entscheidungen sein können.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kultureinrichtungen und Vereinen möchten die Daten für die qualifizierte Projektentwicklung und Antragstellung für Fördermittel nutzen.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beider Workshopdurchläufe war wichtig, dass Daten geschlechterspezifisch aber gendergerecht aufgenommen werden. Bereiche, die durch quantitative Daten nicht hinreichend abgedeckt werden können, bzw. zu denen keine validen Daten vorliegen, sollten qualitativ dargestellt werden.

Anschließend wurde diskutiert, inwiefern der Bildungsreport zu Netzwerken beitragen und welche Hilfestellungen und Grundlagen er bereitstellen kann.

Die Erfahrungen des Schulverwaltungsamts zeigen, dass Vernetzung Zeit braucht, um sich kennen zu lernen und Win-Win-Situationen herbeizuführen. Der Bildungsreport sollte Institutionen so darstellen, dass ablesbar wird, ob sie sich zu Vernetzung eignen, damit Akteure festlegen können, mit wem sie zu welchen Themen kooperieren wollen.

Die Vertreter der Freien Träger und Vereine merkten an, dass Vernetzung ohne Steuerung nicht funktioniert und mit Hilfe des Bildungsreports Ziele und Strukturen entwickelt werden sollten.

Ein Anhang mit Kontaktdaten im Report würde das Auswählen und Ansprechen von möglichen Netzwerkpartnern erleichtern. Das Bildungsmonitoringteam von „Lernen vor Ort“ erläuterte hierzu, dass während der Programmlaufzeit von „Lernen vor Ort“ ein Bildungsatlas entstehen soll, der die Bildungslandschaft onlinebasiert aufzeigt. Für technische Lösungen bot Herr Geffken hierzu die Ressourcen der Leipzig School of Media an.

Neben den einzelnen Akteuren sollen auch weiterhin Netzwerke dargestellt und gelistet werden, um zu vermeiden, dass Strukturen doppelt aufgebaut werden und um zusammenführen und bündeln zu können. In diesem Zusammenhang wurde auch angeregt, dass die im Programm „Lernen vor Ort“ kooperierenden Akteure und Netzwerke bekannt gemacht werden.

Fazit / Thesen:

Der Bildungsreport trägt zu Transparenz bei und ist die Grundlage, um die Defizite und Chancen im Bildungssektor bearbeiten zu können. Er muss vor Ort, im Sozialraum, allen Interessierten zur Verfügung stehen. Bildung umfasst nicht nur den Schulbereich, deshalb soll der Bildungsreport die Spanne vom Elementar- bis zum Weiterbildungsbereich umfassen und die Möglichkeiten für lebenslanges Lernen abbilden. Das Monitoring muss fortgeschrieben werden, damit Zeitreihen dargestellt sowie Effekte von Maßnahmen aufgezeigt und überprüft werden können.

Damit die Daten des Bildungsreports Grundlage für Verwaltungshandeln, politische Entscheidungen und die Konzeption von Projekten der Freien Träger sein kann, müssen die dargestellten Daten vergleichbar und einfach zu interpretieren sein, Zeitreihen abbilden sowie sozialraumbezogen aufbereitet sein.
Der Bildungsreport kann Grundlage für Netzwerkarbeit sein, wenn er Bildungseinrichtungen beschreibt und die jeweiligen Kontaktdaten enthält.

Um ein wirkungsvolles und nachhaltiges Bildungsmanagement zu entwickeln, müssen die Instrumente des Bildungsmonitoring wie z.B. die Bildungsberichterstattung verstetigt werden.

Workshop 3

Bewegte Biografie – Chance und Risiko?

Moderation: Prof. Dr. Iris Reuther, Rolf Sprink
Organisation und Protokoll: Dr. Susan Arnold

In der Bildungsdiskussion ist immer wieder hörbar, wir lebten in einer Zeit, die das Ende der geradlinigen Lebensläufe bedeutet. Begründet wird dies mit einem schnellen globalen technologischen und gesellschaftlichen Wandel und den daraus resultierenden Bedingungen des Arbeitslebens. Wie gehen wir mit dem Risiko der Entwertung erworbener Qualifikationen und Erfahrungen um? Wie finden wir Anschluss an neue Herausforderungen? Kann sich jeder aus der Vielzahl der Lebensentwürfe den passenden aussuchen? Workshop 3 hatte daher zum Ziel, die mit Übergängen und Brüchen einhergehenden Anpassungserwartungen an das Individuum näher zu betrachten und die dazu notwendigen Strukturen und Umgangsformen in einer Stadt zu diskutieren. Diskutiert wurde hierüber mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kammern, Unternehmen, Hochschulen, Schulen, Freien Trägern sowie Kultureinrichtungen.

Ziel des Workshops

Ziel waren gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Thesenentwürfe zum lebenslangen Lernen und zur Bewältigung von Übergängen zu erarbeiten. Fokussiert wurde auf die Anpassungsleistungen der Menschen in Leipzig und die Herausforderungen für die Stadt selbst. Es sollte deutlich werden, welche Aspekte „bewegter Biografien“ eher förderlich oder hinderlich sein können und welche Möglichkeiten eine lebendige und zukunftsfähige Stadt hierzu ausprägen sollte.

Einstieg und Statements

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops reflektierten das Thema zu Beginn anhand der eigenen Biografie. Hier zeigte sich die Spannbreite der Verknüpfungen: Von der Familie, der *einen* prägenden Lehrerin oder der Weltreise hin zu Überraschung, Scheitern und Neuanfang.

Herr Sprink (Leiter der Volkshochschule der Stadt Leipzig) entfaltete einen Thesenentwurf, der auf die Kompetenzen des Individuums und der Stadt abstellt. Bewegte Biographien sind von Brüchen oder Knicken im Sinne von Richtungsänderungen und Kurskorrekturen geprägt. Sie ergeben sich aus den Rahmenbedingungen und aus den Risiken, die das Leben, aber vor allem auch die Wirtschaft und die Wissensgesellschaft in einer globalisierten Welt in sich bergen. Deshalb sind nicht nur die klassischen beruflichen Kompetenzen von Belang, sondern das Vermögen, Um- oder Neuorientierungen als Teil des eigenen Lebens im 21. Jahrhundert zu bewältigen. Es braucht vor allem die Fähigkeit, mit „offenen Situationen“ umzugehen. Eine Stadt wiederum braucht Kompetenzen im Sinne einer Lernenden Organisation. Herr Sprink plädierte für ein breites Spektrum an Kompetenzen und besonders für die Unterstützung von Handlungsdispositionen und Kompetenzen der Selbstorganisation.

Durch Herrn Dr. Roski (Abteilungsleiter Stadtforschung im Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig) wurde eine These zu einer differenzierteren Betrachtung von lebenslangem Lernen entworfen. Bewegte Biografien stellen die Generation und Altersgruppe jeweils vor spezifische Herausforderungen, die erkannt, sorgfältig analysiert und mit einer zugeschnittenen Strategie vor Ort in der eigenen Stadt, im Stadtteil und im Lebensumfeld begleitet werden müssen. Deshalb macht es Sinn, eine differenzierte Sicht auf die Perspektive der verschiedenen Generationen zu entwickeln. Aufschluss geben Instrumente wie die Jugendstudie oder der Bildungsreport. Es geht darum, diesen Fundus gezielt zu nutzen. Anhand der Jugendstudie verdeutlichte Herr Dr. Roski unterschiedliche Kompetenzen und verschiedene Probleme der Kohorten. So gibt es Unterschiede zwischen der soziokulturellen und der sozioökonomischen Wirklichkeit von Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren; anders akzentuiert stellt sich dies z.B. in den Altersgruppen 25 bis 50 Jahre oder 50 bis 65 Jahre dar.

Durch Frau Frieß (Geschäftsführerin des Berufsbildungsvereins Leipzig BBV e.V.) wurde die These entwickelt, für die Menschen der Stadt unter Berücksichtigung ihrer biografischen Perspektiven müsse es ein zugeschnittenes, einfühlsames und den sich ändernden Bedingungen immer wieder angepasstes Angebot geben. Vor dem Hintergrund der „Brüche und Knicke“ in den Bildungs- und Erwerbsbiografien muss es für die Menschen Orientierungen für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geben. Brüche im Leben brauchen eine intensive und kon-

tinuierliche Begleitung, die Chancen transparent macht, zum notwendigen Zeitpunkt erreichbar, in großen Mengen vorhanden, im geeigneten Umfeld auffindbar und Prozess begleitend nutzbar ist.

Diskussion

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer formulierten in beiden Workshops, dass Unsicherheiten, Unbestimmtheit und Ungewissheit in der heutigen Zeit zum Normalfall in einer Biografie zählen. Das bedarf eines breiten Spektrums an Kompetenzen, die jedoch nicht vordergründig curricular vermittelt werden können. Vielmehr braucht es Menschen, die bei der Reflexion der Biografie helfen und dabei unterstützen, den Veränderungen einen konstruktiven Rahmen zu geben. Darüber hinaus sollten Menschen frühzeitig, von Kindheit an, darauf vorbereitet werden, dass es Übergänge und damit verbundene Brüche im Leben gibt, um die darin liegenden Chancen, den Zuwachs an Fähigkeiten und die Potenziale von Veränderung erkennen zu können. Der Familie und den lebensphasenbegleitenden Bezugspersonen wurden wichtige Rollen dabei zugeschrieben.
In der Konsequenz sind es das Fachwissen und die Fähigkeiten, mit Veränderungen umgehen zu können, die langfristig biografisch als erfolgreich erscheinen. Dennoch sind Kontinuitäten in der Biografie erstrebenswert: Sind Zeiträume des Verweilens zu kurz, so sind die Ausbildung von wichtigen Fähigkeiten, nämlich Durchhaltevermögen und Umgang mit Frustrationen und Konflikten, und ein vertieftes Erlernen und Begreifen kaum möglich.

Der Thesenentwurf zu generationendifferenzierten Konzepten fand breite Zustimmung. Herr Dr. Haller, Leiter des Jugendamtes Leipzig, unterstrich die Aussagen mit dem Begriff des „Auseinanderbrechens von Biografien“. Es gehe nicht um Verwertbarkeit, sondern um die Aneignungsfähigkeiten in kritischen Lebensphasen.
Vertreter von Schule verdeutlichten, wie wichtig es sei, die tiefe Bedeutung von Brüchen für Kinder besser zu verstehen. Es gehe viel zu oft um den Verlust von Bindungspersonen, Beziehungen und Halt gebende Strukturen. Auch die Unterstützungssysteme der Schule an sich bergen Herausforderungen für die Kinder. Hier entstand die These, dass ein Zuviel an Wechseln zu einer Erhöhung des Risikos zu scheitern führe.
Insgesamt entstand ein Plädoyer für eine Abkehr von einer reinen Zweckrationalität von Veränderung und Bildungsübergängen und für die „Entschleunigung“ von Prozessen. Es dürfe nicht darum gehen, „Bildungsbiografien rationell und effizient abzuarbeiten“. Dies wird als problematische Tendenz wahrgenommen.

Zu den entwickelten Ideen zur Orientierung zählten der Personal Coach, der bei der Frage „Wohin mit meiner Bildung?“ hilft, ebenso wie trägerneutrale Weiterbildungsberatung, Information über das Bildungssystem, Motivationstraining, Vernetzung mit kulturellen und sportlichen Projekten, ein Bildungskompass. Allen gemeinsam waren Forderungen nach früher Unterstützung, Niederschwelligkeit und Fairness sowie Professionalität, Kontinuität, Langfristigkeit, Transparenz und sozialräumliche Anbindung. Einigkeit herrschte darüber, dass es Orientierungsangebote in der Stadt für alle Menschen geben müsse, gerade auch für diejenigen, die im „Hilfekanon“ nicht erfasst seien. Menschen müssten darüber hinaus aus „Aufbewahrungsstellen“ wieder herausfinden und Perspektiven aufgezeigt bekommen. Chancen müssen transparent und fair dargestellt werden. Kinder brauchten die besondere Aufmerksamkeit und eine besondere Unterstützung. Es dürfe keine „unheilbaren Brüche“ geben.

Fazit / Thesen:

Veränderung ist gesellschaftliche Normalität und Realität. Der Umgang mit Brüchen und einschneidenden Veränderungen im Leben erfordert Anpassungsstrategien und die Fähigkeit, mit offenen Situationen (Unsicherheiten, Ungewissheit, Unbestimmtheit) konstruktiv umzugehen.

Verschiedene Generationen müssen unterschiedliche Herausforderungen meistern. „Bildungsbiografie“ ist kein homogener Begriff und muss generationenspezifisch zu differenzierten Konzepten führen.

Die notwendigen Anpassungsleistungen kann nicht jeder jederzeit allein erfüllen. Es braucht deshalb in einer zukunftsfähigen Stadt eine Vielfalt an Modellen, Instrumenten und Methoden. Als besonders schützenswerte Gruppe brauchen vor allem Schülerinnen und Schüler ein gutes und zugeschnittene Angebot der Bildungsorientierung. Differenzierte Orientierungsangebote für alle Menschen einer Stadt sind das „A und O“.

Workshop 4

Das Erfolgsrezept für gelingende Übergänge? Einblicke in die Realität

Moderation: Jens Hoffsommer, Jana Voigt

Organisation und Protokoll: Sandra Otto, Franziska Steiner

Im Laufe einer Bildungsbiographie gibt es zahlreiche Übergänge, die es zu meistern gilt – sei es von der Kita in die Schule, von der Grundschule in eine weiterführende Schule oder von der Schule in verschiedene Anschlussmöglichkeiten. Auch im späteren Leben wird man in Rahmen der Lebens- und Berufsplanung nicht selten mit einer Umorientierung konfrontiert. Häufig wird die Diskussion um diese Übergänge defizitorientiert gestaltet. Wir haben in diesem Workshop die Perspektive geändert und den Fokus auf die Gelingensbedingungen und die Gestaltbarkeit der Übergänge gelenkt. Experten gaben diesbezüglich Einblicke in ihre individuellen Wege. In beiden Durchgängen des Workshops waren vor allem Vertreterinnen und Vertreter aus Leipziger Schulen, der Wirtschaft und der Verwaltung sowie aus den Bereichen Hochschule, Zivilgesellschaft, Freie Träger, Kultur, Verbände und Stiftungen anwesend.

Ziel des Workshops

Ziel des Workshops war es, Gelingensbedingungen für Übergänge zu eruieren mit dem Anspruch, den Übergang als Chance zu betrachten.

Einstiegsfrage und Statements

Zwei Workshopteilnehmerinnen beschrieben die Übergangsgestaltung Kita – Grundschule an der Freien Waldorfschule Leipzig. Die Schule arbeitet auf einer pädagogischen Grundlage mit drei Waldorf-Kindergärten zusammen. Die Entscheidung, ein Kind in die Schule aufzunehmen, trägt das Kollegium gemeinschaftlich, wobei das wichtigste Kriterium hierbei die Sozialfähigkeit und die Schulreife ist. Das Gruppen- und jahrgangsübergreifende Arbeiten im Kindergarten setzt sich in der Grundschule fort. Erzieher/-innen wie auch Grundschulpädagogen/-innen fördern die Kinder dabei individuell. Homogene Klassen begünstigen ein Schulklima, in dem sich Kinder gut aufgehoben fühlen und auch die Eltern werden intensiv in den Lebensraum Kindergarten und Schule einbezogen. Insgesamt begünstigen eine Kultur der Wertschätzung und des Einbezugs die Identifikation mit der Einrichtung. Um den Übergang zu erleichtern, werden die Kinder langsam an den schulischen Alltag herangeführt. Rituale helfen dem Kind, sich im neuen Schulumfeld zu integrieren. Eine Bildungsempfehlung wird erst nach der 9. oder 10. Klasse ausgesprochen.

Dem Argument, dass Freie Schulen die Schüler/-innen in einem intensiven Prozess selektieren, wird mit dem Verweis auf die Vielfalt im Bildungssystem begegnet. Ein Verwaltungsvertreter weist auf die Möglichkeit hin, Übergangsgestaltung durch Schulprofile konzeptionell zu fixieren. Wird bereits im Kindergarten damit begonnen, kann dies ein Erfolgsrezept sein. Eine Workshopteilnehmerin gibt zu bedenken, dass die Selbstverwaltung an Freien Schule nicht zu unterschätzen ist, jedoch gut investierte Zeit im Sinne der „Problemprophylaxe“ sei: „Man kennt sich. Man selber als Lehrer hat ein anderes Verständnis für das Kind und die Familie“. Dies sei eine Frage des persönlichen Engagements, das über reinen Fachunterricht hinausgeht.

Die Koordinierungsstelle „Regionales Übergangsmanagement Leipzig”, gab im Anschluss mit Blick auf den Übergang Schule – Ausbildung – Studium zu bedenken, dass sich Jugendliche heute im Widerspruch zwischen Berufsorientierungsmöglichkeiten und „Informationsdschungel“ befinden. Nicht selten folgen Ausbildungs- oder Studienabbrüche. Der Einstieg ins Arbeitsleben ist schwierig. Transparenz, Information, Kommunikation, Austausch und Systematisierung sind daher besonders wichtig.

Das Projekt „Berufliche Orientierung für Schüler und Studierende“ (B.O.S.S.) Mitteldeutschland, nennt neun Gelingensbedingungen für Berufsorientierungsaktivitäten:

- Der Prozess muss über einen längeren Zeitraum angelegt sein.
- Bei der Ansprache von Schüler/-innen durch Schule und Wirtschaft sind ab spätestens Klassenstufe 7 vier Schritte sinnvoll: informieren, sensibilisieren, praktisch orientieren, entscheiden.
- Kommunikation und Kooperation mit Berufsorientierungsakteuren ist wichtig, um gegenseitiges Verständnis aufzubauen und gemeinsam daran zu arbeiten, Schüler/-innen zum erfolgreichen Einstieg in die Berufsausbildung zu begleiten.
- Professionelle Übergangsgestaltung stützt sich z. B. auf Qualitätskriterien.
- Bei der Berufsorientierung muss klar sein, wie was erreicht werden soll, wer dabei ist.
- Maßstäbe bündeln Einzelaktivitäten. Steuerungsgruppen sind sinnvoll.
- Konkrete Maßnahmen und Aktionen in Schulen sind entscheidend, ergänzt um Zusammenarbeit mit Berufsschulzentren und Hochschulen sowie weiteren externen Partnern.
- Informationen über bestehende Angebote ermöglichen Orientierung.
- Hemmender Faktor für Übergangsgestaltung ist das unzureichende Verständnis von-/ füreinander.

Diskussion

Nach dem Input von B.O.S.S. macht ein Teilnehmer darauf aufmerksam, dass es besonders für Hauptschülerinnen und -schüler schwierig sei, einen Ausbildungsplatz zu finden und eigene Netzwerke zu bilden. Zugang zu geeigneten Netzwerken und Anlaufstellen fehlen vor allem bildungsfernen Jugendlichen, denen es somit häufig an Lebensorientierung und Zielvorstellungen mangelt. Erst wenn sie einen Plan entwickelt haben, kann Berufsorientierung fruchten.
Ein weiterer Teilnehmer weist auf das Erstellen von Zielvereinbarungen hin. Zielvereinbarungen seien richtungsweisend und der eigenen Lebensplanung dienend. Der Moderator merkt an, dass es auch im Bereich Kindergarten – Grundschule bereits gute Erfahrungen mit Zielvereinbarungen über Bildung und Entwicklung gibt.

B.O.S.S. betont die Bedeutung des regionalen Bezugs, also die Orientierung auf einzelne Stadtteile. Durch Kooperationen von Bildungseinrichtungen auf Stadteilebene entstehen Partnerschaften, die einen engeren, nachbarschaftlichen Bezug zueinander haben. Die Stadtteilentwicklung kann solche Projekte unterstützen. Ein Teilnehmer merkt an, dass besonders im Grundschulalter regionale Bezüge bedeutsam seien, da die Kinder an die Schule gebunden sind. Wichtig seien ähnliche Bedingungen an der Grundschule, wie sie Kinder aus der Kindertagesstätte kennen.

Ein Vertreter aus der Wirtschaft hat die Erfahrung, dass aus konkreten Projekten Kooperationen entstünden. Er hält orientierende Dokumentation von Projekten und Kooperationen für wichtig. Die Kooperation Schule – Wirtschaft motiviert Schülerinnen und Schüler zum Lernen, da sie am Unternehmensbeispiel ein reales Ziel sehen, so ein am Workshop teilnehmender Schulleiter. Besonders zu Beginn von Veränderungen ist ein hohes Engagement der Leitung erforderlich. Eine überzeugte Leitung kann bei den Schülerinnen und Schülern Sicherheit vermitteln.

Interesse besteht aus Unternehmenssicht an Kooperation mit Schulen, um Fachkräfte zu gewinnen und jungen Leuten Einblicke zu ermöglichen. Wenn Schülerinnen und Schüler sich bereits durch Praktika oder Projekte vor Schulende in der Wirtschaft engagieren, schließt sich nicht selten ein Ausbildungsvertrag an. Motivation ist da wichtiger als gute Noten. Entscheidend ist die Frage der Anschlussorientierung. Die (Ausbildungs-) Systeme müssen füreinander mitdenken, über eigene Grenzen hinweg schauen.

Ein Mittelschulleiter berichtet über Hospitationen von Lehrkräften in der Grundschule. Dies gebe den Kindern Sicherheit, die kurz vor dem Übergang stehen. Hierbei ist es ganz wesentlich zu wissen, was von den Kindern an der weiterführenden Schule erwartet wird und was an den Grundschulen vorher geleistet wurde. Die Situation der Gymnasien sei jedoch schwieriger, da das Einzugsgebiet größer ist. Während für die Begleitung des Übergangs vom Kindergarten an die Grundschule personelle Ressourcen vorgesehen sind, wird der Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schulen ehrenamtlich begleitet.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops sind sich darüber einig, dass die Bildungsempfehlung nach Klasse vier einen entscheidenden Übergang für Kinder darstellt. Auf die Frage, wie sich dies auf Kooperationen auswirkt und ob die Schulen auf „Peer-Ebene“ zusammenarbeiten sollten, diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass ein besonderer Blick auf die Mittelschulen geworfen werden sollte – angefangen von der Lehrerausbildung bis hin zur Elternarbeit.

„Ein Kooperationsvertrag ist nur marginal, wenn keine gemeinsame Haltung dahinter steht.“: Mehrere Teilnehmende betonen, die Grundlage für gelingende Kooperationen sei kein Vertrag, sondern die Art und Weise, wie ein Vertrag mit Leben gefüllt wird. Entscheidend für den Erfolg ist das gemeinsame Aushandeln einer Kooperation sowie ein gemeinsames Selbstverständnis: Was kann jeder beitragen, damit ein Kind sich entwickeln kann und in berufliche Bahnen kommt, die ihm entsprechen?

Ergebnisse / Fazit:

Eine gemeinsame pädagogische Grundlage sowie gemeinsame Haltungen und Ziele der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen sind wichtige Gelingensbedingungen für Übergänge. Ebenso relevant sind ein vertrauensvoller Austausch auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten (Eltern, Schule, Schülerinnen und Schüler, externe Partner) sowie die Bereitschaft zum Perspektivwechsel.

Mischformen (z.B. Vorschule) können dabei helfen, den Zwischenraum zwischen zwei Bildungsinstitutionen zu gestalten.

Kinder und Jugendliche sollten langfristig und altersgerecht begleitet werden. Die zuständigen Ansprechpartnerinnen und –partner müssen den Kindern und Jugendlichen bekannt gemacht werden (Erreichbarkeit, Gesprächszeiten, Termine etc.). Wichtig für eine professionelle Begleitung ist eine große persönliche Bereitschaft der Ansprechpartnerinnen und –partner, ausreichend Zeit für Gespräche, ein langsames Heranführen der Kinder an den neuen Alltag sowie individuelle Förderung.

Für die strategische Gestaltung von Übergängen sollten Qualitätskriterien festgelegt sowie Zielvereinbarungen über Bildungs- und Entwicklungsziele geschlossen werden. Die involvierten Personen sollten dazu gemeinsame Fortbildungen besuchen. Zur Qualitätsüberwachung der Maßnahmen sollte eine systematisierte Beobachtung und Dokumentation erfolgen, die auch das Sozialverhalten und die individuelle Bildungsbiografie des Kindes einbezieht.

Für einen gelingenden Übergang bedarf es einer engen Kooperation aller Beteiligten. Dies sollte in einem regionalen Bezug geschehen, u.a. durch den Aufbau einer Steuergruppe sowie durch die Planung und Durchführung konkreter Maßnahmen und Aktionen, wie z.B. Informationsveranstaltungen, Schulfeste, Rituale oder Schülerpatenschaften.

Workshop 5

Bildung als wesentlicher Faktor für Innovationskraft und Wirtschaftswachstum

Moderation: Fritjof Mothes, Alessandro Gasperi,
Organisation: Alessandro Gasperi, Protokoll: Claudia Steudel, Alessandro Gasperi

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft einer Region. Sie sind in hohem Maße geeignet, das Wirtschaftswachstum zu stärken und die technologische Leistungsfähigkeit, Produktivität und Innovationskraft zu steigern. Welche Rolle kommt den Leipziger Unternehmern bei der Bildung zu? Welche Einflussmöglichkeiten haben sie bzw. nehmen sie wahr und welche Rahmenbedingungen sind dazu notwendig? Diese Fragen diskutierten im Rahmen des Workshops Vertreterinnen und Vertreter von Bildungs-, Kultur- und Jugendhilfeeinrichtungen sowie aus der Wirtschaft, öffentlichen Verwaltung und Politik.

Ziel des Workshops

Ziel des Workshops war es gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herauszufinden, was Bildung dazu beitragen kann, den Fachkräftebedarf von morgen zu decken und welche Rolle dabei die Formulierung von bildungspolitischen Leitlinien einnehmen kann.

Diskussion

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops diskutierten in beiden Durchläufen die folgenden Fragen:

1. Was kann Bildung dazu beitragen, um den Fachkräftebedarf von morgen zu decken?
2. Braucht die Stadt Leipzig Bildungspolitische Leitlinien und wenn ja, warum?
3. Welche Anforderungen stellt die Wirtschaft an bildungspolitische Leitlinien?
4. Wie schätzen Sie die Vernetzung und Zusammenarbeit von Wirtschaft und Bildung ein?
5. Welche Anforderungen hat die Wirtschaft an Bildung, wie geschieht diese in Netzwerken umgesetzt?
6. Was sind klassische Netzwerke? Wie können diese organisiert werden?
7. Wie können kleine und mittelständische Unternehmen für Netzwerke und Arbeitskreise aufgeschlossen werden?
8. Muss Wirtschaft bezüglich des drohenden Fachkräftemangels langfristiger denken?
9. Können wir daraus Aufträge für Lernen vor Ort ableiten?

In einer Einführungsrunde wurden die Teilnehmenden gebeten, ihre Meinung bezüglich der Fragestellung „Braucht die Stadt Leipzig bildungspolitische Leitlinien und wenn ja, warum?“ zu äußern. In beiden Durchläufen des Workshops zeigte sich, dass die bildungspolitischen Leitlinien von den anwesenden Vertretern aus den Bereichen der Bildung, Wirtschaft, Verwaltung, Jugendhilfe sowie Politik mehrheitlich gewünscht sind. Es sollten klare Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit allen Beteiligten klar sei, in welche Richtung sich die Bildungslandschaft Leipzig entwickelt. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten dabei die Wichtigkeit der Chancengleichheit im Bereich Bildung und forderten mehr Transparenz im Bildungssektor.

Verschiedene Vertreter aus dem Bildungsbereich betonten, dass für die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarf sozialbenachteiligte und ältere Menschen sowie Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte stärker in

den Fokus rücken müssten. An dieser Stelle wurde vor allem ein stärkeres Engagement der Wirtschaft gefordert. Die bildungspolitischen Leitlinien sollten aus Sicht der Vertreter aus dem Bildungsbereich auch im Dialog mit den freien Bildungsträgern entstehen, da die Bildungsarbeit vor allem von diesen geleistet werde.

Die Vertreter der Wirtschaft signalisierten den Bedarf, die bildungspolitischen Leitlinien im Dialog zu entwickeln. Ihnen sei es dabei wichtig, dass die bildungspolitischen Leitlinien auch die unternehmerischen Interessen berücksichtigen. Eine Besetzung von Studien- und Ausbildungsplätzen sei häufig aufgrund mangelnder Bewerber nicht möglich. Vor allem bei den MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sei dies zu beobachten. Unternehmen sollten verstärkt aufgefordert werden, ihre Lehrstellen auch mit Jugendlichen mit Realschul- und Hauptschulabschluss zu besetzen. Diesbezüglich sollten nicht nur die formalen Abschlüsse herangezogen werden, sondern auch das nonformal und informell erworbene Wissen der Bewerber mit berücksichtigt werden.

Unternehmensnahe Vertreter forderten mehr Transparenz in der Bildungslandschaft. Den Unternehmen fehle es an der Übersicht über Weiterbildungsmöglichkeiten und -träger sowie über die Anerkennung und den Wert der erworbenen Bildungsabschlüsse. Für die Fachkräftesicherung in der Region seien Personalentwicklungsmaßnahmen ein wichtiges Instrument für die Bindewirkung der Fachkräfte vor Ort. Konzept und Ansätze diesbezüglich müssten entwickelt werden. Auch die Unternehmen sind aufgefordert, hier mehr zu investieren.

Einigkeit herrschte darüber, dass viele Absolventen nach dem Studium auf die Attraktivität des Wirtschaftstandortes und der möglichen persönlichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten schauen und dass hierzu Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildungsträger und Jugendhilfe ihren Dialog ausbauen müssten. Die Stadt Leipzig wurde an dieser Stelle konkret aufgefordert, deutlicher die Stärken des Wirtschaftsstandortes Leipzig zu vermarkten.

Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass in der Region Leipzig bereits viele gut arbeitende Netzwerke, Initiativen, Arbeitskreise und Projekte existieren. Diese müssen jedoch besser miteinander verzahnt werden. Die Voraussetzungen für Nachhaltigkeit und Wirksamkeit auch nach Beendigung der jeweiligen Projektfinanzierung müssen geschaffen werden. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer forderten hier ein klares Umdenken.

Ergebnisse / Fazit:

Bildungspoltische Leitlinien werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops als wünschenswert erachtet. Sie sollten verständlich, kurz, klar, nicht zu theoretisch formuliert und abrechenbar sein und dabei Leipzig-spezifisch sein. Ebenso sollten sie eine klare Aufgabenbeschreibung und passgenaue Verantwortlichkeiten beinhalten.

Die bildungspolitischen Leitlinien sollten im Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bildungsträgern entwickelt werden. Damit sie kein bloßes Papier bleiben, ist es ausschlaggebend, den Dialog zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bildungsträgern zu verbessern.

Es existieren bereits gut funktionierende Netzwerke und Projekte in Leipzig. Diese sollten besser miteinander bekannt gemacht und verzahnt werden.

Aufsuchende Ansätze für kleinere und mittlere Unternehmen hinsichtlich der Personalentwicklung werden als notwendig erachtet.

Workshop 6

Wo kommt der Bürger im kommunalen Bildungsmanagement vor?

Moderation: Florian Mindermann, Sascha Moritz
Organisation und Protokoll: Cornelia Klöter

Mit dem Aufbau eines einheitlichen kommunalen Bildungsmanagements stellt sich die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess eingebunden und an den Weichenstellungen beteiligt werden können. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops waren Vertreterinnen und Vertreter von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Verwaltung, Interessensvertreter, Mitarbeiterinnen aus dem Quartiersmanagement und Vertreter anderer „Lernen vor Ort"-Kommunen.

Ziel des Workshops

Der Workshop hatte zum Ziel, sich gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf die Suche nach geeigneten Formen der Partizipation bei der Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften zu begeben. Neben einem offenen Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sollten Ideen zu Formen der Bürgerbeteiligung, gelungene und nicht gelungene Konzepte sowie Möglichkeiten zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden.

Disskusion

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops diskutierten in beiden Durchläufen die folgenden Fragen:

1. Bürgerbeteiligung beim Thema Bildung – Sozialraum versus Gesamtstadt
2. Ziele und Nutzen von Bürgerbeteiligung
3. Mögliche Formen der Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Bürgerbeteiligung im Sozialraum und/ oder der Gesamtstadt.

Insbesondere bei der Gestaltung von Bildungslandschaften muss die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sorgfältig geplant werden. Bürgerinnen und Bürger sind oft nur schwer zu aktivieren. Die Gruppe derjenigen, die sich regelmäßig an Entscheidungsprozessen beteiligen, ist häufig aus immer denselben Personen zusammengesetzt, die sich als Meinungsführer präsentieren. Auf Einladungen von Bildungs- oder Kulturinstitutionen zur gemeinsamen Planung z.B. von Veranstaltungen reagiert erfahrungsgemäß nur ein sehr geringer Prozentsatz der angesprochenen Personen. Dies ruft wiederum Frustration hervor – die Bereitschaft zur Beteiligung sinkt auf beiden Seiten. Eine Lösung in solchen Fragen kann die Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sein, die an Planungsprozessen beteiligt werden und die Sichtweise der eigentlichen Zielgruppe zumindest in Teilen einbringen können.

Auch mögliche Formen der Bürgerbeteiligung für den Bereich Bildung wurden diskutiert. Hierbei wurde deutlich, dass über die Art und Weise, in der Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, die vorhandene Fragestellung entscheidet. Diese muss klar formuliert sein und entscheidet letztlich auch mit darüber, ob eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im gesamtstädtischen Raum oder zunächst im Sozialraum sinnvoll ist. Konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung können anonyme Befragungen (z.B. über die jährliche Leipziger Bürgerumfrage), Beteiligungsgremien in Schulen oder Diskussionsforen sein. Auch die Kindersprechstunde, die regelmäßig im Familien-Info-Büro (FIB) stattfindet, könnte als Beteiligungsinstrument genutzt werden.

Diskutiert wurde auch die Frage, wie so genannte bildungsferne Schichten erreicht werden könnten. Einigkeit herrschte darüber, dass die Zielgruppe durch Veranstaltungen wie Diskussionsforen nicht erreicht wird. Als wichtige Faktoren wurden die Beteiligung von Multiplikatoren und eine verbesserte Kommunikation zwischen Bildungsinstitutionen (z.B. Kindergarten, Schule) und Eltern benannt. Herausgestellt wurde außerdem, dass eine defizitorientierte Sichtweise auf die Zielgruppe wenig hilfreich ist.

Folgende Gelingensbedingungen für Bürgerbeteiligung wurden in der Diskussion benannt:

- diejenige Einrichtung, die ein Projekt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umsetzen möchte, muss sich über ihr genaues Ziel für die Bürgerbeteiligung im Klaren sein
- die zu beteiligende Zielgruppe muss klar umrissen, Aktivierungsstrategien und Beteiligungsform auf sie ausgerichtet sein
- Bürgerinnen und Bürger müssen Möglichkeiten und Grenzen ihrer Beteiligung im Bezug auf den jeweiligen Partizipationsprozess deutlich gemacht werden und klar sein
- auch bei klar umrissenen Fragestellungen muss Raum sein, Randthemen zu diskutieren, diese müssen ernst genommen werden
- Bürgerbeteiligung muss ernst gemeint sein, d.h., aus ihren Ergebnissen müssen auch tatsächlich Konsequenzen gezogen werden – das ist vor allem wichtig, wenn es um Prozesse geht, die mit finanziellen Aspekten verbunden sind
- im Zentrum sollte der Dialog zwischen den Beteiligten stehen, der zur Findung gemeinsamer Lösungen führt
- die Vorbereitung von Beteiligungsprozessen darf nicht von einem Akteur, beispielsweise der Verwaltung, alleine übernommen werden, um eine eingeschränkte Sichtweise zu vermeiden

Im Bezug auf das kommunale Bildungsmanagement wurde festgehalten, dass für jede Art von Bürgerbeteiligung klar sein muss, wo Bürgerinnen und Bürger als Nutzerinnen und Nutzer und wo als Mitgestalterinnen und Mitgestalter gefragt sind. Gleichzeitig müssen an der Strukturierung des kommunalen Bildungsmanagements mehr Akteure beteiligt sein als nur die Verwaltung.

Ergebnisse / Fazit:

Wenn Bürger beteiligt werden, muss das so geschehen, dass die Bürger ein Ergebnis ihres Engagements sehen – Veränderungen müssen sichtbar sein.

Die Ziele, die man mit der Beteiligung von Bürgern erreichen will, entscheiden über Form und Raum (geographisch gesehen) der Beteiligung.

Bei der Etablierung des kommunalen Bildungsmanagements sollte die Verwaltung nicht alleine arbeiten. Wichtige Bildungsakteure, sowohl in der Gesamtstadt als auch in einzelnen Sozialräumen sollten einbezogen werden, wie teilweise schon geschehen.

Um die Leipziger Bürgerinnen und Bürger erfolgreich am Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements zu beteiligen, das in den Stadtteilen und der Gesamtstadt u.a. zur besseren Zugänglichkeit von Bildungsangeboten beiträgt, sind sorgfältige Vorüberlegungen notwendig. Um zielführend zu arbeiten, müssen konkrete Fragestellungen formuliert und Aktivierungsstrategien je nach zu erreichender Zielgruppe ausgewählt werden.

Podiumsdiskussion

Gemeinsam für Bildung und Leipzig

Thomas Rechentin, Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport
Prof. Dr. oec. habil. Sibylle Seyffert, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig
Prof. Dr. Thomas Fabian, Stadt Leipzig
Dr. Annika Gröger, Stadt Leipzig
Moderation: Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig

Herr Dr. Haller: Ich darf Sie ganz herzlich zu unserem Abschlusspodium begrüßen. Ich freue mich, dass Sie noch so zahlreich hier geblieben sind und ich habe die feste Erwartung, dass wir Sie jetzt in dieser knappen Stunde nicht zu sehr langweilen, sondern vielleicht auch ein bisschen nochmal aus der Reserve locken können mit den Dingen, die wir hier oben miteinander verhandeln wollen. Ich darf Ihnen die Teilnehmer hier auf dem Podium kurz vorstellen. Zu meiner Rechten, Frau Professor Seyffert von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Ich begrüße Sie ganz herzlich als Partner der Hochschulen hier auf dem Podium. Ich darf zu meiner Linken unseren Gast aus Dresden aus dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus und Sport begrüßen, Herrn Thomas Rechentin, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und Qualität in der Bildung. Das klingt vielversprechend, gerade in der heutigen Zeit. Wir haben heute Morgen und heute Nachmittag zum Thema „Qualität in der Bildung / Qualität in der Schule“ eine Menge gehört und ich bin ganz neugierig, wie Sie sich hier in der Diskussion zum Thema „Lernen vor Ort“ aus der Sicht der Landeshauptstadt Dresden aufstellen und wir freuen uns sehr, Herr Rechentin, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Herzlich Willkommen! Zu meiner Rechten begrüße ich Herrn Professor Thomas Fabian, unseren Bürgermeister und Beigeordneter für den Bereich, Jugend, Schule, Gesundheit und Soziales. Ich freue mich sehr, dass Sie hier bei uns auf dem Podium sitzen. Für die politische Verantwortung in der Stadt

hat der Oberbürgermeister Herrn Professor Fabian die Federführung für das Projekt „Lernen vor Ort“ übertragen und er steht somit für die kommunalpolitische Dimension dieses Projekts. Herzlich Willkommen. Links von mir begrüße ich Frau Dr. Gröger. Sie verkörpert das Projekt „Lernen vor Ort“ in Leipzig. Sie ist die Projektleiterin. Sie hat als Fachreferentin von Herrn Professor Fabian wesentlich dazu beigetragen, dass wir bei der Antragsstellung in Berlin bzw. in Bonn überhaupt erfolgreich sein konnten und sie hat im Anschluss an die Bewilligung die Stabsstelle aufgebaut. Herzlich willkommen, Frau Dr. Gröger.

Frau Professor Seyffert, ich möchte gerne einsteigen mit der Frage an Sie als langjähriges Mitglied in der Führung der HTWK Leipzig [Anmerkung der Redaktion: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig]: „Lernen vor Ort“ und die HTWK Leipzig, was hat denn das miteinander zu tun?

Frau Prof. Seyffert: Ich darf vielleicht mit einem ganz persönlichen Grund beginnen, warum ich hier bin. An erster Stelle, weil ich Leipzigerin bin, mich so fühle und von ganzem Herzen davon überzeugt bin, dass diese Stadt eine einzigartige Bildungs- und Wissenschaftslandschaft aufweist. Seit vielen Jahren sind wir miteinander im Gespräch, Stadt und Hochschule, und wir sind alle der Überzeugung, dass diese Bildungs- und Wissenschaftslandschaft transparent und bekannt gemacht werden muss. Vor allem aus dem Grund, dass wir die Potentiale, die in dieser Stadt in der Bildung stecken, noch besser erschließen können. Insofern gibt es seit vielen Jahren, seit Gründung unserer Hochschule, eine enge Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Stadt, schwerpunktmäßig auch im Bereich Soziales. An unserer Hochschule wird das „T“ für Technik natürlich sehr groß geschrieben. Aber es gibt auch ein „W“ sowie ein „K“, einen Wirtschaftsbereich und einen Kulturbereich, und da sind wir zugleich bei Akteuren, die für die Stadt von Bedeutung sind. Schon bevor ich im Jahr 2003 mein Amt als Prorektorin für Bildung antrat, haben die HTWK Leipzig und die Stadt zusammengearbeitet und darauf geachtet, das Bildungsbiografien gut gemeistert werden können. Den Übergang von der Schule zur Hochschule zu verbessern, eine exzellente Ausbildung während der Zeit des Studiums zu sichern und unseren Studierenden neben der Fachausbildung auch überfachliche Qualifikationen mit auf den Weg zu geben, damit sie in die Lage versetzt werden, den Übergang in die Arbeitswelt gut zu meistern. Das geschieht auch mit dem Ziel, die Region zu stärken und so die Attraktivität des Hochschulstandorts zu verbessern. Und das tun wir nicht allein: wir sind eng verflochten mit allen anderen Hochschulen, beispielsweise mit der Universität Leipzig, den Kunsthochschulen, der HHL [Anmerkung der Redaktion: Handelshochschule Leipzig] aber auch mit anderen Bildungseinrichtungen wie unter anderem mit den Berufsakademien. Gemeinsam wollen wir den Hochschulstandort stärken und einen Beitrag dazu leisten, dass wir so ausstrahlen, dass möglichst viele, auch junge Menschen nach Leipzig streben. Ich denke, das ist ein weites Feld, aber es zeigt doch einige Ansatzpunkte dafür, wie Stadt und Hochschulen bereits zusammen gewirkt haben und auch in der Zukunft verstärkt zusammen wirken müssen.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Frau Professor Seyffert. Ich möchte hierzu eine Frage nachschieben: Ein Akteur wie die HTWK Leipzig, welche Erwartungen hat eine solche Hochschule an ein Projekt, das sich da nennt „Lernen vor Ort“?

Frau Prof. Seyffert: Ein erster Punkt ist: Transparenz zu schaffen. Das habe ich heute schon an einigen Stellen gehört und ich habe das auch selbst nochmal bestärkt. Wir hatten vorhin eine Diskussion zu einem Problem, das mir schon lange auffällt: es gibt unwahrscheinlich viele Angebote und es gibt sehr viele Netzwerke. Diese zu verknüpfen und noch besser zu koordinieren, erscheint mir wichtig. Und die Grundlage dafür ist Kommunikation. Das ist ein erster Punkt. Und ein zweiter Punkt – ich mache jetzt mal einen gedanklichen Sprung – den Willen bei den Akteuren auszuprägen, über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen und nicht nur miteinander zu reden, zu kommunizieren, sondern auch zu agieren. Ich denke, da gibt es auch noch einige Reserven, die es zu erschließen gilt. Das haben die Diskussionen heute gezeigt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen häufig Schule, frühkindliche Bildung, Übergang zur Hochschule. Aber das Anliegen dieser Bildungskonferenz oder des Projektes „Lernen vor Ort“ ist ja, den gesamten Lebensverlauf zu betrachten. Und das sage ich nicht nur, weil ich langsam in das Alter komme. Ich hatte es vorhin in der Pause scherzhaft gesagt, vielleicht mal als „Hochschul-Oma“ zu agieren, und die vielen Erfahrungen, die man eben gesammelt hat, einzubringen.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Frau Professor Seyffert.
Herr Rechentin, der Freistaat Sachsen beteiligt sich auf Landesebene bei diesem Bundesmodellprojekt „Lernen vor Ort“. In welcher Weise tut er es? Welche Haltung nimmt der Freistaat Sachsen zu diesem Projekt ein und was sind die Erwartungen, die der Freistaat Sachsen an ein solches Projekt knüpft?

Herr Rechentin: Ich möchte zunächst einmal mit einer vielleicht etwas flapsig klingenden Eingangsfeststellung beginnen. In Deutschland ist normalerweise jeder zur Schule gegangen und Eltern, die schulpflichtige Kinder haben, erleben aus dieser Perspektive Schule ein zweites Mal. Deswegen geht es der Bildungs- und Schulpolitik so wie dem Fußball. Es gibt 80 Millionen Bildungsexperten, die es im Zweifelsfall immer besser wissen als die Schule. Und vor allen Dingen besser wissen als das Kultusministerium. Damit muss man erst mal umgehen und leben können und das ist auch ein ganz natürlicher Befund. Deswegen ist der erste Grund, warum es „Lernen vor Ort" jetzt gibt und warum wir als Land ein Interesse daran haben, dass die Diskussionsprozesse am besten dort geführt werden sollten, wo sie auch unmittelbar wirksam werden, das heißt auf der kommunalen Ebene. In Sachsen ist es ja glücklicherweise so, dass von den 40 bundesweit sich beteiligenden kommunalen Körperschaften drei aus Sachsen kommen, nämlich Leipzig, Dresden und, was für uns auch wichtig ist, ein Landkreis, nämlich der Landkreis Görlitz. Deswegen wichtig, weil die schulpolitischen und auch bildungspolitischen Akteure in einer kreisfreien Stadt viel dichter und konzentrierter beisammen sind, als z.B. in einem Landkreis. Der zweite Grund, warum wir uns als Land am Programm „Lernen vor Ort" beteiligen, ist, dass wir durch die internationale Bildungsberichterstattung wie auch die Berichterstattung der Bundesländer feststellen, dass Bildungspolitik stärker im politischen Fokus ist als früher. Früher hat man die klassische Zweiteilung sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene als fast natürlich empfunden: die Kommune ist für das Gebäude und die Ausstattung zuständig und das Land ist für die Curricula, die Lerninhalte und das Lehrpersonal zuständig. Angesichts vieler Voraussetzungen und Herausforderungen, ich nenne nur die demographische Entwicklung und enger werdende finanzielle und personelle Ressourcen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene, sind wir nun aufgefordert, intensiver zusammenzuarbeiten. Und da ist aus meiner Sicht auch für das Land das Projekt „Lernen vor Ort" der richtige Ansatz.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Herr Rechentin.
Herr Professor Fabian, die Stadt Leipzig wollte bei diesem Projekt unbedingt dabei sein. Der Oberbürgermeister hat es heute Morgen schon angesprochen: aus der Tradition dieser Stadt heraus, aus den bildungspolitischen Offensiven heraus, die immer auch irgendwo mit Leipzig verknüpft werden – ob es die Reformpädagogik ist oder ob es um die Frage der Aufarbeitung von Wendevergangenheit geht, um Demokratie bilden – Leipzig war hier immer schnell dabei. Sie als politisch Verantwortlicher für diesen Bereich, wie würden Sie denn Ihren Blick auf dieses Projekt schildern?

Herr Prof. Fabian: Ja, Herr Dr. Haller, da Sie mir die politische Perspektive richtigerweise zugeschrieben haben, möchte ich auch mit einer grundsätzlichen Aussage beginnen. Für mich gibt es zwei ganz wesentliche Aspekte, warum Bildung so wichtig ist – wobei ich mir immer nicht sicher bin, welchen ich zuerst nennen soll. Ich fange mit dem Aspekt an, der immer genannt wird, nämlich der, dass Bildung der Schlüssel zum sozialen Aufstieg ist, der Schlüssel zu beruflichen Möglichkeiten, sozusagen der Eintritt ins Leben in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig ist Bildung für mich aber auch, und das ist vielleicht sogar noch viel wichtiger, eine ganz wesentliche Grundlage für ein selbstbestimmtes menschliches Leben. Und deswegen haben wir hier in Leipzig auch einen umfassenderen Bildungsbegriff, der sich nicht nur auf die institutionelle, formale Bildung bezieht, sondern, wie sich auch teilweise schon in unserem ersten Bildungsreport niederschlägt, erfassen wir auch andere Bereiche wie Kultur bis hin zum Sport als Orte und Gelegenheiten, in denen Bildung stattfindet. Und wir begreifen die Menschen, ob Kinder oder Erwachsene, als sich selbst bildende Subjekte. Das ist ein Grund, warum Bildung auch aus einer politischen Perspektive eine so herausragende Stellung hat. Sie haben es eben schon erwähnt: Leipzig hat sich schon sehr früh in verschiedenen Bereichen auf den Weg gemacht, um insbesondere bei den Kindertagesstätten entsprechende Neuerungen auf den Weg zu bringen. Kindertagesstätten begreifen wir in Leipzig schon lange nicht mehr nur als Einrichtungen der Betreuung und Erziehung, sondern auch als Stätten früher Bildung. Hier sind Modellprojekte erfolgreich durchgeführt worden, die dann zu einem entsprechenden Bildungsplan, der mittlerweile sachsenweit gilt, geführt haben. Wir haben uns in der Tat sehr darum bemüht, an dem Bundesprojekt „Lernen vor Ort" beteiligt zu werden, da das Projekt unserem Selbstverständnis entspricht, nämlich, dass wir unabhängig von unseren formalen Zuständigkeiten Verantwortung übernehmen möchten. Der Oberbürgermeister hat es bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder gesagt, Kommunen sind die Orte, in denen Bildung geschieht und stattfindet. Gleichzeitig – und das muss man in einer Stadt wie Leipzig auch immer wieder zur Kenntnis nehmen und wir konnten das auch dem Bericht von Frau Dr. Glorius heute Mittag entnehmen – sind natürlich die Kommunen auch der Ort, an dem wir auch mit den Folgen misslingender Bildung zu tun haben.

Und insofern ist „Lernen vor Ort“ ein Projekt, das uns eine weitere zusätzliche Möglichkeit gibt, gestaltend auf die Bildungslandschaft hier in Leipzig einzuwirken.

Herr Dr. Haller: Dankeschön Herr Professor Fabian.
Frau Dr. Gröger, Sie leiten dieses Projekt. Wir haben heute das Thema „Bildungsberichterstattung“ in den Fokus genommen, aber dieses Projekt hat ja eine ganze Reihe weiterer Facetten. Wir reden von Teilprojekten, die sich in der Entwicklung befinden. Womit dürfen wir in den kommenden Wochen und Monaten rechnen?

Frau Dr. Gröger: Besonders hervorzuheben ist vor allen Dingen das Thema „Bildungsberatung“. Herr Jung hat das Thema heute schon in seinem Vortrag angerissen: wir eröffnen im Januar 2011 ein Bildungsberatungsbüro in der Stadt Leipzig. Dieses Bildungsberatungsbüro möchte die Möglichkeit schaffen, objektiv und trägerneutral Bürger zu beraten, allerdings nicht zu dem Thema „Schule / Schulübergänge“, sondern zu allen Bildungsthemen, die nach der Schule kommen. Frau Richter hat das Aktionsfeld Bildungsberatung inne und sie versucht, so transparent wie möglich aufzubereiten, was es alles an Bildungsberatungsmöglichkeiten in Leipzig gibt. Ab Januar 2011 werden wir dann ein Jahr lang erproben, ob der Bedarf in der Stadt Leipzig besteht, ein objektives trägerneutrales Bildungsberatungsbüro zu haben. Wir werden den Bedarf evaluieren und daraus Schlussfolgerungen ziehen.

Ansonsten haben wir natürlich auch noch weitere Themenfelder, nicht nur Bildungsberatung und Bildungsmonitoring, die heute schon angesprochen wurden. Wir haben beispielsweise auch noch das Aktionsfeld „Bildungsübergänge“. Zu Beginn hatte Herr Jung innerhalb der Verwaltung abgefragt, wo die Stadtverwaltung Bedarfe sieht. Dabei hat sich aus dem vorhandenen Expertenwissen herausgestellt, dass speziell beim Übergang von der Schule in den Beruf – ich sage nur B.O.S.S. [Anmerkung der Redaktion: Berufliche Orientierung für Schüler und Studierende in Mitteldeutschland] – bereits ein sehr aktives und gut funktionierendes Netzwerk besteht. Ebenso gibt es das „Regionale Übergangsmanagement“, die sich an diesem Übergang sehr aktiv um benachteiligte Menschen kümmern. Deswegen haben wir bei der Festlegung unserer Schwerpunkte zum einen den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule gewählt, und zwar in Absprache mit der sächsischen Bildungsagentur. Ich schaue grad mal ins Publikum, ob ich Frau Wiesner entdecke – mit ihr als Partnerin ist genau dieser Übergang spezifiziert worden. Derzeit analysieren wir, wie dieser Übergang verbessert werden kann. Wir haben vereinbart, dass wir einen Schulverbund gründen bzw. bereits bestehende Verbünde aufgreifen werden, um für die Schüler, die in der Grundschule sind und jetzt in die weiterführende Schule kommen, diesen Übergang erfolgreich zu gestalten, so dass bei alle den vielen Widrigkeiten, die sich bei diesem Übergang ergeben, keiner wegrutscht. Unsere Fragestellung lautet: wie kann es in der Zusammenarbeit mit Eltern, Lehrern und Schülern funktionieren, dass der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule erfolgreich ist. Wir wollen ausprobieren und hoffen auf Gelingensbedingungen, die wir übertragen können. Hierbei werden wir natürlich alle Gelingensbedingungen, die bereits für andere Übergänge definiert wurden, aufgreifen und in unsere Arbeit integrieren, um den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule besser gestalten zu können.

Ein weiterer Übergang, den wir uns aufgrund der demographischen Entwicklung als Schwerpunkt gesetzt haben, ist der Übergang vom Beruf in den Ruhestand. Dort haben wir, wie Frau Professor Seyffert auch schon zu Beginn signalisiert hat, einen großen Bedarf, anzupacken. Wir haben in Leipzig ein hohes Potential an sehr guten Arbeitnehmern, die in naher Zukunft vom Beruf in den Ruhestand übergehen. Hier hat Frau Klöter, die das Aktionsfeld betreut, sich einen so genannten Ruhestandskompass – das ist noch ein Arbeitstitel – einfallen lassen, um zu erreichen, dass sich jede Person individuell reflektieren kann: wo liegen meine Schwerpunkte, was macht mir Freude? Wo sind meine Stärken, wo sind meine Schwächen, was möchte ich gerne ein-

bringen in die Gesellschaft, wie kann ich mich wiederfinden? Ziel ist es auch hier, den Übergang im Zusammenspiel mit den relevanten Akteuren zu verbessern.

Dann haben wir noch den Bereich „Demokratie und Kultur". Auch hier haben wir den Schwerpunkt aufgrund einer Bestandsaufnahme, die wir vor Antragsstellung in der Stadt Leipzig gemacht haben, gesetzt. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass sowohl das Kulturamt, als auch das Schulverwaltungsamt signalisiert haben, dass es einen Bedarf bei den Lehrern und bei den kulturpädagogischen Einrichtungen gibt, sich besser kennen zu lernen und stärker abzustimmen. Beispielsweise bei Veranstaltungen, wo Lehrer mit kulturpädagogischen Akteuren zusammenkommen, sich kennen lernen und austauschen können, und daraus dann Kooperationen entstehen, die funktionieren. Es soll zu einer Aufwertung des Bereichs kulturelle Bildung in Schulen kommen sowie der Kulturentwicklungsplan 2008 – 2015 mit einem Konzept „kulturelle Bildung" fortgeschrieben werden.

Als weiteren Schwerpunkt haben wir das Aktionsfeld „Wirtschaft, Technik, Umwelt und Wissenschaft". Hier arbeiten wir mit dem Dezernat Wirtschaft und Arbeit eng zusammen und versuchen, das Thema „Fachkräfte" anzugehen. Wir wissen alle, dass wir aufgrund der demographischen Entwicklung auf einen Fachkräftemangel zusteuern. Es wird auch von den Kammern signalisiert, dass die Unternehmen dieses Problem bereits heute bemerken. Wir versuchen jetzt, mit „Lernen vor Ort" einen Weg zu finden, wie man dem Fachkräftemangel begegnen kann: sei es in Form von Veranstaltungen, sei es durch die Auswertung von Daten und Fakten, von vorliegenden Bestandsanalysen zum Arbeitsmarkt Leipzigs.

Ein letzter Bereich bleibt noch zu nennen, den Frau Dr. Arnold bei uns im Team „Lernen vor Ort" betreut, und zwar Familienbildung und Elternarbeit. Zumindest in den Workshops, in denen ich heute war, wurde ganz oft deutlich, dass es eine große Herausforderung ist, die Eltern mit ins Boot zu holen. Es ist wichtig, dass die Eltern frühzeitig involviert werden. Frau Dr. Arnold hat sich zum Ziel gesetzt, den Bereich der Kinder von null bis sechs Jahren zu bearbeiten und dort herauszufinden, wie Eltern besonders aus bildungsfernen Familien dazu angeregt werden können, Familienbildungs- und Elternarbeitsangebote anzunehmen. Sie hat dazu verschiedene Projekte vor, eines davon in Zusammenarbeit mit der HTWK Leipzig.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Frau Dr. Gröger.
Herr Rechentin, das ist ja nun ein ganzer Blumenstrauß. Der Oberbürgermeister hat heute Morgen in seinem Vortrag deutlich gemacht, dass das Team sich nicht überfordern möge, sondern dass man die Kirche auch im Dorf lassen muss, um zu Ergebnissen, zu Leistungen zu kommen, die man vorweisen kann. Ich vermute mal, dass der Freistaat Sachsen für seine drei Projekte „Lernen vor Ort" auch auf konkrete Ergebnisse drängen wird. Was sind denn Ergebnisse, die Sie im Blick haben, wenn Sie in zwei Jahren dann auf das Jahr 2010 bis 2012 zurück schauen, um eine Bilanz ziehen zu können, bei der Sie sagen, dass es sich für Sachsen gelohnt hat?

Herr Rechentin: Wir haben derzeit den Sachverhalt, dass es aus vielerlei Gründen unterschiedliche Ebenen und unterschiedliche Betrachtungen auf den Bildungsbereich gibt. Wir haben einmal die landesplanerische und die regionalplanerische Betrachtung. Wir haben die schulstandortfachliche Planung, für die ich verantwortlich bin. Die Kommune ist verantwortlich für die Planung der Kindertageseinrichtungen. Ich empfinde es als großen Vorteil, dass der Kultusbereich vor zwei Jahren den Kindertagesstättenbereich vom Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie übernommen hat. Das halte ich für wichtig, weil sich somit die Übergänge zwischen Kita und Grundschule leichter gestalten lassen.
Also wir haben erstens verschiedene Planungsebenen, die es wert sind, miteinander vernetzt zu werden. Wir haben zweitens, das habe ich vorhin schon angedeutet, bisher immer gedanklich diese Zweiteilung gehabt, Kommune ist für die Hülle und die Einrichtung zuständig, das Land für das Lehrpersonal und die Bildungsinhalte. Und die Kommunen verstehen sich auch zunehmend nicht nur als reiner Verwalter des Sächlichen, sondern wollen natürlich in den Planungsprozess stärker einbezogen werden. Und das Dritte ist, auch das hat Frau Dr. Gröger ja schon angedeutet, dass es neben der Schule eine Vielzahl von weiteren Akteuren gibt. Allein bezogen auf die Stadt Leipzig haben wir als Partner das Stadtplanungsamt und das Schulverwaltungsamt. Dann brauchen wir für bestimmte Gruppen das Gesundheitsamt, den öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir haben für den Bereich der Jugendhilfe das Jugendamt als Ansprechpartner. Ich war heute in zwei Workshops, da ging es einmal um Netzwerke und dann natürlich auch um die Frage Fachkräftebedarf. Dann haben wir also im Bereich der berufsbildenden Schulen logischerweise die Kammern

und die Wirtschaft als Ansprechpartner. Das heißt, eine Vielzahl von Akteuren. Und ich erwarte mir von diesen drei Modellprojekten in Sachsen, dass die Kommunen bei „Lernen vor Ort“ konzeptionelle Vorstellungen entwickeln und dann auch umsetzen, wie man diese Vielzahl von Akteuren zusammenbindet. Und welche Erfahrungen sie dort gewinnen, auf der einen Seite als kreisfreie Stadt und auf der anderen Seite als Landkreis. Als Land haben wir dann natürlich ein Interesse daran, dass die Erfahrungen aus diesen drei Modellkommunen in die Landkreise und Städte transferiert werden, die nicht Teilnehmer dieses Projekts sein konnten. Und ich weiß von Professor Fabian, dass er auch bereit ist, mit den Erfahrungen aus dem Projekt als Multiplikator vor allen Dingen auch in den umliegenden Landkreisen zu wirken, sodass wir die gewonnenen Erfahrungen im Sinne von Best Practice in die Fläche tragen können.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Herr Rechentin.
Frau Professor Seyffert, für eine Hochschule, die sich intensiv auch mit Technikfragen beschäftigt, wird ja die Diskussion um den sogenannten Fachkräftemangel einen breiten Raum einnehmen. Man liest jeden Tag, man habe zu wenig gut qualifiziertes Personal. Die Stellen konnten nicht besetzt werden. Die guten Leute könnten sich im Grunde genommen die Stellen aussuchen. Und ich weiß aus vielen Gesprächen im Beirat der HTWK Leipzig, dass tatsächlich Ihre Leistungsträger im Grunde genommen schon vor Studienschluss entsprechende Anschlussbeschäftigungen in den Betrieben haben. Die HTWK Leipzig ist einer unserer Schlüsselakteure und sehr aktiv beim Thema „Lernen vor Ort“. Sie werden also Erwartungen haben, was sich in zwei Jahren tatsächlich gegenüber heute verbessert haben möge oder, wie es Herr Professor Olk heute Vormittag bei seinem Vortrag genannt hat, dass die Gelingensbedingungen bessere seien, als es vielleicht im Moment der Fall ist.

Frau Prof. Seyffert: Ich möchte meine Antwort in einen Aspekt einbinden, der sich hier gerade aufgetan hat. Sie haben von vielen Akteuren gesprochen. Was mir dabei manchmal etwas zu kurz kommt, das sind die Akteure,

die eigentlich die Wichtigsten für uns sind: die Menschen. Herr Professor Fabian hat vorhin angesprochen, was Bildung ist, nämlich auch eine Grundlage für das selbstbestimmte Leben. Und da gibt es Träger dieser Bildung, das sind Menschen. Und wir sehen vor allem junge Menschen, weil wir eine Hochschule sind und unsere vordergründige Zielgruppe eben im Regelfall im Alter zwischen 20 und 30 Jahren zu uns kommt, um eine Erstausbildung aufzunehmen. Wir sehen natürlich auch die Probleme der Region. Das wurde heute mehrfach angesprochen und wir wissen das seit vielen Jahren. Zum einen die demographische Entwicklung, die aber zugleich noch überlagert wird durch die Abwanderungsverluste, die Sachsen verzeichnet: die großen Städte wie Dresden und Leipzig weniger, aber insgesamt das Land. Das will ich jetzt nicht nur auf die Wirtschaft beziehen, sondern auch auf alle anderen Bereiche. Das sind die Dienstleister, die öffentlichen Verwaltungen, die Kultureinrichtungen, die natürlich Fachkräfte brauchen. Insofern haben wir, glaube ich, alle ein gemeinsames Ziel: nicht nur Verantwortung zu übernehmen für die Bildung, sondern auch dafür, dass erst mal Menschen gewonnen und motiviert werden, sich überhaupt zu bilden. Und ich denke, das wird nicht nur für die Hochschulen eine Herausforderung sein. Wir als Fachhochschulen aber auch die Berufsakademien, vielleicht auch die Universitäten müssen sich weiter öffnen und durch gezielte Bildungsangebote auch solche Gruppen ansprechen, die heute noch durch das Raster fallen und keinen Zugang zu einer Hochschule oder einer Universität haben. Die Frage wird sein: wie gelingt uns das? Diese Schüler zu gewinnen, eine Ausbildung zu machen. Und ich sehe das vor einem weiteren Hintergrund – das vergessen wir manchmal – dass wir zugleich einen Strukturwandel hin zu einer Wissensgesellschaft durchleben. Es werden dann auch veränderte Anforderungen an die Absolventen von Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Universitäten, aber auch von vorgelagerten Bildungseinrichtungen gestellt. Es wird zunehmend Arbeit geben, die eine hohe Qualifikation voraussetzt. Für mich ist jetzt die Fragestellung, wie es uns allen gelingt, in diesen Altersgruppen so weit zu kommen, dass wir junge Menschen motivieren, sich zu bilden. Und sie dann auf den Weg bringen, dass sie die Voraussetzungen erreichen, um diesen Bildungsweg auch erfolgreich zu absolvieren. Man muss dann noch weiter denken, aber das werden wir sicherlich noch diskutieren, wie auch die Übergänge aus den Hochschulen, Universitäten in die weiteren Bereiche gut gestaltet werden. Damit nicht am Ende zu Buche steht, wir haben ein demographisches Problem und zudem zunehmende Wanderungsverluste. Sondern wir müssen als Standort so attraktiv sein, dass wir Zuwanderung erreichen. Das ist eine große Herausforderung. Ich denke, das kann auch nicht ein

Akteur alleine schaffen, wie beispielsweise eine Hochschule, sondern genau dafür brauchen wir diese Netzwerke und die Bündelung.

Herr Dr. Haller: Herr Professor Fabian, Sie sind ja nicht nur Schulbürgermeister in Leipzig, sondern auch Sozialbürgermeister und zusammen mit dem Wirtschaftsbürgermeister auch an einem Thema dran, das wir heute in den Arbeitsgruppen immer mal wieder gehört haben: Die Wirtschaft sagt, die jungen Leute können wir nur bedingt brauchen. Und die jungen Leute sagen, die Wirtschaft will uns nicht haben. Was sagt ein Sozial- und Schulbürgermeister genau zu diesem Dilemma, das man auch täglich in der Presse lesen kann?

Herr Prof. Fabian: Na ja, da möchte ich zunächst mit der Einschätzung antworten, dass da aus dem jeweiligen Blickwinkel etwas dran ist. Wenn junge Menschen im Rahmen der Schulzeit bereits Praktika in kleinen oder größeren Unternehmen absolvieren, haben sie hinterher größere Chancen, entsprechende Ausbildungsplätze zu bekommen, wenn sie im Praktikum bestimmte Tugenden und Kompetenzen wie beispielsweise Zuverlässigkeit und Motivation zeigen. Auf der anderen Seite müssen wir uns natürlich auch Gedanken darüber machen, wie unser Bildungssystem junge Menschen auf die Anforderungen im Wirtschaftsleben vorbereitet. Hier bedarf es noch über das hinaus, was wir bislang im Rahmen des Regionalen Übergangsmanagements erreicht haben, weiterer Konzepte.
Auf die Frage was Erfolgskriterien in zwei Jahren sind, möchte ich antworten, dass es uns zunächst einmal gelungen ist – und da sind wir wirklich auf dem besten Weg – uns ein transparentes Bild von der Situation vor Ort in Leipzig zu machen. Ich denke, da sind wir heute einen gewaltigen Schritt vorangekommen. Dass wir zweitens, und das sehe ich auch wie Herr Rechentin, in der Lage sein werden, zumindest für bestimmte Bereiche tragfähige, konkrete, umsetzbare Konzepte erarbeitet zu haben, insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Übergänge. Und das Dritte ist, dass es uns gelingt, Konzepte für sogenannte Bildungsverbünde zu entwickeln, die dann auch übertragbar sind. Wobei man hierzu sagen muss, dass wir glücklicherweise in Leipzig das Rad nicht neu erfinden müssen. Wir haben in Leipzig schon unterschiedlich gestaltete Bildungsverbünde von Einrichtungen. Ich denke beispielsweise an den Bildungscampus Grünau, wo schon seit langer Zeit Kitas und Schulen auf einem guten Weg sind, miteinander zusammenzuarbeiten. Letztendlich werden wir uns – und das gelingt uns wahrscheinlich nicht in zwei Jahren, aber wir planen ja länger als für zwei Jahre – mittelfristig daran messen können, ob es uns gelingt, bestimmte Probleme zu reduzieren. Und da gilt es dann am Ende, sich über bestimmte Kennzahlen zu verständigen. Mich persönlich beunruhigt sehr, was wir heute auch vorgestellt bekommen haben, welche großen Schwierigkeiten es noch beim Übergang Kita-Schule gibt, obwohl wir da seitens der Stadt in den letzten zehn Jahren sehr große Anstrengungen unternommen haben. Hier gilt es, auch mit der Bildungsagentur noch stärker ins Gespräch zu kommen und sich zu verständigen, wie wir hier neue Wege gehen können. Meines Erachtens kann es nicht angehen, dass die Anzahl der Zurückstellungen dadurch reduziert werden, dass der Anteil der Förderschüler erhöht wird. Das darf nicht sein. Denn dann wäre es am Ende richtig, wenn die Wirtschaft klagt, sie bekomme keine vernünftig vorbereiteten junge Menschen für die Ausbildungen. Und das andere Problem, Herr Dr. Haller, das weiß ich, dass Sie das auch schon seit langer Zeit bewegt, ist sicher nochmal die besondere Geschlechtsspezifik bei Bildungsmisserfolgen von Jungen. Auch damit werden wir uns zukünftig intensiver auseinandersetzen müssen. Und drittens, was uns auch große Sorge bereitet, und da weiß ich, dass auch das Kultusministerium und die Bildungsagentur unsere Sichtweise teilen: Wir müssen den Anteil von Schülern, die ohne Abschluss die Schule verlassen, verringern. Daran werden wir uns messen lassen müssen. Nicht in zwei Jahren, aber in fünf Jahren.

Herr Dr. Haller: Das möchte ich gleich mal aufgreifen, Herr Rechentin. Wir wissen ja, dass die Landesregierung an diesem Thema intensiv dran ist. Für uns ist es heute ganz wichtig, konkret von Ihnen zu hören, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen wird oder schon ergriffen hat, um dieses Thema anzugehen. Für uns vor Ort wird es darauf ankommen, das Wort der Verantwortungsgemeinschaft, gerade auch mit der Bildungsagentur, mit Leben zu füllen und nicht nur auf Papier zu schreiben.

Herr Rechentin: Es ist richtig, dass uns auch mit Blick auf die demographische Entwicklung der relativ hohe Anteil von Schülern ohne Abschluss Sorge bereitet, aber auch hier muss man mit Zahlen und Statistik vorsichtig sein. Das hängt zum einen damit zusammen, dass in allen ostdeutschen Ländern und auch in Sachsen der Anteil der Schüler, die eine Förderschule besuchen, höher ist als z.B. in den westdeutschen Ländern. Da die Förderschule im Regelfall keinen Abschluss vermittelt, ergibt sich somit ein Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss, der relativ hoch ist. Angesichts der demographischen Entwicklung zählt jeder Schüler und jede Schülerin und Kommune und Land müssen gemeinsam jeden mitnehmen. Bezogen auf die Zahlen, die wir heute Morgen vorgestellt bekommen haben, stellen wir allerdings zunehmend fest, dass es gar nicht mehr eine so starke Abwanderungsbewegung von Sachsen in Richtung Westdeutschland gibt. Nach Bayern und Baden-Württemberg, also zu den wirtschaftlich noch stärkeren Ländern, ist das in gewissem Maße der Fall, aber was wir zunehmend feststellen und wovon Leipzig auch profitiert, ist eine deutlich zunehmende Binnenwanderung innerhalb Sachsens von den ländlichen Regionen hin zu den Städten. Leipzig, Dresden und etwas schwächer auch Chemnitz verzeichnen mittlerweile ein Bevölkerungswachstum. Nachdem wir lange Zeit aufgrund der demographischen Entwicklung öffentliche Schulen schließen müssten – Herr Professor Fabian und ich teilen dahingehend leidvolle Erfahrungen – ist es gerade in Leipzig so, dass wir zum jetzigen Schuljahr den Neubau einer Grundschule genehmigt haben, weil die demographische Entwicklung in Leipzig zumindest in einigen Stadtteilen eine deutlich positive Entwicklung zeigt. Die Problemlagen sind also innerhalb Sachsens sehr unterschiedlich und wir werden uns zunehmend konzeptionelle Gedanken darüber machen müssen, wie wir gemeinsam insbesondere die Schüler besser mitnehmen können, die drohen, die Schule ohne Abschluss zu verlassen. Ich bin mir dessen bewusst, dass das auch eine Frage der personellen und damit letztlich auch der finanziellen Ressourcen ist, und zwar auf beiden Ebenen. Sie werden jedoch verstehen, dass ich mich angesichts der laufenden Haushaltsverhandlungen im Freisaat in dieser Diskussion etwas zurückhalte.

Herr Dr. Haller: Herr Rechentin, darf ich nochmal nach dem Stichwort von Herrn Professor Fabian nach dieser geschlechtsspezifischen Schere fragen? Die Daten liegen alle vor und wir haben sie heute Morgen ausführlich gehört: Mädchen und Jungen unterscheiden sich verstärkt in der erfolgreichen Bildungsbiographie. Auch das ist ein Thema des Freistaates. Können Sie hierauf noch etwas eingehen, was der Freistaat sich in dieser Frage überlegen könnte, damit wir diese Dinge auch in unser Projekt mit einbauen können?

Herr Rechentin: Zum einen muss man sagen, dass wir eine veränderte Bildungsempfehlung nach der vierten Klasse bekommen werden. Wir haben derzeit eine Verteilung von annähernd 50 Prozent Mittelschule/Gymnasium. Wir werden in die Bildungsempfehlung nach der Klasse 4 der Grundschule den Sachunterricht als weiteres Fach mit einbeziehen. Das kommt tendenziell eher den Jungen entgegen, während im Fach Deutsch die Mädchen meist besser sind als die Jungen. Häufig gilt das auch für das Fach Mathematik. Im Sachunterricht ist das ein bisschen anders. Durch die Einbeziehung dieses dritten Fachs in die Bildungsempfehlung werden die heutigen Zahlen möglicherweise etwas relativiert werden. Ansonsten wollen wir natürlich jeden Schüler individuell möglichst optimal fördern und das bedeutet, dass auch die Lehrer aufgefordert sind, den individuellen Bedarf jeden Schülers zu erkennen. Da gibt es durchaus bei vielen Lehrerinnen und Lehrern noch Fortbildungsbedarf im Bereich Diagnostik, um im tagtäglichen Unterricht solchen Förderbedarf schneller zu erkennen. Das sind zwei der Maßnahmen, die uns vorschweben. Aber das wird nur gelingen, wenn wir den Übergang vom Kita-Bereich in die Grundschule besser aufeinander abstimmen, um möglicherweise schon im frühkindlichen Bereich sich abzeichnende Bildungsdefizite eher zu erkennen und eher gegensteuern zu können.

Herr Dr. Haller: Dankeschön, Herr Rechentin. Frau Professor Seyffert?

Frau Prof. Seyffert: Herr Rechentin sprach soeben von Wanderungen. Wir wissen als Sachsen ja ziemlich genau, was aus den Schülern wird. Die Wanderungsströme erfasst das Statistische Landesamt sehr genau. Und wir wissen, dass die Zahl der Schüler und Absolventen, die das Land verlassen, von Jahr zu Jahr schwankt, aber meines Wissens im Schnitt mehr als 20 Prozent beträgt. Die Abwanderung verläuft in Richtung benachbarter Bundesländer, aber auch nach West- und Süddeutschland. Natürlich erfahren wir auch immer wieder Zuwanderungen, jedoch in geringerer Zahl als Abwanderungen. An unserer Hochschule hatten wir in den letzten Jahren immer zehn bis fünfzehn Prozent, mit steigender Tendenz, west- und süddeutsche Studierende an Bord, vor allem in den Studiengängen, die es naturgemäß in der Bundesrepublik nicht so häufig gibt, wie z.B. im Medienbereich. Die Statistik verrät uns auch, dass Mädchen generell mobiler sind als Jungen. Also wandern eher Mädchen ab als Jungen. Das sind die Daten aus dem Schülerbereich. Seit kurzem liegen uns nun die Ergebnisse der ersten Absolventenstudie Sachsens vor. Zunächst wurden nur zwei Jahrgänge befragt, jedoch wird die Studie fortgeschrieben, so dass die Daten zunehmend verlässlicher werden. Im Schnitt über alle Studiengänge verlassen ca. 40 Prozent der Absolventen das Land Sachsen. Es kommen sicherlich immer wieder Absolventen aus anderen Regionen her, aber meist nicht genug, um die Abwanderungen auszugleichen. Und das gibt uns Signale. Gebraucht werden in Sachsen vor allem Techniker, Ingenieure, aber natürlich auch Fachleute aus anderen Disziplinen. Ich denke, wir müssen uns dringend damit beschäftigen, was die Ursachen dafür sind, dass heute noch solche Abwanderungsströme existieren. Wenn man nach den Motiven fragt, warum ein junger Mensch einen Arbeitsplatz auswählt, steht nicht unbedingt das Einkommen an oberster Stelle, sondern es sind vor allem Themen wie die Entwicklungsmöglichkeit im Beruf, die Möglichkeiten der Weiterqualifikation, das Betriebsklima, wie gut werde ich aufgenommen in den Teams. Erst an zwölfter Stelle kam die Frage nach dem Einkommen. Unsere Absolventen, die nach mehreren Jahren wieder in die Region zurückkehren, sagen, das ihnen be-

wusst ist, dass hier in manchen Bereichen weniger Einkommen erzielt werden kann. Aber sie wägen das mit den Lebenshaltungskosten ab. Außerdem sind sie bereit, für einen interessanten Job an diesen Ort zu gehen. Und da gebe ich Ihnen Recht: Interessante Standorte sind in Sachsen vordergründig Dresden und Leipzig. Und die Schülerbefragungen haben gezeigt, dass jeweils mehr als zwanzig Prozent der Jahrgänge bevorzugt in Dresden bzw. in Leipzig studieren wollen. Die beiden Städte liefern sich hier ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Ein Bildungsreport kann das nicht alles aufzeigen, aber er kann Anregungen und Impulse geben, nachhaken und die geeigneten und richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Herr Dr. Haller: Danke, Frau Professor Seyffert. Das Stichwort passt sehr gut. Frau Dr. Gröger, wir hatten vor geraumer Zeit für dieses Projekt zehn wissenschaftliche Stellen zu besetzen. Wir hatten für diese zehn wissenschaftlichen Stellen mehr als 800 Bewerbungen. Die soeben beschriebene Situation macht, glaube ich, an diesem Projekt auch nochmal deutlich, vor welchem Problem wir stehen. Hoch qualifizierte Leute, die gerne hier bleiben möchten, die aber häufig doch woanders hingehen müssen, weil nicht genug Arbeit da ist.
Ich möchte jetzt zum Schluss zum Begriff Verantwortungsgemeinschaft kommen. Der Begriff klingt etwas sperrig, aber es geht um Management-Strukturen und das Projekt „Lernen vor Ort“ zielt ganz direkt auch in diesen Bereich der Steuerung. Frau Dr. Gröger, vielleicht geben Sie uns zum Schluss einen Ausblick, wie Sie das umsetzen werden.

Frau Dr. Gröger: Wir haben in der Stadt Leipzig verschiedene Strukturen aufgebaut und probieren jetzt, ob diese so funktionieren und sich mit Leben füllen lassen, um nachhaltig zu wirken. Eine ganz große Gelingensbedingung vom Programm „Lernen vor Ort“ in Leipzig ist, dass wir frühzeitig begonnen haben, mit der Verwaltung, in der Verwaltung und in den Verwaltungsstrukturen zu arbeiten. Zum einen haben wir gemeinsam mit den Ämtern unsere Mitarbeiter ausgesucht und zum anderen stimmen wir die Themenschwerpunkte und Zielsetzungen pro Aktionsfeld eng mit den Ämtern ab. Wir analysieren aus Sicht der Verwaltung, der Ämter, welche Bedarfe bestehen und wo aus Sicht der Experten Lücken vorhanden sind. Ich spreche jetzt hauptsächlich aus der Verwaltungssicht, weil ich denke, dass das eine wesentliche Grundlage ist, um die Nachhaltigkeit des Projektes sicherzustellen. Denn wir wissen heute noch nicht, ob unsere Projektförderung über August 2012 hinaus verlängert wird – wir hoffen natürlich darauf. Jetzt müssen wir erst mal davon ausgehen, dass wir eine begrenzte Laufzeit haben und wir müssen dafür sorgen, dass die Ergebnisse, die wir produzieren, auch nach Auslaufen der Projektförderung weiterleben können, indem sie von der Verwaltung aufgegriffen werden. Unser erster Schritt war somit ab Projektbeginn im Januar 2010, in der Verwaltung wirklich implementiert zu sein. Der nächste Schritt ist es nun, mit den Akteuren in Kontakt zu kommen. Wie man heute sieht, haben wir auch schon eine breite Akteurslandschaft erreicht und wir wissen auch, dass das noch lange nicht alle sind. Wir sind also schon einen guten Schritt voran gekommen, um in die Fläche zu gehen und eine Gesamtstrategie mit den wichtigsten Partnern zu erarbeiten. Über das Jahr 2012 hinaus wollen wir dann gemeinsam kommunalpolitische Leitlinien erarbeiten und diese mit konkreten Zielen untersetzen.

Herr Dr. Haller: Danke Frau Dr. Gröger.
Herr Rechentin, was macht denn dieses Projekt für den Freistaat „nachhaltig“?

Herr Rechentin: Um Ihre Frage zu beantworten, möchte ich zunächst aus dem vorliegenden Entwurf des Bildungsreports Leipzig 2010 zitieren. Da heißt es im Kapitel A2, Zielsetzung und Konzeption des Bildungsreports: „eine Grundlage für eine politische Diskussion im Bildungsbereich bieten“. Und ich würde mir wünschen, dass man nicht nur die Diskussion in den Fokus nimmt, sondern ich würde ergänzen: „und eine Grundlage für konzeptionelle Entscheidungen bieten“. Was wir uns als Land wünschen, habe ich vorhin bereits angedeutet. In Sachsen gibt es wie gesagt drei kommunale Körperschaften, die bei „Lernen vor Ort“ mitmachen: Dresden, Leipzig und der Landkreis Görlitz. Die Verwaltungen dieser kommunalen Körperschaften werden im Rahmen des Projekts „Lernen vor Ort“ bestimmte Lernprozesse durchlaufen. Wie bringe ich die Akteure im Bildungsbereich zusammen, wie bilde ich Netzwerke und wie bringe ich insgesamt konzeptionell den Bildungsbereich mit seinen verschiedenen Akteuren unter einen Hut? Und wir als Land erwarten uns von diesem Prozess, dass wir diese Verwaltungserfahrung aus dem Projektverlauf auf andere kommunale Körperschaften, Landkreise und Städte übertragen können, die daran interessiert sind, weil sie vor den selben Herausforderungen stehen, um zukunftsfähig zu bleiben.

Herr Dr. Haller: Dankeschön Herr Rechentin.
Frau Professor Seyffert, die HTWK Leipzig macht bei „Lernen vor Ort“ mit und das Projekt hat eine klare Laufzeit. Wir werden im August 2012 zu einem ersten Ende kommen. Diese zweieinhalb Jahre gilt es ja zu gestalten. Wenn Sie einen Ausblick auf diese zweieinhalb Jahre wagen unter den Stichworten „Verantwortungsgemeinschaft“ und „Einbindung der Hochschulen“ – was erwarten Sie sich?

Frau Prof. Seyffert: Ich bin froh, dass nicht nur wir beteiligt sind, sondern auch die Universität sowie die anderen Hochschulen und Bildungsträger. Ich erwarte, dass wir auch weiterhin aktiv in dieses Netzwerk einbezogen werden und an den zur Zeit noch weißen Flecken, die teilweise heute bereits angesprochen wurden, gemeinsam arbeiten werden. Zum Beispiel sprachen wir vom Übergang aus dem Bildungsbereich in das Arbeitsleben. Gemeinsam mit den anderen Akteuren möchten wir uns einbringen, um die Netzwerke zu stärken und Ergebnisse zu erreichen. Des weiteren glaube ich – und das ist mir gerade in den letzten Wochen wiederholt aufgefallen – dass wir als Hochschulen aktiver werden und mehr Transparenz in unsere Abläufe bringen müssen. Denn die Vielfalt der Bildungswege steigt und wir werden zunehmend von der Wirtschaft, von Schulen, von Eltern und Großeltern gefragt: „Nun erklärt uns doch mal die neuen konsekutiven Studiengänge Bachelor und Master: Was kann denn so ein Bachelor-Absolvent?“ Oder Vertreter der Praxis sa-

gen: „Jetzt haben die Studierenden plötzlich nicht mehr das Praktikum, wie kommt denn das?“ Hier darf ich widersprechen, weil die Fachhochschulen sehr streng darauf geachtet haben, dass dieser Vorteil erhalten bleibt. In anderen Bereichen ist es jedoch offensichtlich anders. Zum Dritten, und das ist mein persönlicher Wunsch, dürfen wir nicht nur die fachliche Bildung sehen, sondern auch das was drüber hinaus geht. Denn wir brauchen junge, kreative Menschen. Dazu braucht man neben einer fachlichen Bildung auch viele andere Impulse, z.B. sich musisch bilden, sich in der Kulturszene auskennen, aktiv Sport treben. Es muss uns gemeinsam gelingen, die vielfältigen Angebote, die es hier in Leipzig gibt, an Kinder und Jugendliche heranzutragen und sie dazu motivieren, diese auch wahrzunehmen. Und umgekehrt müssen sich die Hochschulen und Bildungseinrichtungen noch mehr öffnen. Die HTWK Leipzig versucht das im Moment zum Beispiel durch öffentlich zugängliche Veranstaltungsreihen im „Studium generale“. Viele solcher Maßnahmen sind jedoch in der Stadt recht unbekannt – sie müssen also mehr publik gemacht werden. Und da spreche ich auch in Richtung der Medien.

Herr Dr. Haller: Herr Professor Fabian, die letzte Frage an Sie, als den federführenden Beigeordneten und Bürgermeister für dieses gesamte Projekt: Wir sind im Januar gestartet, heute findet unsere erste Bildungskonferenz statt, wir haben einen Entwurf zum Bildungsreport Leipzig 2010 vorgelegt, der in den Diskussionen wertgeschätzt wurde aber dort, wo man noch weiße Flecke vermutet, auch kritisch hinterfragt wurde. Was muss dieses Projekt auf den Ebenen Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft leisten?

Herr Prof. Fabian: Es ist immer so: wenn jemand etwas tut, setzt er sich möglicher Kritik aus. Wenn er nichts tut, dann vermeidet er das. Wir gehören zu den Leuten, die gerne etwas tun und die Kritik dankbar aufgreifen, um unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Sie haben die verschiedenen Ebenen benannt. Ich glaube es gehört zu einer angemessenen Bescheidenheit, dass wir nicht glauben dürfen, dass wir mit diesem Projekt und dem was wir hier auf den Weg bringen, Bildungsprozesse unmittelbar beeinflussen können. Was wir aber schon machen können, und das ist unser ehrgeiziges Ziel, ist Konzepte zu entwickeln und vor allen Dingen Strukturen zu schaffen. Strukturen, in denen die verschiedenen Akteure nicht nur unverbindlich vernetzt sind, sondern gemeinsam bestimmte Dinge verbindlich vereinbaren und verabreden, damit die Konzepte dann auch in die Tat umgesetzt werden können. Das setzt voraus, dass das Projekt „Lernen vor Ort“ zunächst in der Stadtverwaltung richtig verankert ist. Ich möchte behaupten, dass es uns vom ersten Tag an gut gelungen ist, dieses Projekt strukturell in alle Fachbereiche hinein zu verankern. Wir haben von Anfang an darauf geachtet, dass wir andere wesentliche Institutionen, insbesondere die Bildungsagentur und die Agentur für Arbeit, in die Gestaltung und Konzipierung dieses Projektes mit einbezogen haben. Wir stehen darüber hinaus mit den Hochschulen, mit den Kammern und der Gewerkschaft in enger Zusammenarbeit. So schaffen wir mit verschiedenen Akteuren auf der Verwaltungsebene behördenübergreifende, gemeinsame Strukturen. Gleichzeitig müssen wir unser Vorhaben auch politisch verankern, um – da müssen wir uns nichts vormachen – an der einen oder anderen Stelle auch die benötigten Ressourcen bereitgestellt zu bekommen. Auf der anderen Seite soll von diesem Projekt auch eine Botschaft in die Zivilgesellschaft hinausgehen. Das bedeutet, dass nicht nur die Vereine im Bereich Kultur und Sport sowie die freien Träger offensiv mitwirken, sondern dass das Thema Bildung in die breite Bevölkerung hineingetragen wird. Ich bin davon überzeugt, dass uns das gelingen kann. Ich hoffe sehr, dass unsere Arbeit am Ende Früchte trägt, dass notwendige Strukturen geschaffen wurden, und zwar verbindliche Strukturen und nicht nur lose Netzwerke.

Herr Dr. Haller: Dankeschön! Zum Schluss möchte ich Ihnen allen gern ein Motto für unsere Arbeit mitgeben. Auch John F. Kennedy hat dieses Motto schon benutzt, wie auch viele andere Bildungspolitiker. Es geht ungefähr so: „Bildung ist teuer, sehr teuer sogar. Aber eines ist noch teurer, sehr viel teurer: keine Bildung!“.

Teilnehmerliste

Name	Institution
Dr. Arne Ackermann	Stadt Leipzig, Leipziger Städtische Bibliotheken
Dr. Susan Arnold	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Robert Aßmann	Landkreis Elbe-Elster, Schulverwaltungs- und Sportamt, Bildungsbüro
Bernd Bärthel	Stadt Leipzig, Schulverwaltungsamt
Nadja Bauer	Technologie- und Berufsbildungszentrum Leipzig gGmbH, Projekt MoNA
Jörg Beenken	Technologie- und Berufsbildungszentrum gGmbH Leipzig
Gerhilde Beier	Senioren- und Familienselbsthilfe e.V.
Ralf Berger	Sächsische Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig
Maren Bernhardt	Landkreis Görlitz, Schul- und Sportamt
Norbert Blauig-Schaaf	„Lernen vor Ort“ Dessau-Roßlau
René Boitz	Fairbund e.V.
Prof. Dr. Ulrich Brieler	Stadt Leipzig, Referat für Wissenspolitik
Kathrin Darlatt	Stadt Leipzig, Referat Gleichstellung
Peggy Diebler	Quartiersmanagement Leipziger Westen
Jörg Dittmer	Museum der bildenden Künste Leipzig
Kerstin Dittrich	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Career Office
Prof. Robert Ehrlich	Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig
Jens Eβbach	Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH
Christine Etterich	„Lernen vor Ort“, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Thomas Fabian	Stadt Leipzig, Beigeordneter für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule
Elke Fischer	Mittelschule Paunsdorf
Dr. Heike Förster	Stadt Leipzig, Jugendamt
Sophie Frieβ	Berufsbildungsverein Leipzig e.V.
Silvia Füβl	Stadtelternrat Leipzig
Alessandro Gasperi	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Michael Geffken	Leipzig School of Media
Stefan Geiss	Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
Dr. Sabine Gerold	GEW Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft, Landesverband Sachsen
Silke Giersch	Zoo Leipzig
Ricardo Glaser	AGJF Sachsen e.V. Büro für sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung
Dr. Birgit Glorius	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Dagmar Göbel	Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport
Thomas Graupner	Zukunftswerkstatt e.V.
Prof. Dr. Ulrike Gröckel	Berufsakademie Sachsen, Staatliche Studienakademie Leipzig
Dr. Annika Gröger	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Irmgard Gruner	Stadt Leipzig, Seniorenbeirat
Manuela Haberland	Volkssolidarität, Stadtverband Leipzig e.V.

Name	Institution
Tobias Habermann	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Michael Hahn	Landesverband Sächsischer Jugendbildungswerke e.V.
Dr. Siegfried Haller	Stadt Leipzig, Jugendamt
Margrit Hanisch	Max-Klinger-Schule, Gymnasium der Stadt Leipzig
Stefan Heinig	Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt
U. Hempel	16. Schule, Mittelschule der Stadt Leipzig
Ulrike Herold	SPD-Fraktion im Stadtrat Leipzig, Fraktionsgeschäftsstelle
Ingrid Herrmann	Koalpha – Koordinierungsstelle Alphabetisierung
Birgit Hertzsch	Hochschule für Telekommunikation Leipzig
Dr. Beate Heumann	Stadt Leipzig, Schulverwaltungsamt
Petra Hochtritt	Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
Jens Hoffsommer	Regionalstelle Sachsen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung
Margitta Hollick	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig
Dr. Dagmar Israel	UV Sachsen GmbH
Antje Jahn	Landeshauptstadt Dresden, Bildungsbüro
Jochen Janus	Kindervereinigung Leipzig e.V., Kulturwerkstatt „KAOS“
Burkhard Jung	Stadt Leipzig, Oberbürgermeister
Nadja Kabelitz	INSPIRATA Zentrum für mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung e.V.
Martina Kador-Probst	Stadt Leipzig, Sozialamt
Dr. Alexandra Kaiser	Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
Merit Kegel	Sächsisches Staatsarchiv
Dr. Wolfgang Kirste	Existenzgründerzentrum
Kerstin Klage	Handwerkskammer zu Leipzig
Cornelia Klöter	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Gisela Kluthmann	125. Schule, Mittelschule der Stadt Leipzig
Andreas Koch	Medienstiftung der Sparkasse Leipzig
Antje Kowski	Quartiersmanagement Grünau
Stephanie Krahl	FDP-Fraktion im Stadtrat Leipzig, Fraktionsgeschäftsstelle
Katharina Krefft	Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Leipzig
Romy Küchler	Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Abteilung Bildung
Jörg Kunze	Agentur für Arbeit Leipzig
Thomas Kutzler	Heidelberg Postpress Deutschland GmbH
Niels Laag	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
Anett Lamprecht	GRASSI Museum für Angewandte Kunst
Dr. Torsten Lange	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
Cornelia Langner	Agentur für Arbeit Leipzig
Prof. Dr. Gothild Lieber	Alter, Leben und Gesundheit e.V.
Dietmar Lippold	Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Leipzig-Stadt e.V.
Beate Locker	Stadt Leipzig, Kulturamt
Henry Maier	Stadt Leipzig, Schulverwaltungsamt
Maritta Männel	Mittelschule Kitzscher
Dieter Meier	Leipziger Messe GmbH
Arne Meisel	Berufsbildungswerk Leipzig, Produktionsschule
Yvonne Melzer	Diakonie Leipzig / Diakonie im Zentrum

Name	Institution
Florian Mindermann	Regionalstelle Sachsen der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung
Brigitte Moritz	RAA- Verein für Interkulturelle Arbeit, Jugendarbeit und Schule e.V.
Sascha Moritz	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Fritjof Mothes	Stadtplanungsbüro „Stadtlabor“
Kerstin Motzer	Stadt Leipzig, Referat Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen
Katja Müller	GRASSI Museum für Völkerkunde zu Leipzig
Hanna Münstermann	Stiftungsverbund „Lernen vor Ort“, Geschäftsstelle
Pia Neiwert	Landkreis Barnim, Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt, SG Bildung
Christina Neugebauer	BMW AG, Werk Leipzig
Dr. Christine Nieke	Universität Leipzig, Wissenschaftliche Weiterbildung/Fernstudium
Romy Nösel	Stadtwerke Leipzig GmbH
Thomas Oertel	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig
Prof. Dr. Thomas Olk	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät III – Erziehungswissenschaften
Sandra Otto	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Heike Palluch	Immanuel-Kant-Gymnasium, Gymnasium der Stadt Leipzig
Juliana Pantzer	Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
Dagmar Paul	FAW gGmbH Akademie Leipzig
Dr. Helge Paulig	Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport
Dr. Cornelia Pauschek	Stadt Leipzig, Jugendamt
Attila Peeck-Preimusz	Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Leipzig-Nordsachsen
Jürgen Petersohn	Caritasverband Leipzig e.V.
Angelika Pietzonka	Helmholtzschule, Mittelschule der Stadt Leipzig
Anke Polte	Gymnasium Engelsdorf, Gymnasium der Stadt Leipzig
Dr. Andreas Räuber	Kyffhäuserkreis, „Lernen vor Ort“
Thomas Rechentin	Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport
Franziska Reinhard	Theater der Jungen Welt
Gabriele Reuter	Stadt Leipzig, Personalamt
Prof. Dr. Iris Reuther	Büro für urbane Projekte Leipzig
Dr. Solvejg Rhinow	Universität Leipzig, Akademische Verwaltung
Jenny Richter	Stadt Leipzig, Sozialamt
Dorit Richter	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Kathrin Rieger-Genennig	B.O.S.S – Berufliche Orientierung für Schüler und Sudierende in Mitteldeutschland
Tobias Robischon	Schader Stiftung
Dr. Volker Rodekamp	Stadtgeschichtliches Museum Leipzig
Dr. Günter Roski	Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
Kerstin Rüschmann	94. Schule, Mittelschule der Stadt Leipzig
Guido Sadewasser	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Dr. Jürgen Salomon	VSBI Verband Sächsischer Bildungsinstitute e.V.
Prof. Dr.-Ing. habil. Volker Saupe	Hochschule für Telekommunikation Leipzig
Katrin Saure	Universität Leipzig, Career Center
Rosemarie Schmidt	Deutscher Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts e.V., Geschäftsstelle Landesverband Sachsen
Stephanie Schöne	Kompetenzagentur Leipzig Süd, Plan L gGmbH
Michael Schoppe	LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH

Name	Institution
Erika Schössner	Leipziger Messe GmbH
Frank Schott	Arbeit und Leben Sachsen e.V.
Susanne Schulze	Berufsakademie Sachsen, Staatliche Studienakademie Leipzig
Stephan Seeger	Medienstiftung der Sparkasse Leipzig
Heiner Seufert	Stadt Leipzig, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
Prof. Dr. oec. habil. Sibylle Seyffert	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig
Christian Soyk	Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig
Rolf Sprink	Volkshochschule Leipzig
Franziska Steiner	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Claudia Steudel	Stadt Leipzig, „Regionales Übergangsmanagement Leipzig“
Steffi Syska	bfw – Unternehmen für Bildung, Geschäftsstelle Sachsen-West
Rüdiger Ulrich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig, Fraktionsgeschäftsstelle
Elke Urban	Stadt Leipzig, Schulmuseum Leipzig
Jutta Verhoog	Stadt Leipzig „Lernen vor Ort“
Prof. Dr. Arnis Vilks	Handelshochschule Leipzig
Holger Vogt	BildungsArchitektur Müritz, LK Müritz
Jana Voigt	Stadt Leipzig, „Regionales Übergangsmanagement Leipzig“
Harriet Völker	Stadt Leipzig, Kulturamt
Bianca Wagner	Stadt Leipzig, „Regionales Übergangsmanagement Leipzig“
Viola Weinhold	Stadt Leipzig, Stadtplanungsamt
Christian Weiß	PUUL GmbH
Ilka Wenk	Freie Waldorfschule Leipzig
Matthias Wiedemann	Musikschule Leipzig „Johann Sebastian Bach“
Irmtraud Wien	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Regionalgeschäftsstelle Leipzig
Kerstin Wiese	Bach-Museum Leipzig
Angelika Wiesner	Sächsische Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig
Sandra Winkler	Landratsamt Görlitz Außenstelle Niesky
Dr. Bernd Winter	Bezirkskomitee zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlich begabter und interessierter Schüler Leipzig
Naomi-Pia Witte	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig
Jana Wünsch	KOWA Leipzig
Annett Zappe	Deutscher Kinderschutzbund e.V., OV Leipzig
Anita Zebrowski	Freie Waldorfschule Leipzig
Dr. Andreas Zehr	Arbeitsgemeinschaft Leipzig
Jörg Zeissig	Randstad Deutschland GmbH & Co. KG
Jürgen Zielinski	Theater der Jungen Welt
Peter Zimmermann	ciT GmbH
Dr. Heidrun Zippel	Oper Leipzig
Marcela Lidia Zuniga Medina	Stadt Leipzig, Migrantenbeirat

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland

EUROPÄISCHE UNION

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.